

Stenographisches Protokoll

34. Sitzung des Kärntner Landtages – 29. Gesetzgebungsperiode
Donnerstag, 23.11.2006

Inhalt

Fragestunde (S. 3058)

Aktuelle Stunde (S. 3074)

Antragsteller: SPÖ-Klub

Thema: Kärntner Mindestsicherungsgesetz

Redner: Mag. Dr. Kaiser (S. 3074), Ing. Scheuch (S. 3075), Mag. Grilc (S. 3076), Holub (S. 3077), Schwager (S. 3078), Mag. Dr. Schaunig-Kandut (S. 3079), Warmuth (S. 3080), Lutschounig (S. 3081), Mag. Lesjak (S. 3082), Mag. Trannacher (S. 3084), Mag. Ragger (S. 3085), Tauschitz (S. 3086)

Tagesordnung (S. 3087)

1. Ldtgs.Zl. 177-76/29:

Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landes Kärnten für das Jahr 2007 sowie

der Stellenpläne des Landes Kärnten 2007 zum Budgetbericht im Sinne des Art. 61 Abs. 3 und 4 K-LVG, zu den Änderungen des Budgetprogrammes 2005 – 2009 (Landtagsbeschluss vom 16.12.2005) sowie Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses, mit dem der Landesregierung Zustimmungen und Ermächtigungen zum Landesvoranschlag 2007 erteilt werden.

Budgeteinbegleitung durch Landesfinanzreferent Landeshauptmann Dr. Jörg Haider (S. 3087)

Mitteilung des Einlaufes (S. 3101)

A. Anträge von Abgeordneten (S. 3101)

B. Schriftliche Anfragen (S. 3101)

C. Petitionen (S. 3102)

Donnerstag, 23.11.2006, 09.03 Uhr

Donnerstag, 23.11.2006, 12.24 Uhr

Beginn der Sitzung: 09.03 Uhr

V o r s i t z: Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag**, Zweiter Präsident **Ferlitsch**, Dritter Präsident **Lobnig**

A n w e s e n d: 35 Abgeordnete

E n t s c h u l d i g t: Abg. Willegger

A m R e g i e r u n g s t i s c h: Landeshauptmann **Dr. Haider**, Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dörfler**, Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut**, Landesrat **Dr. Schantl**, Landesrat **Dipl.-Ing. Scheuch**, Landesrat **Ing. Rohr**, Landesrat **Mag. Dr. Martinz**;

Landesamtsdirektor-Stellvertreter: **Mag. Dr. Platzer**

Schriftführer: Direktor **Mag. Weiß**

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Meine Geschätzten Damen und Herren! Hoher Landtag! Ich eröffne die 34. Sitzung des Kärntner Landtages und begrüße Sie recht herzlich! Ich begrüße auch den Herrn Landeshauptmann und den Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Scheuch! Ich begrüße die Bundesräte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes und die Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne! Die Vertretung der Medien!

Dipl.-Ing. Freunschlag

Der Landtag ist beschlussfähig. Entschuldigt hat sich Herr Landtagsabgeordneter Günter Willegger, dessen Vater gestern verstorben ist und Herr Landesamtsdirektor Dr. Reinhard Sladko. Ich möchte auch hinsichtlich der Geburtstage Herrn Bundesrat Peter Mitterer, der heute seinen 60igsten feiert, herzlich gratulieren (*Beifall im Hause.*) und weiterhin Gesundheit wünschen und dem Hohen Hause mitteilen, dass er beabsichtigt, nach Ende der Sitzung im Koligsaal einen kleinen Geburtstagssekttempfang für alle Abgeordneten Damen und Herren und für die Mitarbeiterinnen und die Mitarbeiter der Klubs

vorzubereiten. – Irgendwo hat ein Telefon geläutet. Ich bitte, 10,-- Euro abzuliefern!

Ich möchte auch den Herrn Abgeordneten Bürgermeister Gerhard Mock herzlich gratulieren, der morgen seinen Geburtstag feiert. Er ist noch nicht hier, ich werde das dann noch persönlich machen. Und Frau Landtagsabgeordnete Mag. Trannacher, die vor wenigen Tagen ebenfalls Geburtstag gehabt hat. Alles Gute auch Ihnen, Gesundheit (*Einsetzender Beifall im Hause.*) Frau Magister!

Wir kommen nun zur Fragestunde

Fragestunde**1. Ldtgs.Zl. 260/M/29: Anfrage des Abgeordneten Mag. Ragger an Landeshauptmann Dr. Haider**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Mag. Ragger** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren des Hauses! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Wieviel Geld wird für psychosoziale Einrichtungen im Land Kärnten zur Verfügung gestellt?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (F):

Ja, jetzt muss ich einmal schauen, dass ich Ihnen hier die richtige Zahl geben kann. (*Der Landeshauptmann sucht in seinen vor ihm liegenden Unterlagen.*) Das war ... im Jahre 2004 waren es 200 ...; (*Er korrigiert sich.*) Im Jahre 2005 waren es 15,1 Millionen und im Jahre 2006 23,9 Millionen Euro von einem Sozialbudget von rund 244 Millionen.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der Sozialdemokratischen Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Seitens der ÖVP? – Auch nicht! Bitte, dann hat der Fragesteller noch eine Zusatzfrage!

(*Abg. Mag. Ragger verzichtet auf eine Zusatzfrage.*) Er verzichtet. Die kürzeste Anfragebeantwortung in meiner langjährigen Geschichte, Herr Landeshauptmann!

Nun kommen wir zur Anfrage 2:

2. Ldtgs.Zl. 264/M/29: Anfrage der Abgeordneten Mag. Lesjak an Landeshauptmann Dr. Haider

Ich bitte, die Anfrage zu stellen! (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Jetzt fahren wir nach Tschetschenien!*)

Abgeordnete **Mag. Lesjak** (GRÜ):

Hohes Haus! Verehrter Herr Präsident! Geschätzte Kollegen auf der Tribüne! Unter dem Titel „Gewalttätige Asylwerber haben bei uns nichts verloren“ wurden am 23. und 24.8.2006 in den Zeitungen "Kleine Zeitung", "Kronen Zeitung", "Neue Kärntner Tageszeitung" und in der Wochenzeitung "Kärntner Woche", ganzseitige Einschaltungen des Landeshauptmannes zum Thema „Asyl und Ausweisung der tschetschenischen Gewalttäter“ veröffentlicht.

Derartige Einschaltungen sind in der Regel sehr kostspielig, daher stellt sich die Frage, ob und zu welchem Zweck die inhaltlich sehr strittige Werbeeinschaltung für den Landeshauptmann offensichtlich im Zuge des Nationalratswahlkampfes aus Landesmitteln bezahlt wurde. Daher meine Anfrage:

Mag. Lesjak

Mit welchen Mitteln wurden die genau zu beziffernden Kosten für die strittigen Werbeeinschaltungen zum Thema „Ausweisung der tschetschenischen Gewalttäter“ in den Kärntner Tages- bzw. Wochenzeitungen vom 23. und 24.8.2006 bezahlt?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (F):

Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich darf darauf hinweisen, dass es sich nicht um strittige Aussagen handelt, sondern um eine Tatsachenfeststellung, die der Bevölkerung mitgeteilt worden ist, dass nämlich jeder gewalttätige Asylant, der den sozialen Frieden im Lande stört, von uns sofort ausgewiesen wird, damit hier im Lande der Bevölkerung Ruhe und Sicherheit gewährleistet wird. *(Beifall von der F-Fraktion.)* Und, das wurde auch nach der doch etwas differenzierten Berichterstattung in einigen Medien, wo davon die Rede war, dass eigentlich die Kärntner schuld seien an den Auseinandersetzungen, daher zum Anlass genommen, dass ich informiert habe, was wir getan haben. Es hat auch das Innenministerium prompt unsere Linie übernommen und es wird auch von Seiten des Innenministeriums in Zukunft jeder, der sich als Gewalttäter in Österreich betätigt, dem Abschied freigegeben. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der Freiheitlichen eine Zusatzfrage gewünscht? – Ich bitte Herr Abgeordneter Stark, sie zu stellen!

Abgeordneter **Stark** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Wie hat die Bevölkerung in diesem Gebiet reagiert darauf, über diese Ausweisung von gewalttätigen Tschetschenen? Und ich glaube, das war auch sehr gut und ich hoffe, Herr Landeshauptmann, Sie haben positive Reaktionen bekommen. *(Dies löst Heiterkeit im Hause aus.)*

Landeshauptmann **Dr. Haider** (F):

Natürlich, das weiß auch jeder, sonst würde ja eine solche Information nicht bekämpft, dass die Bevölkerung darauf sehr positiv reagiert hat. Denn es ist insbesondere die Bevölkerung in Fischl betroffen gewesen. In Fischl, wo ein großes Wohngebiet von Klagenfurt ist. Und meines Wissens hat sich auch in dieser Frage der Bürgermeister umgehend mit dem, was ich veranlasst habe, solidarisiert und das auch der Bevölkerung mitgeteilt. *(Abg. Lutschounig: Der Bürgermeister von Fischl!) Der Bürgermeister von Klagenfurt, oder? (Mehrere Einwände aus der F-Fraktion. – Abg. Zellot: Fischl ist ja keine eigene Gemeinde! – Vorsitzender: Am Wort ist der Herr Landeshauptmann, bitte!)* Im Grunde genommen solltest schon die Geographie des eigenen Landes kennen, lieber Robert! *(Beifall und Heiterkeit in der F-Fraktion.)*

Aber es war auch für Krumpendorf wichtig, weil draußen in Krumpendorf, in Pirk, in einem ehemaligen Gasthaus ein Asylantenzentrum eingerichtet worden ist und dort auch ein Teil dieser Gewalttäter untergebracht war. Nun hat sich die Situation entspannt und wir haben uns auch bemüht, dass wir andere Unterbringungsmöglichkeiten für die dort ursprünglich mit Tschetschenen untergebrachten Asylanten vorfinden können. Und damit ist auch für Krumpendorf die Situation jetzt wieder wesentlich verbessert. *(Abg. Stark: Danke!)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der Sozialdemokratischen Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Herr Abgeordneter Vouk, ich bitte sie zu stellen! *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Der Herr Scheucher wird sich freuen, wenn ihn sein eigener Parteikollege als Bürgermeister von Fischl bezeichnet! – Heiterkeit in der F-Fraktion. – Mehrere Einwände aus der ÖVP-Fraktion. – Lärm im Hause.)*

Abgeordneter **Vouk** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Herr Landeshauptmann! Gewalt jeder Art ist zu verurteilen, selbstver-

Vouk

ständig! Was unternehmen Sie als Landeshauptmann, um die Integration zu verbessern?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (F):

Ja, Sie sehen, dass die Integration sehr gut funktioniert, denn wir haben im Grunde genommen keine sonstigen größeren Vorfälle im Lande gehabt und wir haben auch als erstes Bundesland begonnen, das umzusetzen, wovon alle politischen Kräfte in Österreich immer reden. Dass man etwa im schulischen Bereich, wenn ein hoher Prozentsatz an Kindern mit nicht deutscher Muttersprache in den einzelnen Klassen untergebracht ist, dort entweder eine Verstärkung mit Klassenlehrern vornimmt oder eine Trennung der Klassen vornimmt, um damit einen qualitätsvollen Unterricht sicherzustellen. Beispielsweise in St. Ruprecht bei Klagenfurt, wo wir ein Schulzentrum haben, wo immerhin 27 verschiedene Nationen zur Schule gehen und es für das Lehrpersonal sehr, sehr schwierig ist, dort den Unterricht zu gestalten, haben wir mit Beginn des heurigen Schuljahres hier entsprechende Veranlassungen getroffen, um auch die Situation zu entspannen.

Gleiches gilt für St. Martin/Villach, wo es auch mit den Integrationslehrern ein sehr gutes Einvernehmen gibt, um in diesem Bereich, quasi durch mehr Klassenverbände, qualitätsvollen Unterricht sicherzustellen. Das sind alleine schon Maßnahmen, die Sie sonst in den anderen Bundesländern nicht finden und diese darauf hinweisen, dass wir von Anbeginn an versuchen, auch die jungen Menschen, die Kinder von Asylanten, gezielt zu integrieren, um sie nicht zu Außenseitern zu machen. Das ist deshalb auch wichtig, weil wir auch eine andere Form des Sprachunterrichtes wählen. Wenn, meistens während des Jahres, Asylanten nach Kärnten kommen, dann hat ja das Schuljahr meistens schon begonnen, dann kommen Kinder in Klassenverbände, wo sie eigentlich nichts verstehen und dort auch nicht mithalten können im Unterricht. Laut den Vorgaben des Unterrichtsministeriums wäre es aber so, dass man maximal ein bis drei Wochenstunden für solche Kinder an Sprachunterricht zur Verfügung hätte. Wir tun es anders, wir blocken diesen Unterricht, versuchen, dass wir am Anfang leicht konzentrierte Sprachunterrichte ermöglichen. Und damit be-

kommt das Kind die Chance, schon relativ früh etwas zu verstehen, um damit auch zeitgerecht in den Unterricht integriert zu werden. Sie sehen also, dass wir uns da viele Gedanken machen. Aber es hängt vielleicht auch damit zusammen, dass ja in dieser Fraktion, der ich angehöre, auch einige Lehrer sind die sich mit dieser Frage sehr engagiert befassen. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der ÖVP-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Das ist nicht der Fall! Dann hat die Anfragerstellerin noch eine. – Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordnete **Mag. Lesjak** (GRÜ):

Herr Landeshauptmann! In diesem Inserat gibt es keine einzige Tatsachenfeststellung! Hier gibt es nur Behauptungen, die nicht der Wahrheit entsprechen! Es gibt bis heute keine einzige Anzeige gegen keinen Asylwerber, es liegt kein strafrechtlicher Tatbestand vor! Hier wird behauptet, dass gewalttätige Asylwerber auf einheimische Familien losgehen. Das ist eine Behauptung, die nicht den Tatsachen entspricht! *(Zwischenruf von Abg. Ing. Scheuch.)* Hier wird unterstellt, dass Fremde kriminell sind, dass Asylwerber Gewaltverbrecher sind, - was nicht den Tatsachen entspricht! Da wird eine ganze Volksgruppe vorverurteilt und das ist eine nicht zulässige Kriminalisierung von Asylwerbern. *(Vorsitzender: Ich bitte, die Zusatzfrage!)* Das beruht nicht auf Tatsachen, sondern auf reinen Unterstellungen und das entspricht auch nicht den Tatsachen *(Abg. Ing. Scheuch: Kannst Sie ja einmal besuchen!)* wie sie bis heute vorliegen! Also da entsteht halt schon der Eindruck, dass *(Vorsitzender: Ich bitte, die Zusatzfrage zu stellen, Frau Abgeordnete!)* der Herr Landeshauptmann da sehr fremdenfeindlich motiviert war und hier deswegen die Frage:

Ich frage: Wieso schüren Sie absichtlich die Ausländerangst, obwohl Sie wissen, dass kein einziger Asylwerber von diesen Tschetschenen abgeschoben wurde bzw. dass da keine Anträge vorgelegt haben?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (F):

Frau Abgeordnete! Wir haben halt unterschiedliche Zugänge zu dieser Situation. Sie gehören einer politischen Partei an, deren jetzige Dritte Nationalratspräsidentin mehr Ausländerzuzug propagiert und damit sicherlich Probleme auch in Österreich verursachen würde. – Ich sehe meine Aufgabe darin, die soziale Sicherheit und die innere Sicherung der Bevölkerung in Kärnten zu gewährleisten. Wenn Gewalttaten gegeben sind, dann ist jemand, der als Gast hierher gekommen ist, vorhanden, der sich offenbar nicht als Gast benehmen kann. Und wer sich nicht als Gast benehmen kann, soll auch in Kärnten sich nicht mehr aufhalten dürfen! (*Abg. Mag. Lesjak: Dann muss man halt Kärntner abschieben!*) Das ist eine sehr einfache Situation. (*Beifall von der F-Fraktion*)

Ich finde jetzt Ihre Bemerkung, die Sie gemacht haben, bemerkenswert, wenn Sie sagen: „Ja, dann muss man halt Kärntner abschieben.“ - Da wird sich die Kärntner Bevölkerung nicht freuen, dass Sie sie generell als „kriminell“ bezeichnen. *Die Anfragesstellerin macht in der Folge parallel zu den Ausführungen des Landeshauptmannes mehrere halblaute Bemerkungen.*) Ich weise das jedenfalls einmal zurück, weil in diesem Land existiert die niedrigste Kriminalitätsrate, weil wir es bisher geschafft haben, uns von außen nicht kriminelle Elemente zuzuführen und hier im Inland Ordnung und Recht durchzusetzen! (*Beifall von der F-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Damit ist die 2. Anfrage erledigt. (*KO Abg. Ing. Scheuch: Zur Geschäftsordnung!*) Bitte, der Herr Klubobmann Scheuch hat sich gemeldet.

Abgeordneter **Ing. Scheuch** (F):

Zur Geschäftsordnung eine tatsächliche Berichtigung: Die Abgeordnete Lesjak hat hier vom Rednerpult gerade die Bemerkung gemacht, Kärntner seien gewalttätiger als Tschetschenen. Dies entspricht nicht der Wahrheit! (*Beifall von der F-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wir kommen zur 3. Anfrage:

3. Ldtgs.Zl. 270/M/29:

Anfrage der Abgeordneten **Mag. Trannacher** an Landeshauptmann **Dr. Haider**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordnete **Mag. Trannacher** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Kollegen und Kolleginnen im Hohen Haus! Herr Landeshauptmann, nebenbei bemerkt: Mir ist keine wissenschaftliche Untersuchung bekannt, die in irgendeiner Form quasi genetische Ausprägungen von Gewaltbereitschaft (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Das müssen Sie aber der Frau Lesjak sagen!*) feststellen könnte.

Herr Landeshauptmann! Die Aktivitäten der Kärntenwerbung, die nicht immer wirklich nachvollziehbar sind, im Zusammenhang mit der Fußball-Europameisterschaft 2008, waren in den letzten Wochen und Monaten immer wieder im Brennpunkt der öffentlichen Kritik. Unter anderem wurde auch ein so genannter Kärnten-Botschafter mit einem recht stattlichen Honorar für gleich mehrere Jahre erwähnt.

Deshalb frage ich Sie, als Direktverantwortlichen: Welches Honorar erhält Kärnten-Botschafter Giorgio Garofalo in den Jahren 2006, 2007 und 2008 von der Kärnten-Werbung?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (F):

Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Es nicht die Aufgabe des Eigentümerversetzers, sich in den operativen Bereich einzumischen, aber ich habe mich erkundigt und darf Ihnen auch mitteilen, wie die tatsächlichen Verhältnisse sind. Es gibt hier einen Kooperationsvertrag mit Italien und mit einer italienischen Agentur, die auch mitgeholfen hat, die entsprechenden Werbebemühungen Kärntens im Zusammenhang mit den Auftritten des italienischen Nationalteams zu koordinieren, was ja auch gelungen ist. Ich glaube, es

Dr. Haider

ist durchaus eine kluge Entscheidung gewesen, das italienische Nationalteam als Werbepartner für unsere touristischen Bemühungen in Italien zu nehmen. Denn nicht immer hat man die Gelegenheit, einen Weltmeister an der Angel zu haben. Das sollten Sie eher begrüßen und unterstützen, anstatt zu kritisieren!

Zum Zweiten gibt es diesen Vertrag, der bis Ende 2006 läuft, daher kann ich Ihnen auch nicht sagen, das 2007, 2008 ist, weil es nicht klar ist, ob dieser Vertrag fortgesetzt oder verlängert wird. Das hängt wesentlich davon ab, dass im Vertrag 2006 die Option drinnen ist, dass das Eröffnungsspiel für das neue Stadion in Klagenfurt mit der italienischen Nationalmannschaft gemacht werden kann, zu einem Preis von 400.000 Euro. Das ist, wer sich in der Branche auskennt, ein sehr günstiges Angebot. Daher sind wir mit der Stadt Klagenfurt dabei, zu überlegen, ob wir aus diesem Grund den Vertrag aufrecht erhalten sollen, damit wir ein solches Eröffnungsspiel zustande bringen, zu den Kosten, weil ja der Vertrag oder die Option zu einem Zeitpunkt eingeräumt worden ist, wo noch nicht klar war, dass die Italiener Weltmeister wären. Daher wäre das für Klagenfurt durchaus eine tolle Sache, wenn das österreichische Fußballteam mit der italienischen Nationalmannschaft das Eröffnungsspiel im Stadion macht. Das wird zu entscheiden sein; das werden die Verantwortlichen der Kärnten-Werbung mit der Hostcity in Klagenfurt zu bereden haben. *(Beifall von der F-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der Freiheitlichen Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Herr Abgeordneter Gritsch, ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Gritsch** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Landeshauptmann! Es ist erfreulich, dass sich Italien wirtschaftlich immer mehr in Kooperation mit Kärnten entwickelt und auch sehr interessante Tatsache, dass es auch einen Auftritt des regierenden Fußballweltmeisters geben wird. Ich hätte gerne gewusst: Wann wird es so weit sein?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (F):

Noch einmal, das hängt jetzt davon ab, ob wir diesen Vertrag verlängern bzw. ob die Option, die im Vertrag 2005/2006 festgeschrieben ist, auch ziehen werden. Wenn das gewünscht ist, dass es ein solches Eröffnungsspiel gibt, dann erwarten wir uns natürlich auch, dass von Seiten der Stadt ein Kostenbeitrag getätigt wird und nicht das Land das alleine finanzieren muss. Durch die Eintritte wird die Sache dann sicherlich ein Gewinn werden.

In Summe möchte ich aber darauf verweisen, dass die Kooperation nicht von schlechten Eltern sein kann, auch wenn dort und da Kritik geübt worden ist, ohne dass in der Substanz etwas übrig geblieben ist. Denn in den letzten Jahren hat sich der Anteil der italienischen Touristen im Sommer wie im Winter in Kärnten um mehr als 30 % gesteigert. Das ist eine unserer wichtigen Gästegruppen geworden. Ich denke, dass alle diese Maßnahmen auch Grundlage sind, dass es eine solche erfreuliche und positive Entwicklung gibt. *(Beifall von der F-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der ÖVP-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann hat die Anfragerstellerin noch eine Zusatzfrage, falls es gewünscht ist.

Abgeordnete **Mag. Trannacher** (SPÖ):

Ja, sehr gerne! Herr Landeshauptmann, nachdem Sie mir nicht sagen können, wie hoch das Honorar 2007 und 2008 für den Kärnten-Botschafter ausfallen wird, weil der Vertrag noch in Frage steht, hätte ich doch ganz gern, dass Sie mir meine erste Frage zumindest für das Jahr 2006 beantworten. Ich möchte zusätzlich noch wissen, welche ganz konkreten Maßnahmen diesem Honorar gegenüberstehen, also welche Leistungen der Kärnten-Botschafter Giorgio Garofalo für Kärnten erbracht hat. *(Vorsitzender: Herr Landeshauptmann, bitte eine Frage zu beantworten!)*

Landeshauptmann **Dr. Haider** (F):

Eine Frage, gut! Dann darf ich Ihnen beantworten, dass 2006 in Summe monatlich 14.750 Euro aufgewendet wurden, darunter Bürokosten, Betriebskosten für das Servicecenter, ein Callcenter mit zwei Mitarbeitern, das Buchungsbeantwortung gemacht hat, Gästeanfragen, Prospektversand und Urlaubsberatung und den Marketing- und PR-Leistungsersatz für fünf Mitarbeiter, einschließlich Dr. Garofalo. Das heißt, dass pro Person weniger als 2.000 Euro Personalkosten monatlich angefallen sind. Wenn ich das mit manchen anderen Aktivitäten vergleiche, dann würde ich sagen, dass das an sich ein sehr günstiger Tarif ist. Aber wir werden also sehen, ob 2007 und 2008 dieser Vertrag fortgesetzt wird. *(Beifall von der F-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Damit, Hohes Haus, ist die Anfrage 3 erledigt. Ich darf auch die inzwischen eingetroffenen Regierungsmitglieder herzlich begrüßen: Herrn Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Dörfler, Frau Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Schaunig-Kandut, Herrn Landesrat Ing. Rohr und Herrn Landesrat Dr. Schantl! Seien Sie herzlich begrüßt! – Nachdem der Herr Abgeordnete Mock nun hier ist, möchte ich ihm noch einmal zu seinem morgigen Geburtstag gratulieren! Alles Gute! *(Beifall im Hause!)*

Ich komme zur Anfrage 4:

4. Ldtgs. 271/M/29:

Anfrage des Abgeordneten Schwager an Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Dörfler

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Werter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Übermorgen, Samstag, dem 25., haben es im Oberdrautal die Steinfelder und Radlacher überstanden. Es wird das Teilstück Kleblach – Lengholz – Radlach-West eröffnet, B 100.

Jetzt ergibt sich die Frage für die weiteren beabsichtigten Ausbauten: die Umfahrung Greifenburg, Berg, Dellach, vor allem Greifenburg, dieses Nadelöhr. Besonders jetzt, nach der Sperre der Tauernautobahn wegen der Altersbergbrücke, wäre dieses Nadelöhr Greifenburg ein ganz vordringlicher Fall, dass das zügig weitergeht mit dem Ausbau der Umfahrungen der B 100. Deshalb meine Frage: Wann ist mit dem Baubeginn der Umfahrung Greifenburg zu rechnen? Bitte!

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dörfler** (F):

Geschätzter Herr Abgeordneter! In der Tat ist es so, dass am 25. 11. die Lebensqualitätsgeschichte in Steinfeld neu geschrieben wird. Gerade die letzten Wochen haben ja gezeigt, dass eine Zunahme durch den Umleitungsverkehr den Ort zusätzlich belastet hat. Wenn du fragst, wann die Umfahrung Greifenburg gebaut werden wird, dann würde ich sage: Ich täte sie schon längst bauen, aber man weiß ja, dass man damals – da war der Kollege Wurmitzer ja ein Vorkämpfer dafür – gemeint hat, ich mache eine so genannte Salomitaktik, es war ja schon für Steinfeld eine UVP gefordert worden, wir haben ein Feststellungsverfahren gemacht, das festgehalten hat, dass keine notwendig ist. Für mich bedeutet UVP unheimlich viel Papier für unheimlich viel Geld.

Derzeit ist es so, dass das UVP-Verfahren läuft und auch beim Kollegen Rohr eingereicht ist. Man muss wissen, dass die UVP allein für die drei Gemeinden 1,5 Millionen Euro Kosten verursacht. Dieses Geld würde ich lieber Bauarbeitern geben als selbst den Experten, für die UVP. Das ist ein Beschäftigungsprogramm und eine Umweltgesetzgebung, die nichts mit Umwelt zu tun hat. Da geht es darum, Menschen zu schützen und anfangen zu bauen. Dass das, was für Steinfeld gut ist, könnte genauso für Greifenburg und Dellach gut sein. Das generell zur Selbstfesselung und zur UVP-Gesetzgebung. Das heißt, wenn es nach mir gegangen wäre, würden wir schon längst bauen. Ich darf mich noch einmal beim Landeshauptmann bedanken, dass er seinerzeit die Sonderfinanzierung für die B 100 in Wien herausverhandelt hat, dann hat man sie uns wieder weggenommen, „danke“ an den Verfas-

Dörfler

sungsgerichtshof, aber wir haben es politisch geschafft, das Geld wieder nach Kärnten zu holen. Das heißt, das Geld liegt am Konto, aber die Umweltgesetzgebung fesselt uns.

Ich gehe aber trotzdem davon aus, dass der Kollege Rohr, wie immer, eine schnelle Abwicklung der UVP durchbringen wird, sodass wir in den nächsten Monaten ein Ergebnis haben werden – ein positives, davon gehe ich aus – und dass wir dann im Laufe des Jahres 2007 in der Lage sind, die Ausschreibung zu machen. Wenn es keine Einsprüche gibt, sollte zu dieser Zeit, im nächsten Jahr, zumindest in Greifenburg gebaut werden. *(Beifall von der F-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der Freiheitlichen eine Zusatzfrage gewünscht? – Herr Klubobmann Ing. Scheuch, ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Ing. Scheuch** (F):

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Die B 100 ist ja vor allem auch aus verkehrssicherheitstechnischer Sicht ein wichtiges Projekt für die Oberkärntner Bevölkerung, insbesondere der Bevölkerungsgruppe im Drautal. Dazu gehört letztendlich auch der Lkw-Kontrollplatz. Wie ist der Stand dieses Projektes?

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dörfler** (F):

Kärnten ist überhaupt vorbildhaft im Bereich der Kontrollplätze. Wenn ich vergleiche, dass Steiermark keinen hat und dass Kärnten einen in Haimburg in Betrieb hat, den wir übrigens gestern auch einer slowenischen Polizeidelegation vorgestellt haben, dass wir in Kellerberg kurz vor der Fertigstellung sind, das heißt in den nächsten Wochen geht auf der A 10 der nächste Kontrollplatz in Betrieb. Und wir haben, als einziges Bundesland, einen Kontrollplatz auch auf einer Bundesstraße, nämlich der B 100, das heißt es wird im Rahmen der Fertigstellung der Umfahrung Steinfeld dann auch dieser Lkw-Kontrollplatz der Fertigstellung zugeführt, so-

dass wir dann auch diese transitierenden Fahrzeuge kontrollieren. Man muss ja wissen, dass die B 100 immerhin auch eine Verbindung zwischen Tauernautobahn und Brennerautobahn ist bzw. über den Felbertauern natürlich nach Salzburg und Tirol und dass wir hier vorbildhaft sind.

Es zeigt sich – und das ist ja auch gut für die Sozialhilfverbände –, dass das einerseits die Verkehrssicherheit wesentlich erhöht und andererseits aber auch Mittel den Sozialhilfverbänden zur Verfügung stellt, was gut ist. Damit haben wir auch eine neue Sicherheit im Bezirk Spittal und besonders im Drautal und auch eine Einnahmequelle. Da wird sich die Frau Kollegin Schaunig auch freuen und vor allem die Sozialhilfverbände, wenn durch derartige Verkehrsinfrastrukturen auch entsprechende Einnahmequellen erschlossen werden können. *(Beifall von der F-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der Sozialdemokratischen Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Herr Abgeordneter Vouk, ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Vouk** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Herr Referent! Sie haben in Bezug auf Landesstraßen natürlich einen großen Nachholbedarf in Kärnten. Vor allem der letzte Winter hat das Seinige dazu beigetragen!

Meine Frage: Werden Sie dem Kärntner Landtag den Prioritätenkatalog des Landes Kärnten für den Ausbau der Landesstraßen zur Kenntnis bringen?

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dörfler** (F):

Der zuständige Ausschuss hat das schon mehrmals diskutiert: Landesstraßenprojekte werden ausschließlich nach Prioritäten gebaut! Deshalb war es am 28. März mein Anliegen zusätzliche Mittel zu erhalten, damit wir diese schwerwiegenden Prioritäten – ich sage bewusst schon

Dörfler

schwerwiegend dazu – abarbeiten können. Es hat dafür leider keine Mehrheit gegeben! Ich muss aber festhalten, dass es diese Woche – und da danke ich allen Parteien in der Landesregierung – sehr wohl eine einstimmige Mehrheitsfindung mit einer Sonderfinanzierung für die Umfahrung Bad St. Leonhard und mit der entsprechenden Finanzierung für die Umfahrung Völkermarkt gegeben hat. Dafür möchte ich mich herzlich bedanken! Ich möchte festhalten, dass wir trotzdem im Landesstraßen-L-Bereich immer noch notwendige Großinvestitionen vor uns haben, vor allem im ländlichen Bereich und auf den bergtouristischen Straßen. Aber auch da ist es gelungen und auch da ein Danke für die Zustimmung der SPÖ! Die ÖVP war dagegen! Ich muss festhalten, dass der Kollege Martinz nicht zugestimmt hat, dass den Landesstraßen zusätzliche 2 Millionen Euro zugeführt werden. Ich bedanke mich bei der SPÖ, dass sie das unterstützt hat, weil es wichtig ist, dass wir entsprechende Verkehrsinfrastrukturen haben! Wir kommen Schritt für Schritt weiter! Die Überzeugungsarbeit der Fachabteilung einerseits und die des Referenten andererseits hat dazu geführt, dass wir für die Landesstraßen im Nachtragsvoranschlag I in Summe 1 Million Euro für Ferndorf verbauen – das ist ein wichtiges Projekt – und mit den zusätzlichen 2 Millionen Euro wird jetzt ein Teil am Klippitzthörl verbaut und ein Teil in Grades. Damit wird die ländliche Verkehrsinfrastruktur wieder verbessert. Dafür ein herzliches Danke, aber zusätzlich auch die Bitte, dass es in diesem Bereich weiterhin eine Budgetoffensive geben muss! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der ÖVP eine Zusatzfrage gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann hat der Anfrager noch eine! *(Auf dem Weg zum Rednerpult Zwischenruf von Abg. Ing. Hueter.)* Bitte? Ich möchte schon ersuchen, dass man wenigstens aufzeigt! Ich habe gemeint, Sie gehen vielleicht hinaus. Ich darf ersuchen dass, wenn jemand eine Zusatzfrage hat, man zumindest ein Zeichen mit der Hand gibt, weil sich sonst niemand auskennt! *(Abg. Ing. Hueter: Ich bin aufgestanden!)* Viele Leute stehen auf! Bitte!

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Lieber Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Natürlich ist die B100 auch ein persönliches Anliegen von mir, weil ich täglich aus- und einfahre. Ich bin selber froh, dass am Samstag der erste Abschnitt Kleblach/Lengholz oder Greifenburg/Ost eröffnet wird.

Meine Zusatzfrage stelle ich dahingehend: Jetzt ist Greifenburg/Dellach dran und die Planungsarbeiten sind meines Wissens nach abgeschlossen. Mir ist zu Ohren gekommen, dass von Ihrem Büro aus ein Informationsstopp erlassen worden ist, denn einige Mandatäre wollten fragen, wie der Planungsstand ist. Es hat geheißen, dass es im Auftrag von Landeshauptmann-Stellvertreter Dörfler keine Informationen nach außen gibt. Deswegen möchte ich wissen: Ist das richtig, ja oder nein?

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dörfler** (F):

Herr Abgeordneter Hueter, jetzt könnte ich wieder einmal den „Drautalschläfer“ auspacken! Erstens bist du zu spät aufgestanden und zweitens habe ich wirklich das Gefühl, dass du zwar immer von der B100 redest, aber so tust, als ob es keine Informationspolitik gebe. Kein Verkehrsreferent des Landes Kärnten hat sich gerade in deiner Gemeinde so um die B100 gekümmert. Du weißt, es hat einen historischen Streit gegeben! Ich möchte festhalten, dass es ein Protokoll der Gemeinderatssitzung der Gemeinde Berg gibt, wonach mich der Herr Bürgermeister ersucht hat, dass ich dort hinkomme. Dann hat es einen Sturmwind und dann eine Abstimmung gegeben, in welcher der Herr Bürgermeister mit Nein gestimmt und danach für das Protokoll gesagt hat, dass er eh dafür ist! Das nur ein bisschen zur Slalomfahrt im Drautal!

Faktum ist, dass es noch nie eine derartige Öffentlichkeitsarbeit und Informationspolitik gegeben hat, sonst hätten wir die Umfahrung in Völkermarkt nicht zustandegebracht. Das war ein schwieriger Prozess – der Jake Strauß zum Beispiel kennt das – aber auch in Bad St. Leonhard, in Steinfeld und in anderen Gemeinden! Ich habe größtes Interesse daran, dass alle Beteiligten – vor allem die betroffenen Bürger, das ist mir persönlich wichtig – immer am aktuellen Pla-

Dörfler

nungsstand sind! Und deshalb ist es gelungen, diese schwierigen Projekte umzusetzen. Ob das jetzt der Katschbergtunnel "Zweite Röhre" ist, ob das die verschiedenen Umfahrungen sind oder andere Projekte wie der Ring in Klagenfurt! Der Herr Bürgermeister hat mich bei der Messe sehr gelobt! Als ich die Bäume umgeschnitten habe, hat er am Vormittag nach dem Staatsanwalt gerufen, aber am Nachmittag hat er sich bedankt! Das zeigt einfach, dass die Informationspolitik funktioniert. Ich kann berichten, dass gestern in Bad St. Leonhard die letzten Ablöseverhandlungen mit den Hauseigentümern auf eine sehr angenehme und amikale Weise durchgeführt wurden. Es ist nicht einfach, in Bad St. Leonhard 20 Häuser ablösen zu müssen. Wir haben eine Einigung mit den betroffenen Bürgern erzielt, die oft reifer als politische Vertreter sind! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Hat der Fragesteller noch eine Zusatzfrage? – Dann bitte ich, sie zu stellen!

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Ich muss ganz kurz etwas zur Ausschrift „Neues von der B100 – Der damalige Landesrat Dörfler informiert“ erläutern. Du hast gegenüber dem Berger Bürgermeister und den Abgeordneten aus diesem Schreiben schon Zitate gebracht. Es steht für mich und auch für die Greifenburg etwas sehr Wichtiges unter Punkt 9 drinnen, weil da die gesamte Trasse angeführt ist und es wurden punktuell dazu auch Bemerkungen gemacht. Unter Punkt 9 „Umfahrung von Greifenburg“ steht: ... entlang der bestehenden Bahntrasse.“

Heißt das jetzt, dass von der Landesregierung beabsichtigt ist, nicht die Unterflurtrasse sondern die Bahntrasse in Greifenburg zu bauen?

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dörfler** (F):

Herr Abgeordneter! Ich darf berichten, dass das scheinbar ein redaktioneller Fehler, ein Über-

mittlungsfehler war! Steinfeld wurde bahnparallel gebaut! In Greifenburg gab es einen sehr schwierigen Planungsprozess. Es ist bekannt, dass es ursprünglich eine Tunnelvariante gegeben hat, die verkehrlich nicht wirklich sinnvoll war. Denn der Verkehr, zum Beispiel zum Weißensee, hätte weiterhin durch Greifenburg fließen müssen. Unter schwierigen Verhandlungen hat es eine Mehrheit im Gemeinderat gegeben, den Verkehr mit zwei Unterflurtrassen und mit dem Knoten Greifenburg/Weißensee nahe an den Ort – südlich an Greifenburg – heranzuführen. Das heißt: Dieses Projekt wird selbstverständlich im UVP-Verfahren eingereicht! Ich gehe davon aus – nachdem das Verfahren mit allen Abteilungen, vor allem auch mit der Umweltabteilung gemeinsam erarbeitet und entwickelt wurde – dass die Trasse Greifenburg mit den zwei Unterflurtrassen von der UVP auch eine Sanktionierung erhalten wird. Das Gleiche gilt für Berg, sodass wir dann im nächsten Jahr in der Lage sind, endlich in Greifenburg und danach in Berg zu bauen! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Damit ist die Anfrage 4 erledigt. Wir kommen zur Anfrage 5

5. Ldtgs.Zl. 272/M/29:**Anfrage des Abgeordneten Vouk an Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Dörfler**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Vouk** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Die Gemeinde Afritz im Bezirk Villach/Land hat laut Gefahrenzonenplan über 13 registrierte Wildbäche bzw. Runzen, bei denen laufend Verbauungsprojekte anhängig sind und für die die Zuschussgemeinde dadurch ständig Budget aufwenden muss. Für den Trübenbach gibt es nun ein Verbauungsprojekt, dessen Realisierung

Vouk

überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, weil in erster Linie die Landesstraße B98 und ein Sägewerk geschützt und einige Wohnobjekte, die in der gelben Gefahrenzone liegen, gesichert werden sollen. Die präliminierten Gesamtkosten belaufen sich auf 1,59 Millionen Euro. Der Aufteilungsschlüssel lautet: 15 Prozent Bund, 15 Prozent Land Kärnten, 35 Prozent Interessentenbeitrag, was für die Gemeinde 565.000,- Euro bedeutet.

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter: Warum gibt es seitens des Straßenbaureferenten keine Mitfinanzierung der Wildbachverbauung Trübenbach in der Gemeinde Afritz, obwohl dieses Projekt im Wesentlichen dem Schutz der Landesstraße dient?

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dörfler** (F):

Sie sollten in diesem Raum keine unwahren Behauptungen aufstellen! Ihre Anfrage ist eine große Unwahrheit! Sie behaupten, dass es keine Mitfinanzierung des Straßenbaureferenten gibt! Da muss ich festhalten, dass das unwahr ist! (*Zwischenruf von Abg. Vouk.*) Herr Abgeordneter, das ist unwahr! Du kannst mir gar nichts zeigen! Zweitens: Ich darf erinnern, dass der Trübenbach schon Ausbauaktivitäten hatte. Es sind bereits insgesamt 1,6 Millionen Euro investiert worden. Hier hat der Bund seinerzeit 67 Prozent gezahlt, die Abteilung 18 20 Prozent, die Landesstraßen 6 Prozent, die Gemeinde Afritz 6 Prozent und die Gemeinde Arriach 1 Prozent! Ich bin selbstverständlich bereit, den gleichen Finanzierungsschlüssel auch in Zukunft anzuwenden! Es kann nicht sein, dass sich jetzt der Bund auf einmal auf 50 Prozent zurückzieht! Ich habe für die Straßen – oder der Herr Landeshauptmann für die Drautalstraßen – mehr Geld nach Kärnten geholt! Da erwarte ich mir, dass in Zukunft zumindest die gleichen Finanzierungsschlüssel gelten, dass die Abteilung 18 sich nicht auf 15 Prozent zurückzieht und der Gemeinde 35 Prozent auf das Auge drücken will. Das heißt: 29 Prozent müsste die Gemeinde zahlen. Der Gemeindereferent muss dafür Sorge tragen, dass entsprechende Mittel in die Gemeinde fließen. Das hat nichts mit der Straße zu tun! Die Straße ist Opfer des Wildbaches und nicht die Ursache! Ich kann die Finanzierung nicht auf den Kopf

stellen!

Zum Vergleich möchte ich zum Beispiel die Finanzierung im Bereich Vorderbergbach anführen: 60 Prozent Bund, 20 Prozent Land, 10 Prozent Gemeinde. Warum? Hat das vielleicht mit der Farbe des Bürgermeisters zu tun? Ich lasse die Frage einmal so stehen, weil der Finanzierungsschlüssel in Afritz schlecht ist! (*LR Ing. Rohr: Die Finanzierungsschlüssel werden im Ministerium gemacht. – Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der Freiheitlichen Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Gallo, ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzter Herr Landeshauptmann! Hohes Regierungskollegium! Hoher Landtag! Meine lieben Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich möchte, nachdem wir von den Unwahrheiten zu den Wahrheiten gekommen sind, bei den Wahrheiten bleiben.

Ich frage Sie, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dörfler: Wie sehen Mitfinanzierungen dieser Art in anderen Bundesländern aus?

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dörfler** (F):

Man muss es mit Erstaunen feststellen! Ich habe hier einen Bericht der Standard vom 24. August 2006 über ein gleiches Projekt in Tirol, da steht: „Der Bund trägt 60 Prozent, die Gemeinde Telfs 18 Prozent, das Land Tirol 20 und die Landesstraßenverwaltung zum Beispiel 2 Prozent.“ (*LR Ing. Rohr: Hört, hört!*) Also Herr Kollege Rohr, wenn du nach Wien jammerst, dann darf man nicht von Kärnten hinausjammern, sondern man muss den Zug nehmen, sehr umweltfreundlich nach Wien fahren und gut verhandeln! Es ist die Aufgabe eines Referenten (*LR Ing. Rohr: Ich fahre nach Wien!*) dafür Sorge zu tragen, und es ist nicht einfach zur Kenntnis zu nehmen, dass Herr Pröll seine Gelder für Tirol freundlicher als

Dörfler

für Kärnten ausschüttet. Das ist dann unanständig gegenüber Kärnten, das muss ich festhalten! Aber dann muss man dafür Sorge tragen, dass die gleichen Finanzierungen – die Herr Pröll scheinbar nach Tirol gibt – auch in Kärnten, sowohl für das Land als auch für die Gemeinden, gelten. Das ist für mich ein aktuelles Beispiel, dass es nicht sein kann, dass die Bundesländer oder auch die Referenten sozusagen nach politischer Färbung beteiligt werden!

Wir haben uns im Straßenbaubereich erfolgreich dagegen gewehrt! Bis wir in Wien mitgeredet haben, sind 70 Prozent der Infrastrukturmittel im Osten Österreichs verbaut worden. Jetzt haben wir das Ganze zugunsten Kärntens stark umgedreht. Jeder, der durch das Land fährt, weiß, dass es im Straßen- und Bahnbau so ist! Das gilt für jeden Referenten, dass er in Wien entsprechend zu verhandeln hat, um Erfolge und Geldpipelines nach Kärnten zu legen! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der ÖVP eine Zusatzfrage gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann hat der Anfrager noch eine! Ich bitte sie zu stellen, falls gewünscht!

Abgeordneter **Vouk** (SPÖ):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Die Wahrheit ist eine Tochter der Zeit, wie wir alle wissen! Mir liegt ein Schreiben des zuständigen Ministeriums vor, das meine Wortmeldung hier auf alle Fälle auf rechtlichen Boden und auf rechtliche Füße stellt. (*Unruhe im Hause.*) Ich denke, wir sollten es auch nicht davon abhängig machen, ob ein Wildbach ausgebaut wird oder welche Farbe der Bürgermeister hat! Es geht hier um die Sicherung der Menschen, für die wir letztendlich hier herinnen arbeiten sollen!

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass für die Zuschussgemeinde Afritz der Interessentenbeitrag reduziert wird?

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dörfler** (F):

Herr Abgeordneter Vouk! Jetzt sind Sie ja schon seit längerer Zeit im Landtag! Sie haben einen Gemeindereferenten und Sie haben einen zuständigen Referenten für die Wildbachverbauung, der scheinbar nicht in der Lage ist, gleich wie Tirol zu verhandeln! Dieses Schreiben, auf das sie sich beziehen, ist der Liebling Pröll! Das heißt: Er liebt Tirol und er mag Kärnten weniger! Das ist unfair! Das halte ich einmal grundsätzlich fest! Vielleicht sollte die ÖVP den Reinhart Rohr unterstützen, damit Herr Pröll Kärnten fair bedient! (*Unruhe und Lärm in der SPÖ-Fraktion.*) Sie sollten nicht ein negatives Schreiben des Herrn Pröll ... (*Wiederum Lärm und Unruhe in der SPÖ-Fraktion. – Vorsitzender, das Glockenzeichen gebend: Am Wort ist Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dörfler!*) Ich gehe davon aus, nachdem sich jetzt Wolfi und Gusi täglich umarmen, dass dann endlich im Bereich der anderen Ressorts eine Finanzierungsfairness (*LR Ing. Rohr: Ja klar!*) für Kärnten stattfinden wird! Ich hoffe, dass es dann den Tiroler Finanzierungsschlüssel auch in Kärnten geben wird! (*Einwände von LR Ing. Rohr.*) Und Herr Kollege Rohr, keine Aufregung! Fahren Sie nach Wien, verhandeln Sie besser und lassen Sie sich nicht vom Pröll über den Tisch ziehen! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Damit, meine Damen und Herren, ist die Anfrage 5 erledigt. Wir kommen zur Anfrage 6.

6. Ldtgs.Zl. 273/M/29:**Anfrage des Abgeordneten Ing. Hueter an Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Dörfler**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Die Wahrheit ist eine Enkelin der Zeit, Gerhard! Von dem reden wir jetzt nicht,

Ing. Hueter

was Wahrheit und was Unwahrheit ist! (*Dies wird auf heitere Weise vorgetragen.*) Aber zum Thema B100, welches wir heute schon in der Anfrage 4 behandelt haben, möchte ich natürlich auch noch Einiges hinzufügen, und zwar zu diesem Punkt, bei dem du früher gesagt hast, ich hätte Slalom fahren bzw. nicht umfallen sollen! Dein guter Freund ... (*Unruhe im Hause. – LR Ing. Rohr und LH Dr. Haider führen lautstarke Zwiesgespräche. – Vorsitzender, das Glockenzeichen gebend: Am Wort ist der Anfragersteller! Herr Landesrat und Herr Landeshauptmann, könnten Sie dieses Gespräch draußen machen! Der Landtagsabgeordnete Ing. Hueter hat eine Frage! Ich bitte, diese an 1. Landeshauptmann-Stellvertreter Dörfler zu stellen!*)

Ich wollte den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Folgendes fragen: Dein guter Freund, Hans Peter Profunser, ist aus dieser besagten Sitzung ausgezogen und hat sein Mandat zurückgelegt. Warum, das frage ihn bitte selber! Ich weiß nur eines: Hättest du das damals bei dieser Sitzung am 18. Feber 2002 getan, dann wäre Dellach/Berg erledigt.

Meine Frage betreffend UVP, dieser Abschnitt Greifenburg/Dellach, weil uns das auch schon seit September 2005 fix vorm Haus ist; dort findet es statt. Wir schreiben November 2006, also über ein Jahr schon die Verzögerung! Wann – und das ist jetzt die Frage – wann ist mit dem Abschluss der UVP für die B100, Abschnitt Greifenburg/Dellach, zu rechnen? Bitte! (*Zwischenruf von Abg. Ing. Scheuch. – Heiterkeit in der F-Fraktion.*)

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dörfler** (F):

(*Abg. Ing. Scheuch lachend: Wer ist für die UVP zuständig!?*) Herr Abgeordneter Hueter und lieber Ferdinand! Lieber Drautalschläfer! Du schläfst ja schon wieder! Du müsstest ja wissen, dass der Kollege Rohr für die UVP zuständig ist! Ich werde dir nicht beantworten können, wann er sie fertigmacht. Ich weiß aber, dass der Reinhart Rohr immer bemüht ist – das muss ich wirklich festhalten – Verfahren schleunigst abzuarbeiten. Und ich gehe davon aus, dass er für die Drautaler Bevölkerung, auch diese UVP, die bestens vorbereitet ist – viel zu teuer ist – aber jedenfalls in kürzester Zeit abgewickelt wird. Reinhart, ich

darf dich darum auch im Landtag bitten! Das brauche ich eh nicht, weil er wird's eh tun. Aber in Zukunft bitte die Frage an den richtigen Referenten stellen! (*LR Dipl.-Ing. Scheuch: Steht eh oben Oberkärnten! – Abg. Ing. Scheuch: Ja, bravo!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der Freiheitlichen eine Zusatzfrage gewünscht? – Herr Abgeordneter Ing. Haas!

Abgeordneter **Ing. Haas** (F):

Aufgrund der vorgenannten Anfragen über die B100 war ersichtlich, dass die beiden Drautaler Abgeordneten Hueter und Schwager über den Ausbau der Drautal Bundesstraße B100 jetzt offensichtlich an Informationsdefiziten leiden bzw. beide vielleicht nicht immer genau zuhören.

Nun meine Zusatzfrage zu Ihrer weiteren Aufklärung: Wieviel wurde in den letzten Jahren in den Ausbau der B100 bereits investiert?

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dörfler** (F):

(*Vorsitzender: Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Bitte, man hört Sie ein bisschen schlecht, weil ... – Abg. Ing. Scheuch: Das Mikrophon nicht eingeschalten ist! Sie sich immer zum Anfragersteller herwenden. Deshalb ist der Tonempfang ... – Einwand von 1. LH-Stv. Dörfler. – Vorsitzender: Ja, ist höflich, aber man hört dann in den Bänken nichts, bitte!*) Ich schaue meinen PartnerInnen und Gesprächspartnern gerne in die Augen. Das ist vielleicht das Problem, Herr Präsident! Ich werde in Zukunft vielleicht hingehen und dann kann ich dem Anfragersteller auch sozusagen ins Gesicht sehen, - was ich gerne tue! Aber eines möchte ich noch aufklären! Im Gegensatz zum Drautalschläfer ist der Franz Schwager eigentlich immer recht gut informiert was die B100 anlangt; das muss ich einmal festhalten.

Ich musste aus diesem Grund, weil da wurde ja in der Gemeinde Berg im Drautal plakatiert:

Dörfler

„Passiert nichts was die B100 anlangt!“, und daraufhin habe ich einmal eine entsprechende Information, ein Informationsmedium, um auch festzuhalten, was seit 1999 im Drautal alles passiert ist. Das sind in Summe 22 Projekte. Wenn ich die jetzt aufzählen würde, brauchen wir bis morgen. Aber investiert wurden 53,6 Millionen Euro; das sind in Schilling 737 Millionen! Und das von 1999 bis heute! (*Beifall in der F-Fraktion. – Abg. Zellot Beifall gebend: Das sind Summen!*) Das ist glaube ich, ein eindeutiges Zeichen, dass wir den Ausbau der B100 mit hohem finanziellen Aufwand und mit hohem Umweltaufwand und hohen Standards umsetzen und, dass wir nebenbei – sowie jetzt vor kurzem – auch kleine Aktivitäten setzen, um die Gemeinden zu unterstützen. Wir haben für die Gemeinde Berg bzw. für die dort anzusiedelnden Betriebe auch die Zufahrt seitens des Landes für diesen neuen Gewerbepark errichtet. Wir haben jetzt in Frallach noch eine Sanierung, weil sich die Anrainer massiv über den LKW-Lärm aufgeregt haben.

Ich muss aber auch festhalten, dass der „Drautalschläfer“ von den Anrainern gebeten wurde, was zu tun. Und mir hat man dann ein E-Mail geschickt; es hat weder der Bürgermeister noch der Straßenmeister die Bevölkerung dort vertreten! Und ich habe es jetzt in kurzer Zeit geschafft, dass wir noch 40.000,- Euro umschichten konnten, um in Frallach auch die Ortsdurchfahrt noch vor der Inbetriebnahme der Umfahrung Steinfeld, mit neuem Asphalt auszustatten. (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der Sozialdemokratischen Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Das ist nicht der Fall! Dann hat der Fragesteller noch eine Zusatzfrage, falls gewünscht!

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Wird gewünscht! Ich hoffe, dass er sie beantworten kann. – Sind für das UVP-Verfahren im Bauabschnitt Greifenburt/Berg ein oder zwei Varianten geprüft worden? (*Diese Frage löst wiederum Heiterkeit in der F-Fraktion aus.*)

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dörfler** (F):

Also, jetzt tue ich einmal deinen Kunstnamen wieder weg, lieber Ferdi! (*Abg. Ing. Hueter: Ist gescheiter, ja!*) Naja, er ist die Wahrheit! „Drautalschläfer“ ist ja nichts Schlechtes, wie man heute gemerkt hat, wenn man zu spät aufzeigt (*Abg. Lutschounig: Mah, tua nicht immer Oberlehrer spielen!*) oder vielleicht über Dinge nicht informiert ist, die man einfach als Abgeordneter wissen muss! Denn, wenn ich nicht einmal weiß, wer für UVP zuständig ist, im Landtag, Ferdi, dann muss man halt einfach einmal hinterfragen, wie das eigene Fachwissen in der Politik im Landtag gegeben ist.

Faktum ist, dass verschiedene Varianten einer sogenannten „Nutzwertanalyse“ unterzogen wurden, dass ja in allen Gemeinden entsprechende Informationen, fachliche Informationen, „X“-Sitzungen – ich bin ja schon ein halber Drautaler in der Zwischenzeit – abgehandelt wurden; dass verschiedene Trassen untersucht wurden und, dass bei einer UVP nur sozusagen das Bestprojekt natürlich gehandelt wird. Dass dir das nicht ganz gefällt, ist mir bekannt, aber damit müssen wir leben. Ich werde ein UVP-Ergebnis zu respektieren haben, die Gemeinden werden es zu respektieren haben und mit den Anrainern gibt es ja überhaupt keine Probleme, denn wie ich heute schon einmal gesagt habe, die sind im Regelfall reifer als politische Streitansln. (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Damit ist die Anfrage 6 erledigt.

Ich komme zur Anfrage 7:

7. Ldtgs.Zl. 274/M/29: Anfrage des Abgeordneten Dipl.-Ing. Gallo an Landesrat Ing. Rohr

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landesrat Ing. Rohr! Ich habe es jetzt leicht, ich

Dipl.-Ing. Gallo

darf zitieren. Österreich, die neue Tageszeitung vom 14.10. hat getitelt: „Österreichs bestbezahlter Spaziergänger!“ Dann heißt es weiter: „Die Gemeinde Velden beschäftigt den teuersten Spaziergänger Österreichs. Nach 33 Jahren Tätigkeit wurde dem heute 57-jährigen Georg Putzl im Vorjahr per Weisung der Job weggenommen. Seither geht er zu vollen Bezügen spazieren! Der Veldener Bürgermeister Ferdinand Vouk bezeichnet Putzl zwar als tüchtig, er sei aber zu bürgerfern“. „Blödsinn! Ich war beliebt, habe aber nicht immer nach einer politischen Pfeife getanzt. Das hat mich den Job gekostet“, mutmaßt Putzl. Immerhin war er für Naturschutzbelange – höchst interessant – und andere wichtige Gemeindeangelegenheiten zuständig. Ein klassischer Fall für den Gemeindereferenten, hier vermittelnd einzugreifen.

Ich frage Sie daher, Herr Landesrat: Was wurde von Ihnen als Gemeindereferent bisher unternommen, um im Streitfall des Veldener Gemeindebediensteten G.P. (laut Zeitungsoberschrift „Österreichs bestbezahlter Spaziergänger“) eine beiderseits befriedigende Lösung zu erreichen?

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Abgeordneter Gallo! Die Gemeinden sind Gebietskörperschaften mit dem Recht auf Selbstverwaltung. Und ich lege Wert darauf, dass das auch in Zukunft so bleiben soll! Und daher kann ich Ihnen sagen, dass zu den verfassungsgesetzlich gewährleisteten Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinden insbesondere auch die Bestellung der Gemeindebediensteten und die Ausübung der Diensthoheit gehört. Um Ihnen sozusagen auch im Protokoll die Möglichkeit zu geben, nachzuschlagen, zitiere ich auch Artikel 118, Abs. 3, Ziffer 1 Bundesverfassungsgesetz. Die Zuständigkeit zur Regelung von dienstlichen Angelegenheiten des Gemeindebediensteten liegt daher ausschließlich im Bereich der Gemeinde Velden. Nachdem Sie ja selbst über viele Jahre Gemeindevorstand, Vizebürgermeister und Gemeindevorstand in der Gemeinde Paternion waren, denke ich, dass Sie das eigentlich wissen müssten!

Ich darf Ihnen sagen, dass in gegenständlicher Angelegenheit auch ein Vorstellungsverfahren betreffend die Änderung der Verwendung des

betroffenen Herren bei der Kärntner Landesregierung anhänglich ist. Insoweit ist also die Kärntner Landesregierung als Gemeindeaufsicht mit der Überprüfung der Angelegenheit befasst. Im Hinblick auf das laufende Verfahren sind aber detaillierte Auskünfte in der Sache selbstverständlich nicht möglich.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Das ist nicht der Fall! Seitens der ÖVP? – Auch nicht! Dann hat der Fragesteller noch eine. Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Herr Landesrat! Ich möchte mit aller Deutlichkeit festhalten: Solche Zustände hat es nie – und ich habe viel in der Gemeinde Paternion als Opposition kritisiert – in dieser Gemeinde gegeben! Ihr Hinweis darauf war entbehrlich.

Hier ringt ein Mensch um Gerechtigkeit! Und ich frage Sie jetzt: Werden Sie diesem Ringen weiterhin Ihre Bereitschaft verweigern?

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Abgeordneter Gallo! Ich vertraue voll und ganz der Gemeindeführung und natürlich auch dem Herrn Bürgermeister der Marktgemeinde Velden Abgeordneten Ferdinand Vouk, dass er die Gesetze kennt und, dass er die für ihn zuständigen Erfordernisse auch entsprechend handhaben wird, sodass es nach autonomen Grundsätzen und unbeeinflusst vom jeweiligen Gemeindereferenten korrekte Entscheidungen geben wird. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Damit, meine Damen und Herren, haben wir die Anfrage 7 erledigt.

Wir kommen zur Anfrage 8:

Dipl.-Ing. Freunschlag**8. Ldtgs.Zl. 275/M/29: Anfrage der Abgeordneten Mag. Cernic an Landesrat Ing. Rohr**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordnete **Mag. Cernic** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Landesrat! Es wird im nächsten Jahr der Start des Gemeindeinformationszentrums geplant. Und ich möchte daher fragen: Welche generellen wirtschaftlichen Zielsetzungen werden mit der Einrichtung dieses Zentrums verfolgt?

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Geschätzte Frau Abgeordnete! Diese Frage ist durchaus sehr berechtigt, weil sie ja durchaus auch mit der Beschlussfassung in der Regierung zu entsprechender Diskussion und Reaktion auch seitens der Wirtschaftskammer geführt hat. Daher darf ich Ihnen die generellen Vorteile einer zentralen Organisationseinheit „Gemeindeinformationszentrum Kärnten“ kurz präsentieren.

Dass die Kärntner Gemeinden natürlich bei wirtschaftlich sinnvoller Einführung der notwendigen IT-Standards und E-Government bestmöglich zu unterstützen sind, denke ich, ist klar. Und daher sind die Vorteile insbesondere die Bündelung der Beschaffung von informationstechnologischen Komponenten. Zum Beispiel: Gemeinsamer Ankauf von EDV-Arbeitsplätzen, die Bereitstellung von qualitativ hochwertigen Beratungsleistungen, die Koordination der Einführung von E-Government-Standardkomponenten und die zentrale Sicherheitspolitik mit administrativen Umsetzungsschritten, wie die Abwicklungen von elektronischen Verwaltungsabläufen. Der wesentliche Vorteil liegt darin, dass die Qualität und die Geschwindigkeit bei der Einführung von E-Government in Kärnten damit steigt. Vor allem ist auch die dringende Einführung von E-Government in den Gemeinden insofern notwendig, um den Anforderungen, welche sich auch aus den neuen Möglichkeiten der Breitbandinitiative in Kärnten für die Wirtschaft und für die BürgerInnen ergeben, entsprechend Genüge zu leisten.

Die Zielsetzungen in wirtschaftlicher Hinsicht sind, dass durch diese Gemeindeinformationszentren-Kärnten-Gesellschaft Kosteneinsparungen für die Gemeinden in der Höhe von 100.000,-- bis 200.000,-- Euro pro Jahr durch Synergieeffekte zu erwarten sind. Diese setzen sich vor allem für die Benutzeradministration, Schulung und Beratung, für die Geo-Informationssystemdienste und aus der Bündelung von Beschaffungskomponenten zusammen. Und vielleicht noch ein Satz auch zu den von mir anfänglich angesprochenen Sorgen der Wirtschaft, dass die immer komplexer werdenden informations- und kommunikationstechnologischen Ausstattungen der Gemeinden, speziell für E-Government, im Bereich der Wartung und Servicierung von regionalen Firmen, nicht mehr im notwendig großen Zusammenhang gesehen und betreut werden können. Es ist wichtig, dass wir entsprechende Koordination und Fachwissen und Spezialwissen bündeln und letztlich dieses Fachwissen dann auch zum Vorteil der heimischen Wirtschaft, wenn es um die Servicierung geht, entsprechend einbringen können.

Die Geschäftsfelder von EDV-Firmen in Kärnten sind von den geplanten Aktivitäten in keinem Fall betroffen, da in diesem Gemeindeinformationszentrum Kärnten selbst keine Softwareentwicklungen erfolgen werden. Diese Entwicklungsaufträge werden in koordinierter Weise gemäß Bundesvergabegesetz an EDV-Firmen vergeben werden. Und es wird durch das koordinierte Vorgehen, eine höhere Qualität erzielbar sein, es wird mehr Dynamik bei der Vergabe von Aufträgen entstehen und es werden insgesamt natürlich positive Effekte auch für die Kärntner EDV- und IT-Wirtschaft zu erwarten sein. Ich denke, dass wir mit diesem Projekt einen weiteren wesentlichen Schritt sicherstellen, damit der Vorsprung, gerade was das E-Government im Bereich der Gemeinden in Kärnten betrifft, und den wir gegenüber allen anderen Bundesländern haben, auch für die Zukunft abgesichert werden kann. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der Freiheitlichen Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht. – Herr Abgeordneter Gritsch, ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Gritsch** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Es sind die vielfach von uns allen zitierten Klein- und Kleinstunternehmen, die den Motor, die das Rückgrat der Kärntner Wirtschaft darstellen.

Meine Frage an Sie, Herr Landesrat: Wie werden Sie konkret dafür Sorge tragen, dass auch diese kleinen Unternehmen, diese kleinen EDV-Anbieter, eine reelle Chance bekommen, ihre Leistungen anzubieten?

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Abgeordneter, wenn Sie mir genau zugehört hätten, dann hätten Sie eigentlich den Schluss daraus ziehen können, dass diese Infrastruktur, die hier geschaffen wird, genau auch die Chance für kleine Unternehmen ist, als Dienstleister vor Ort. Wichtig ist es, dass in der EDV und in der gesamten elektronischen Verwaltung und IT-Infrastruktur der Gemeinden wesentliche Qualitätslevels erfüllen, die letztlich auch für den Bürger in Heiligenblut und für den Bürgermeister in Preitenegg dieselbe Möglichkeit der Anwendung und der Nutzung verfügbar macht, wie es in den Zentralräumen vielleicht aufgrund, sage ich einmal, größerer Organisationsverwaltungseinheiten und vielleicht auch entsprechend flexiblerer Gestaltung und Ausrichtung jetzt schon der Fall ist.

Ziel ist es, durchgängige Qualitätsstandards, Ziel ist es, durchgängiges Angebot flächendeckend in Kärnten zustand zu bringen, auf hoher Qualität. Natürlich ist es auch das Ziel, dass wir die Wirtschaft bestmöglich miteinbinden. Wir wollen Pflichtenhefte erstellen. Aufgrund der Pflichtenhefte wird es auch für die kleinen Unternehmer wesentlich leichter sein, Orientierung zu haben, was tatsächlich der Bedarf in den Gemeinden draußen ist. Ich glaube, wenn man die Linie genau definiert, dann ist es auch für die Wirtschaft wesentlich leichter, im Wettbewerb daran teilzunehmen, als wenn die Dinge wenig und nicht genau beschrieben sind. Das ist das Eine.

Zum Zweiten darf ich auch sagen: Wir haben mit dem Präsidenten der Wirtschaftskammer, Pacher, ein Memorandum vereinbart, das also in Zusammenarbeit und auch die inhaltliche Abstimmung mit der Wirtschaft in Kärnten entspre-

chend beinhaltet und das alle wesentlichen Kritikpunkte der Wirtschaftskammer auch entkräftet. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der ÖVP-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Herr Abgeordneter Lutschounig, ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Lutschounig** (ÖVP):

Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Lieber Herr Landesrat! Ich muss sagen, ich teile die Befürchtungen meines Kollegen Bernhard Gritsch, weil ich glaube, dass dieser Akt der Zentralisierung jedenfalls nicht zur Flexibilisierung insofern beiträgt, dass der Unternehmer in Heiligenblut und in Lavamünd auch irgendwo die Möglichkeit hat anzubieten und hier vor Ort, wo wir alle von regionaler Wertschöpfung reden, jedenfalls sein Geschäft machen kann. Aber dein Wort in Gottes Gehör! Du mögest Recht haben. Ich aber habe hier meine echten Befürchtungen.

Aber zur konkreten Frage jetzt: Es heißt „Einsparungen von 120.000 bis 150.000 Euro sind vorgesehen.“ Auf der anderen Seite kostet aber das IT in etwa 350.000 Euro im Jahr, das heißt von einer Ersparnis kann hier wohl nicht die Rede sein. *(Vorsitzender: Bitte, die Frage stellen!)* Ja! Ist von einer Ersparnis die Rede? 120.000 Euro Ersparnis – und 350.000 Euro kostet das Ganze? *(Vorsitzender: Ich hoffe, der Landesrat hat das verstanden! Bitte, zu beantworten!)*

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Abgeordneter Lutschounig, ich wundere mich nicht, dass du heute auch hier dich als Abgeordneter kritisch zu Wort meldest, nachdem du meinem Bemühen, die Qualitätslevels in der IT-Infrastruktur unter den Gemeinden möglichst hoch zu halten, schon in der Regierung entgegen getreten bist und auch seinerzeit dagegen gestimmt hast.

Faktum ist, dass wir natürlich, sage ich einmal, bei der Installation einer entsprechenden Gesell-

Ing. Rohr

schaft Anlaufkosten haben, aber dass mittelfristig – und das sind die tatsächlichen Einsparungseffekte – 100.000 bis 200.000 Euro in der Fläche Kosteneinsparungen durch Synergien zu verzeichnen sein werden.

Ich möchte auch vielleicht noch eines zum besseren Verständnis sagen: Wir werden natürlich auch durch mehr Wettbewerbe in dem Bereich erreichen, dass wir in der Kostenstruktur mehr Dynamik zustande bringen. Wir wissen, aufgrund von Untersuchungen, dass es in Kärnten Gemeinden gibt, wo es möglich ist, einen Standard beschriebenen EDV-Arbeitsplatz mit 45 Euro im Monat zu bewirtschaften – auf der anderen Seite gibt es Gemeinden, wo derselbe EDV-Arbeitsplatz Kosten von 85 Euro verursacht. Ich denke, auch im Interesse der Sparsamkeit der öffentlichen Verwaltung ist es wichtig, dass wir hier einfach Qualitätsstandards und Levels festlegen, die letztlich sicherstellen, dass man insgesamt hier Kosten einsparen kann, auch in den gemeindeeigenen Haushalten. Weil jeder Euro, der gespart wird, steht woanders für eine Investition zur Verfügung, wo es um Infrastrukturaufrechterhaltung geht und wo es letztlich auch um Rahmenbedingungen und Lebensbe-

dingungen für die Menschen im ländlichen Raum geht, in erster Linie. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag (F)**:

Hat die Anfragerstellerin noch eine Zusatzfrage, bitte? – Sie verzichtet auf die Zusatzfrage. Damit ist die Anfrage 8 erledigt und somit auch die Redezeit für die Fragestunde beendet.

Es sind zwei Anfragen übrig geblieben. Die Anfrage 9 der Abgeordneten Mag. Knicek an Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Schanig-Kandut. Bitte, wie möchten Sie die Anfrage beantwortet haben? *(Abg. Mag. Knicek: Schriftlich, bitte!)* Schriftlich! Die Anfrage 10, Ldtgs.Zl. 277/M/29, Anfrage des Abgeordneten Holub an Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Dörfner. *(Abg. Holub: Mündlich, in der nächsten Sitzung!)* Mündlich, in der nächsten Sitzung. Es wird so vorgegangen werden!

Meine Damen und Herren! Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde.

Aktuelle Stunde

Es liegt ein entsprechender Antrag des SPÖ-Klubs vor. Nach dem Rotationsprinzip ist die SPÖ an der Reihe. Das Thema lautet: „Kärntner Mindestsicherungsgesetz“.

Ich erteile – wenn ich wüsste, wer es ist? – dem Redner der Antragsteller als Erstem das Wort. – *(KO Abg. Mag. Dr. Kaiser meldet sich.)* Es hat sich Klubobmann Dr. Kaiser gemeldet. Ich möchte besonders auf die generelle Redezeitbeschränkung in der Aktuellen Stunde von fünf Minuten hinweisen. Ich bitte, zu sprechen!

Abgeordneter **Mag. Dr. Kaiser (SPÖ)**:

Danke! Herr Präsident! Sehr geehrte Mitglieder der Kärntner Landesregierung! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Der Sozialstaat, fußend auf Bundes- und Landesgesetzgebung, muss ununterbrochen an die jeweiligen Erfordernisse angepasst und modernisiert werden.

Auch muss seine Fairness und Gerechtigkeit stets überprüft, müssen Zivilgesellschaften und persönliches Engagement willkommen ergänzt werden, aber der Sozialstaat kann durch nichts Anderes ersetzt werden.

Die Sozialdemokratie steht für soziale Grundrechte, die wir auch in unseren Gesetzen verankern wollen, wobei wir wollen, dass das Sozialsystem an der Erwerbsfähigkeit und an der Erwerbstätigkeit orientiert bleibt. Daher ist das von Landeshauptmann-Stellvertreterin Gabriele Schanig erarbeitete Gesetz über die soziale Mindestsicherung in Kärnten, das Kärntner Mindestsicherungsgesetz, ein Meilenstein Kärntner und auch österreichischer Sozialpolitik. 87 Paragraphen markieren umfassend den Weg in eine neue Dimension der Sozialpolitik, welcher einer Systemumstellung von einem Befürsorgeungsmodell zu einem Rechtsanspruch auf Existenzsicherung als wesentlichster Leitlinie folgt.

Mag. Dr. Kaiser

Es ist der politischen Beharrlichkeit der zuständigen Referentin zuzuschreiben, dass das Bundesland Kärnten mit diesem Gesetz nachhaltig auf gesellschaftliche Veränderungen und veränderte Rahmenbedingungen Rücksicht nimmt und somit eine weitgehende Umgestaltung der bisherigen Sozialhilfe, als Basis gesetzt, vornimmt.

Eckpfeiler der Kärntner Mindestsicherung ist bzw. sind eine Bündelung bestehender Leistungen der bisherigen sozialhilfenahen Bereiche, eine Steigerung der Effektivität und Effizienz der nicht beliebig steigerbaren budgetären Mittel bei nahezu gleich bleibenden Basisbeträgen, ein Hingehen zu Zuschlägen für echte Problemfallgruppen wie Alleinerzieherinnen und Alleinerzieher, Mehrkindfamilien und Familien mit behinderten Kindern.

Wesentlich ist, dass dieses Gesetz starke Anknüpfung an eine Integration oder in eine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt vorsieht, diese mit entsprechenden Fördermaßnahmen unterstützt und somit auch Sozialprestige und soziale Anerkennung durch die Gesellschaft sicherstellt.

Es ist uns klar, dass die Kärntner Mindestsicherung ausschließlich Landeszuständigkeiten regeln kann. So manche in der Vergangenheit vorgebrachte Kritik ist daher auch unter dieser einschränkenden Prämisse zu sehen. Entscheidend, meine Damen und Herren, ist jedoch, dass Befürsorgung und Stigmatisierung, die bisher mit der Sozialhilfe einhergingen, durch ein auf Integration, Rechtsanspruch und Stärkung zur Selbsthilfe aufgebautes System ersetzt wird.

Soziale Treffsicherheit – oftmals hier im Hohen Haus diskutiert, jahrelang von der SPÖ eingefordert – sichert nunmehr den Anspruch auf Schulstartgeld und Heizkostenzuschüsse. Und das nachhaltig. Die Hebung des Stellenwertes persönlicher Hilfe durch Vorrang vor anderen Hilfen, aber auch die Verankerung einer generellen Beratungspflicht, eine weitere Verankerung echter Mindeststandards statt Richtsätzen sowie klare Ansprüche des Sonderbedarfes wie Wohnen und Heizen runden dieses – und ich versteige mich nicht gerne in Superlativen - aus meiner Sicht epochale Gesetzeswerk ab.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich danke all jenen, die dazu beigetragen, in mehrjähriger Arbeit, dass dieses Mindestsicherungs-

gesetz einen Ansatz gefunden hat, der auf die wirkliche Situation in der Gesellschaft abzielt. Ich weiß, dass soziale Gesetzgebung immer nur die Reaktion auf tatsächliche Zustände in einer Gesellschaft sein kann. Wir alle möchten als politisch Tätige, quer durch alle Parteien, dass soziale Zusatzhilfen und soziale Steigbügelhalterei möglichst gering ist. *(Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen, bitte zum Ende zu kommen!)*

Daher ist diese Mindestsicherung lediglich die Reaktion auf das, was sich gesellschaftlich darstellt, aber – und damit komme ich zum Schluss, Herr Präsident – eine Reaktion auf soziale Zustände, die es notwendig machen, dass die neue Gesetzgebung fortschrittliche, moderne Schritte einschlägt. Gaby Schaunig, danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt KO Abg. Ing. Scheuch das Wort.)

Abgeordneter Ing. Scheuch (F):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Landtag! *(Abg. Lutschounig: Da bin ich neugierig, was dieser Herr sagen wird. Gespannt!)* Kärnten ist zwar das südlichste Bundesland Österreichs. Das ist aber nicht der Grund dafür, warum es hier in Kärnten keine soziale Kälte gibt, sondern vielmehr ist der Grund dahingehend zu suchen, dass der Landeshauptmann von Kärnten sämtliche Budgets in seiner Legislaturperiode immer gut ausgestattet hat, vor allem im Sozialbereich! *(Beifall von der F-Fraktion)*

Die Sozialtöpfe sind gefüllt wie nie. Es ist ein Widerspiegeln, dass im jetzigen Budget 270 Millionen hier vorgesehen sind. Wir von Seiten der Freiheitlichen in Kärnten haben schon bei den Koalitionsverhandlungen – wo die Frau Cernic nicht dabei gewesen ist, aber der Peter Ambrozy – klar gelegt, dass für uns familienpolitische Maßnahmen das Wichtigste sind. Natürlich haben familienpolitische Maßnahmen auch starke soziale Komponenten: Babygeld, Mütterpension, Schulstartgeld, Gratiskindergarten, Altwerden in Würde – alles Maßnahmen, die auch gegen die Stimmen der SPÖ durchgesetzt worden sind, die aber sehr wohl dafür beigetragen haben, dass sich die Situation, vor allem im Sozialbereich, in Kärnten verbessert.

Ing. Scheuch

Letztendlich ist der Landeshauptmann von Kärnten auch immer ein Garant dafür gewesen, dass unschuldig in Not geratene Menschen ein offenes Ohr finden. Und so sehen wir das Kärntner Lebenssicherungsgesetz nicht als Meilenstein, nicht als epochal.

Das könnte man auch nicht so sehen, denn es ist mit 4,2 Millionen Euro Mehrkosten ausgestattet, um mit einem bäuerlichen Ausdruck hier einmal „die Kuh im Stall zu lassen.“ Wir sehen dieses Gesetz aber als wichtigen Mosaikstein, der das Gesamtbild eines sozialen Kärnten abrundet. Es gibt auch Besonderheiten in diesem Gesetz, die ich hier noch kurz hervorheben möchte. So ist es gelungen, für Familien mit behinderten Kindern die Einkommenssituation um 30 Prozent zu verbessern! Das freut mich ganz besonders! Es ist gelungen – und da wird sich auch der Präsident Ferlitsch freuen – die Gemeinden allein im Jahr 2008 um immerhin 1,2 Millionen Euro zu entlasten. Und es sind zentrale Forderungen Kärntens in dieses Gesetz eingeflossen. Die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin hat mich sogar persönlich mehrmals ob meiner konstruktiven Gespräche auch medial gelobt, was in diesem Zusammenhang sehr interessant ist. (*Unruhe in der SPÖ-Fraktion.*) Das ist so!

Wir haben die Zielgruppe dieses Gesetzes mitdefiniert! Wir haben klar gesagt, dass dieses Gesetz nicht für Wirtschaftsflüchtlinge, für Tschecheranten und für Sozialschmarotzer da sein soll, sondern wirklich eine Hilfe für unschuldig in Not geratene Menschen darstellen soll. Und vielleicht auch gleich vorwegnehmend für den einen oder anderen Redner von der SPÖ, der ob dieses Gesetzes in sozialromantische Verzückung gerät: Es gibt hier auch einige Paragraphen, die unsere Handschrift tragen! Zum Beispiel § 7: „Dass es sehr wohl klar ist, dass zumutbarer Einsatz der Arbeitskraft von Hilfesuchenden einberechnet wird.“ Im § 9 ist einiges über die Leistungen zu lesen. Hier ist klargelegt, „dass nicht nur Geld entscheidend ist, sondern dass sehr wohl auch Sachleistungen verstärkt zum Einsatz kommen sollten.“ Das ist aus meiner Sicht ein wichtiger Bereich! Beispiel: Im Geldbereich gibt es die Möglichkeit, dass die Mieten nicht an die Mieter, sondern an die Vermieter gezahlt werden sollen. Im § 12, Landesrat Rohr, haben wir eine alte freiheitliche Forderung durchgesetzt: „Dass die Versorgung in diesem Fall nur dann stattfinden kann, wenn eine Frau

ein Kind zu versorgen hat oder versorgt hat.“ Ich weiß, dass Sie das nicht gerne hören, aber das ist eben unsere Handschrift, die sich hier widerspiegelt. Und es gibt im § 44 eine klare Berichtspflicht! (*Vorsitzender: Sie haben noch eine halbe Minute!*) Danke, Herr Präsident! Und in dieser klaren Berichtspflicht sehen wir auch unsere Chance, dieses Gesetz so zur Anwendung zu bringen, dass es die richtigen Leute bekommen und nicht die falschen, ein Mosaikstein eben! Einige werden heute hier im Hohen Haus diesen Mosaikstein besonders hervorheben und als glänzend bezeichnen! Andere werden ihn gar nicht sehen wollen! Wir erachten ihn im Zusammenhang mit vielen anderen Maßnahmen des Landes Kärnten (*Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen!*) als ein durchaus gutes Mittel, um die Zukunft vieler Kärntnerinnen und Kärntner auch weiterhin zu sichern! Danke! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt KO Abg. Mag. Grilc das Wort.*)

Abgeordneter Mag. Grilc (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hoffe, dass die weitere Debatte wenigstens eine wesentliche Frage klärt: Ist das nun etwas wirklich Neues, Epochales, Großes oder ist im Grunde all das zusammengefasst, was ohnedies schon – mit ein paar Millionen abgesichert – existiert und damit hat es sich? Ich rufe in Erinnerung, dass genau diese Frage der Mindestsicherung am Beginn des heurigen Jahres zum Zerwürfnis der beiden damaligen Koalitionspartner geführt hat. Es war bezeichnenderweise der Faschingdienstag, der die Scheidung herbeigeführt hat. In der Folge kam ein Neuwahlantrag der SPÖ ins Hohe Haus herein, mit dem Titel: „Weg frei für Kärntens Zukunft!“ Jetzt heißt es offenbar: „Vorwärts Genossen, wir müssen wieder zurück! Alles anders!“ Wie auch immer! Faktum ist, dass die SPÖ schon im Mai dieses Jahres einen Gesetzesentwurf eingebracht hat, der dann im zuständigen Sozialausschuss vorberaten wurde. Im Juni hat es die letzte Sitzung gegeben. Und dort wurde mit Fachleuten vereinbart, weiter darüber zu reden, dass heißt, Auskunftspersonen zu hören. Das ist nicht erfolgt! Daher haben wir heute den Zustand, dass sich zwar die Altkoalitionäre

Mag. Grilc

wieder gefunden und offenbar auch einen Gesetzestext akkordiert bzw. verfasst haben, der den anderen Fraktionen nicht vorliegt.

Jetzt stellt sich für mich die Frage: Was ist es nun tatsächlich? Ist es dieses epochale, neue Werk, dann wäre es immerhin spannend. Denn das wäre die Vorstufe, eine Art Pilotmodell für gesamtösterreichische Entwicklungen im Sinne dessen, was die SPÖ auch auf Bundesebene propagiert hat. Wobei auch hier möglicherweise jene Aspekte noch neu zu diskutieren wären, (*Zwischenruf von Abg. Mag. Dr. Kaiser*) die auf den Grundsatz hinauslaufen, den wir als ÖVP verfolgen: Dass sich Arbeit grundsätzlich lohnen muss; dass man dort hilft, wo jemand nicht kann; aber dass man dort restriktiv ist, wo jemand nicht will und, dass wir diese Grauzonen wirklich klar zu definieren haben! (*Abg. Ing. Scheuch: Dafür haben wir gesorgt, dass sich Arbeit lohnen muss!*)

Wenn es jetzt in diese Richtung geht, dass das alles (*Zwischenruf von Abg. Dipl.-Ing. Gallo*) auf eine Art arbeitsloses Einkommen hinausgeht, dann würde es mich insofern wundern, weil das BZÖ bisher eine völlig andere Linie fuhr und damit umgefallen wäre! (*Proteste von Abg. Dipl.-Ing. Gallo und Abg. Ing. Scheuch. – Vorsitzender: Am Wort ist KO Mag. Grilc, bitte!*) Danke! Daher neige ich zur zweiten Annahme, die auch bei den Vorrednern schon ein bisschen durchgeklungen ist. Wir haben im Grunde genommen hier im Landtag jede Absicherungsform beschlossen. Wir haben einen Teil davon mit Rechtsanspruch schon jetzt! Und wir haben Dinge eingeführt – übrigens teilweise gegen den Willen der SPÖ – die offenbar in diesem neuen Gesetz Teil sein sollen, wie etwa Babygeld, Tagesmütter, Schulstartgeld et cetera. Das heißt, wir haben tatsächlich Dinge hier bereits existent, die jetzt halt in einem Paket zusammengeführt werden.

Und da – mit Verlaub gesagt – deutet schon vieles darauf hin, dass der Landeshauptmann nicht mehr persönlich die Heizkostenzuschüsse und die Mütterpensionen auszahlen geht, sondern das wird über die Abteilung 13 im Referatsbereich der Frau Dr. Schaunig erfolgen. Aber das ist es! Und dann – mit Verlaub liebe Kolleginnen und Kollegen der SPÖ – erweckt das Ganze schon ein bisschen den Eindruck, als wäret ihr vom Landeshauptmann für ein bisschen

Geld über den Tisch gezogen worden, wenn ich das ein bisschen salopp sagen darf. (*Abg. Ing. Scheuch: Nein! – Heiterkeit im Hause.*) Wesentlich ist für mich eines – also mit Verlaub – dass das Dementi des Landeshauptmannes ein sehr mildes war! (*Dies wird auf heitere Weise vorgebracht.*)

Wie auch immer! Die Forderung unsererseits ist jene, dass man diese Thematik natürlich im zuständigen Ausschuss noch ausgiebig zu diskutieren hat, um zu einer wirklich sinnvollen Lösung zu kommen. Denn immerhin möchte ich mit einer interessanten Feststellung schließen: Es verwundert atmosphärisch, wenn diese – wie ich sie damals genannt habe – „Gutsherrenehe“ genau am Faschingdienstag auseinandergeht! Und genau mit Beginn der neuen Faschingsaison lieben sich Jörg und Gaby plötzlich wieder! In drei Monaten ist übrigens wieder Faschingdienstag! Wir werden sehen! (*Heiterkeit im Hause. – Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Holub das Wort.*)

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann mich erinnern, dass ich im Wahlkampf mit ein paar Menschen in Velden gesprochen habe. Die haben mir gesagt, eine Grundsicherung ist besonders in Velden sehr wichtig, weil es da um Seegrund geht. Und dann habe ich mir gedacht: Naja, das ist ein ganz anderer Zugang. Wie weit ist dieser Begriff überhaupt in der öffentlichen Diskussion bekannt? Mir ist er aus den Zeiten des Klub of Rome bekannt. Seit dieser Zeit ist doch einiges geschehen! Dann hat er Grundeinkommen geheißen, dann Grundsicherung, dann Lebenssicherung und jetzt einmal Mindestsicherung. Der Diskurs ist sicherlich auch deswegen entstanden, weil ihn die Grünen geführt haben, weil er bei uns auch ein Wahlkampfthema war. Ich kann mich erinnern, dass ihn vor ein paar Tagen sogar der zukünftige Bundeskanzler Gusenbauer in den Mund genommen hat und er hat ihn bald wieder ausgespuckt, nachdem er es nicht dürfen hat. Aber auch Herr Leitl hat davon gesprochen. Es schaut wirklich so aus, als ob der öffentliche Diskurs jetzt in diese Richtung gehen könnte. Das ist auch gut so! Ich finde auch, dass diese Mindestsicherung (*Zwischenruf von Abg. Dipl.-*

Holub

Ing. Gallo.) natürlich ein erster Schritt in die richtige Richtung ist. Keine Frage! Wir müssen weiter! Nur bei den Grünen ist es natürlich so, dass das irgendwie unser Kind ist! Wir haben lange daran gearbeitet, und jetzt freuen wir uns auf die Geburt. Dann kommen wir drauf: Da fehlt ein Fuß, ein Ohr, eine Nase! Das ist natürlich für uns in vielerlei Hinsicht (*Zwischenruf von Abg. Dipl.-Ing. Gallo.*) nicht genug! Wir hoffen natürlich, dass da noch Sachen hineinkommen.

Mir kommt es vor, als wären da zwei Grundsicherungen: Die eine, die in der Zeitung steht und die andere, die ich da im Gesetz vorliegen habe. Jetzt habe ich nachgefragt. Im Büro Schaunig hat es geheißen: Nein, das soll eigentlich so bleiben. Da kommen jetzt noch die Mütterpension hinein und das Schulstartgeld. Das steht bei mir aber eh schon drinnen! Ich weiß wirklich nicht, um welchen Vorschlag es sich jetzt handelt. Wir haben im Ausschuss auch einige Anträge – Zusatzanträge der Grünen – hineinmoniert. Wir hoffen, dass sie auch behandelt werden, auch wenn die Zeichen jetzt so sind, dass man sagt: Nein, die Grünen kritisieren zu viel! Aber wir sind schließlich österreichweit auch die Eltern! Die Barbara Lesjak ist ja eine gute Mutter. Und warum sollte man die Eltern ausschließen, wenn man ein Kind zur Welt bringen will? Also, vielleicht reden wir im Ausschuss noch darüber. Ich denke, dass der Gebhard Arbeiter sicherlich soweit sein wird, dass wir auch dort mitreden werden dürfen.

Jetzt hat es in der öffentlichen Diskussion über die Grundsicherung immer diese unwahrscheinliche Angst gegeben, es könnte jemand bekommen, dem es nicht zusteht. Das ist schon eine ziemliche Doppelmoral! Statt, dass wir alle froh sind, dass wir eine Arbeit haben, sind wir den anderen noch neidig, wenn sie keine haben! Also, was soll das jetzt? Es gibt Studien, die sagen, dass Menschen weitaus lieber arbeiten als nicht zu arbeiten und ein Geld dafür zu kriegen. Es gibt sogar Studien von Politikern, denen Geld angeboten wird, damit sie nicht arbeiten. Und die wenigsten haben dieses Geld angenommen, obwohl es teilweise in Landesgesellschaften so funktioniert.

Ich würde mir wünschen, dass wir uns doch bei gewissen Punkten zusammensetzen. Wir haben in diesem Gesetzesentwurf bei vielen Punkten

keinen Rechtsanspruch! Aber das kommt nicht heraus. Wir haben immer noch den Kostenersatz drin! Ich darf nur § 47 vorlesen: „Dass ehemalige Empfänger – Schwafel, Schwafel – zum Ersatz der Kosten verpflichtet sind, auch noch drei Jahre später.“ Das ist nicht das, was für mich eine Mindestsicherung können muss! Es gehört ein Rechtsanspruch hinein! Natürlich muss das leistbar sein! Es muss aber auch so sein, dass man das nicht zurückzahlen muss! Das wäre einmal eine wichtige Sache! Setzen wir uns bitte noch zusammen, ansonsten ist es ein richtiger Schritt in die richtige Richtung! Aber es fehlen halt noch ein paar Körperteile! Danke! (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Das war ein richtiges Wirtswarr! – Einzelbeifall von Abg. Mag. Lesjak.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Schwager das Wort.*)

Abgeordneter Schwager (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Damen und Herren des Kärntner Landtages! Werte Zuhörer! Die Freiheitliche Partei steht einer Lebens- und Grundsicherung in Kärnten positiv gegenüber, (*Beifallskundgebungen aus der SPÖ-Fraktion durch Klatschen und Bravorufe!*) wenn gewisse Rahmenbedingungen damit einhergehen, die erläutern werden, wie wir uns das vorstellen. Aber eingangs sei nur für jene, die das sehr vehement ablehnen und behaupten, dass das wesentlich mit der Neuverschuldung im Budget 2007 zu tun hätte, festgehalten: Das ist sicher nicht der Fall! Denn für das kommende Jahr sind lediglich 1,1 Millionen Euro vorgesehen. Wir wissen nicht, wann dieses Gesetz in Kraft tritt. Die Frage ergibt sich schon, weil wie wir alle wissen, auch im Bund draußen an einem solchen Lebenssicherungsgesetz gebastelt und verhandelt wird. Es sollte da nicht Überschneidungen geben! Man sollte aufpassen, dass man nicht doppelt strickt!

Es wurde schon besprochen, dass man natürlich Hemmnisse für jene einbauen muss, die das ausnützen wollen. Es soll ein Mindestsicherungsgesetz für Kärntnerinnen und Kärntner sein – oder besser ausgedrückt – für österreichische Staatsbürger, die in Kärnten ihren Hauptwohnsitz haben und bedürftig sind. Das ist für mich ein klarer Fall! Wir haben in Kärnten einen relativ guten Wohlstand. Es darf nicht sein, dass 70.000

Schwager

bis 80.000 Kärntnerinnen und Kärntner – vor allem viele Alleinerzieherinnen – unter oder bei der Armutsgrenze sind. Dem muss Abhilfe geschaffen werden! Das entspricht nur teilweise dem Verhältnis, was geplant war. Es wurde aus dieser Lebens- und Grundsicherung, nach Verhandlungen von Montag auf Dienstag zwischen Landeshauptmann Haider und seiner Stellvertreterin Schaunig, ein Mindestsicherungsgesetz von dem wir keine Unterlagen haben. Wir wissen nicht, was da alles hinein- oder herausverhandelt wurde. Es sind wieder Informationen da, dass das Schulstartgeld nicht drinnen sein soll. Da appelliere ich: Alles zusammenfassen, was in den Sozialbereich gehört! Wenn man so ein Gesetz macht, muss alles drinnen sein!

Dann, die nächste Frage von mir ist: Wie schaut das aus, die Kontrolle? – Wird ein sehr wichtiges Instrument sein. Ist die Abwicklung vor Ort? Sind die Gemeinden eingebunden, die sich ja vor Ort besser auskennen als bei der Landesregierung, weil in Anträgen wird nicht alles drin stehen. Man muss auch wissen, dass das tatsächlich Bedürftige sind und, dass das nicht erschlichen wird.

Dann: Was wird mit jenen gemacht – meistens ist ja ein fehlendes Einkommen meistens verbunden mit schon vorhandenen Schulden, mit Privatkonkursen – und diese ganzen Probleme. Findet das eine Berücksichtigung? Wer ist bezugsberechtigt? Und der Landeshauptmann hat angekündigt, es soll Anreize zum Arbeiten geben, gelt! Und das ist sehr schwer für Menschen, die nicht ... es gibt einen gewissen Prozentsatz, die halten nicht viel von der Arbeit. Wie sollen diese Anreize ausschauen? Und dann, die ganze Durchrechnerei. Deshalb appelliere ich, alles zusammenfassen, weil es muss ja jeder Fall durchgerechnet werden. Und, dass wir nicht doppelte Strukturen haben, dass alles in einer Abteilung und von den annähernd selben Beamten in der Landesregierung abgewickelt wird.

Und dann – das ist auch recht wichtig – und das hat mein Vorgänger Holub, der diesem Gesetz, wie ich entnehmen kann, ja eher negativ gegenübersteht. Es ist schon richtig, es muss alles ins Gesetz hinein, weil jetzt haben wir die Mütterpension, das Babygeld, das Schulstartgeld. Das ist für mich ja das gravierendste Beispiel. (*Vorsitzender: Eine halbe Minute noch!*) Da gibt's bis jetzt keine gesetzliche Regelung und kann

dann von der Landesregierung auch jederzeit wieder abgeschafft werden. Und es hat dann niemand einen Anspruch darauf und es kann sich dann niemand von den Anspruchsberechtigten dabei wehren. Das muss her! Dann werde ich selbstverständlich für die Freiheitliche Partei diesem Mindestsicherungsgesetz für das Jahr 2007 und den weiteren Folgejahren und auch die Finanzierung dazu selbstverständlich die Zustimmung geben. (*Beifall von 2. LH-Stv. Mag. Dr. Schaunig-Kandut.*)

(*Der Vorsitzende erteilt 2. LH-Stv. Mag. Dr. Schaunig-Kandut das Wort.*)

Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! Vorweg möchte ich dem Herrn Abgeordneten Schwager ein Kompliment aussprechen. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo an Abg. Schwager gerichtet: Du wirst eingemeindet!*) Er hat sich mit der Materie ausgesprochen intensiv beschäftigt und meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen Ihnen gerne zur Beantwortung dieser Fragen zur Verfügung. Es sind all jene Fragen, die auch wir uns bei der Erstellung des Gesetzesentwurfes gestellt haben. Und sie sind alle zu beantworten und ich glaube auch in eine Richtung, die Sie als zielführend ansprechen.

Es freut mich sehr, dass wir am 9.11.2006 eine Aktuelle Stunde hatten, wo das Thema „Mindestsicherung“ im Rahmen der Familienpolitik angesprochen worden ist. Meine Wortmeldung habe ich damals mit dem Appell beendet, dass wir endlich den Mosaikstein – und auch dieses Wort wurde aufgenommen – der Sozialpolitik einer Kärntner Mindestsicherung umsetzen. Und es freut mich sehr, dass wir heute am 23.11. eine Aktuelle Stunde haben, die sich dem Thema „Mindestsicherung in Kärnten“ widmet. Und ich darf an alle Fraktionen appellieren, dass sie vor allem eines sehen sollen an diesem Gesetz: Einen völlig veränderten sozialpolitischen Zugang im Bereich der finanziellen und leistungsmäßigen Absicherung von Menschen in Kärnten. Dem Sozialhilfegesetz in Kärnten, das in ganz wesentlichen Punkten aus den 70iger Jahren des vorigen Jahrhunderts stammt, liegt ein Befürsorgungsgedanken zugrunde. Das Kärntner Min-

Mag. Dr. Schaunig-Kandut

destsicherungsgesetz geht einen modernen sozialpolitischen Weg, indem es den Gedanken der Befähigung und der Bestärkung der Menschen zugrunde liegen hat. Die Sozialhilfe hatte in den 70iger Jahren eher eine marginale Funktion. Es gab damals noch andere Familienstrukturen, es gab keine Veränderungen im Bereich der Arbeitswelt wie wir sie heute kennen. Ich denke dabei an die atypischen und geringfügig Beschäftigten. Und es gab auch keine Rahmenbedingungen einer Bundesregierung, die das sozialpolitische Netz löchriger gemacht hat. In diesen Zeiten sind die strukturellen Mängel des Sozialhilfegesetzes nicht aufgefallen.

Mit den geänderten Rahmenbedingungen werden sie aber spürbar. Sie werden vor allem dort spürbar, wo Menschen in prekäre soziale Lagen kommen, wo aus dem Erwerbsleben nach einer längeren Arbeitslosigkeit kein Wiedereinstieg möglich ist, wo Familien damit befasst sind, dass sie Kinder haben, die sie nicht in Betreuungseinrichtungen geben können, sondern selbst betreuen müssen und in den Fällen, wo Familien damit konfrontiert sind, dass eben Familienstrukturen zerbrechen, oft familiäre Gewalt im Spiel ist und Frauen für sich und ihre Kinder letztendlich allein verantwortlich sind. Diese Bedingungen, die haben sich verändert und auf diese Bedingungen müssen wir reagieren.

Die Sozialpolitik hat die Aufgabe, sich ständig an die Lebensverhältnisse der Menschen anzupassen und nicht die Menschen haben die Aufgabe, sich an bestehende Gesetze anzupassen. Wir können mit den Instrumentarien von gestern die Probleme von heute und schon gar nicht die von morgen lösen. Und es war schmerzhaft für mich, wenn der Herr Klubobmann Grilc, den ich an und für sich für einen äußerst sachpolitisch orientierten Menschen halte, von einem Marketing-Gag gesprochen hat. Und ich darf an einem Beispiel erläutern, wie sich die Situation für die Menschen in Kärnten ändert. Und das Beispiel ist eines das in der Realität existiert.

Es geht um eine Alleinerzieherin mit einem dreieinhalbjährigen Kind, die erwerbslos ist, weil ihr Kind beeinträchtigt ist und sie es selbst betreut. Sie hat keinen Anspruch auf Unterstützung durch das AMS, weil sie dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung steht und nicht vermittelbar ist. Derzeit lebt diese kleine Familie von Unterhaltszahlungen in der Höhe von 250,- Euro und ei-

nem Familienzuschuss des Landes von 402,- Euro. In Summe ein anrechenbares Einkommen von 652,- Euro. Mit dem Inkrafttreten der Kärntner Mindestsicherung – und das wird Mitte 2007 sein – bekommt im Unterschied dazu diese Familie 960,- Euro im Monat plus vierteljährliche Sonderzahlungen aus der Mindestsicherung. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* Das heißt, die tägliche Überlegung, kann ich die Miete zahlen, kann ich Lebensmittel einkaufen oder kann ich für mein Kind eine adäquate Winterbekleidung kaufen, werden zumindest erleichtert. *(Vorsitzender: Sie haben noch eine halbe Minute!)*

Ich möchte auch heute mit einem Appell schließen. Es ist erheiternd manchmal zu sehen, wer den Vaterschaftsstreit austrägt. Aber es ist äußerst beruhigend als Frau, dass man einen großen Vorteil hat, dass die Mutter immer sicher ist. Und mein Appell geht an die anderen Fraktionen. Seien Sie mit dabei! Seien Sie mit dabei, wenn wir diesen Schritt in das sozialpolitische 21. Jahrhundert setzen! Und ich kann Sie nur bitten, geben Sie diesem Gesetz Ihre Zustimmung und ich bin mir ganz sicher, dass Sie dann sehr stolz darauf sein werden, wenn Sie Ihre Hand hier im Kärntner Landtag heben. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Warmuth das Wort.)

Abgeordnete Warmuth (F):

Herr Landeshauptmann! Geschätzter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Hohe Beamtenschaft! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Wenn der Herr Klubobmann Grilc gemeint hat, der Herr Landeshauptmann hat sich hier über den Tisch ziehen lassen, dann darf ich eines feststellen. *(Abg. Tauschitz: Umgekehrt! – Es erfolgen mehrere Zwischenrufe von Abgeordneten der F- und ÖVP-Fraktion. – Lärm im Hause.)* Dann habe ich mich verhört; das mag sein. Aber Tatsache ist, dass es sich hier bei diesem Gesetz um eine verantwortungsvolle Maßnahme für das Land und für die sozial Schwächeren handelt. Und wenn nun nach monatelangem Ringen, diese Lebenssicherung beschlossen wurde, so ist das ein weiterer Schritt unseres Landeshauptmannes in diese Richtung, Kärnten zum sozialsten Bundesland zu profilieren. Wenn wir bei der vorletzten Sitzung hier im

Warmuth

Kärntner Landtag 17 Millionen Euro für ein Sozialpaket beschlossen haben, dankenswerterweise mit der ÖVP, bestehend aus dem Kärntner Müttergeld, dem Babygeld, der Schulbedarfsförderung, dem Gratiskindergartenjahr, den mobilen Tagesmüttern und zusätzlich noch eine Familienförderung bis zum 10. Lebensjahr hier in Kärnten haben, so können wir stolz darauf sein, dass wir hier gute Sozialpolitik machen.

Als großen Wurf zu bezeichnen, diese Mindestsicherung ist doch vielleicht gerechtfertigt von Seiten der Sozialdemokraten, wir sagen es ist ein Baustein, eine qualitätsvolle Verbesserung im Einkommen für sozial schwächere Menschen, wo Leid gemindert wird, aber auch Wertschöpfung für die Region passiert. Ich freue mich daher, über das Umdenken in der Sozialdemokratischen Partei, (*Abg. Mag. Trannacher: Der BZÖ!*) hier in Kärnten, nicht sowie beim letzten Mal, beim Nachtragsvoranschlag für das Sozialpaket – sondern hier eine Vorwärtsstrategie in der Sozialpolitik zu entwickeln. (*Beifall von der F-Fraktion.*) Erfreulich ist, dass damit die armutsgefährdeten Alleinerzieherinnen, Senioren und Familien mit beeinträchtigten Kindern eine Basisunterstützung erhalten und zu dem Wohnbeihilfe und Heizkostenzuschuss bezogen werden kann.

Positiv zu werten ist in diesem Gesetzesentwurf auch, dass die Betroffenen keinen bürokratischen Hürdenlauf mehr absolvieren müssen, sondern dass nur noch eine Instanz für die Antragstellung zuständig ist. Geschätzte Damen und Herren! Das Ziel unserer Fraktion war immer, dass Transferleistungen für echte Sozialfälle zugute kommen müssen. Wir wollen keine soziale Hängematte für Leute, die arbeiten können, aber nicht wollen. Was wir wollen, ist die Eigenverantwortung zu stärken und in schwierigen Fällen auch Übergangssituationen abzusichern. Im neuen Gesetz wurde diesen Vorstellungen entsprochen, sodass wir nun optimistisch sind, dass Mitte 2007 diese Lebenssicherung auch armutsgefährdeten Menschen in unserem Land zugute kommt. Vernünftig ist aber auch diese neue Lösung, wo es eine EDV gibt, die mehr Transparenz zulässt, damit hier auch Missbrauch von Transferleistungen verhindert wird. Ich danke daher dem Regierungsteam von BZÖ und SPÖ für diesen vernünftigen Konsens.

Geschätzte Damen und Herren! Ich darf aber noch eines sagen. Wenn es um Entscheidungen

für unser Land geht, wenn es um Maßnahmen geht, um die Menschen hier in ihren Lebenssituationen zu stärken, dann ist es glaube ich, nicht zumutbar, dass man streitet, dass man blockiert, sondern dass man gemeinsame Lösungen sucht, dass man Kompromisse aushandelt. Ich darf daher verweisen, dass – wie der Kollege Arbeiter gesagt hat – dieses Gesetz demnächst im Ausschuss sein wird. Und ich fordere daher die anderen Parteien, (*Vorsitzender: Sie haben noch eine halbe Minute Redezeit!*) die heute noch skeptisch sind, auf, in diese Richtung auch noch ihre Vorschläge einzubringen. Ich ersuche aber noch die Frau Sozialreferentin – nachdem wir ja hier dieses Grundsicherungsmodell in Kärnten jetzt über die Bühne bringen – bei ihrer Bundesregierung dann vorstellig zu werden, österreichweit das auch einzuführen, damit hier die finanzielle Belastung oder auch die Transferleistungen, die wir hier übernehmen müssen, dann auch dem Bund übergeben werden kann. (*Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen! Ich bitte, zum Schluss zu kommen!*) Mit dem Kindergeld haben wir bewiesen, dass wir ein innovatives, familienfreundliches und soziales Kärnten sind. (*Beifall in der F-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Lutschounig das Wort.*)

Abgeordneter **Lutschounig** (ÖVP):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Einen sprechen vom Meilenstein, die Einen sprechen vom kleinen Baustein. Steine sind schwer; - ich hoffe, man wird unter den Steinen nicht umkommen. Aber es ist schon interessant, feststellen zu können, dass jedenfalls auch diese Grundsicherung dazu beigetragen hat, dass sich zwei völlig verschieden agierende politische Parteien, wie das BZÖ und die SPÖ, jetzt jedenfalls einig geworden sind, ein Budget zu erstellen, gemeinsam etwas zustande bringen, wo eigentlich niemand damit gerechnet hat. Aber es soll gut sein und soll auch gut für das Land sein, wenn sie das machen wollen. Tatsache ist, dass es natürlich im Sozialbereich viele Probleme gibt. Und ich erinnere noch daran, zum Beispiel, wie es da geheißen hat: Wir müssen unbedingt der Sozialreferentin quasi die Fesseln auferlegen, damit sie nicht mit dem Geld so herum-schmeißen kann damals. Strutz kündigt an, dass

Lutschounig

die FPÖ und der beschlossene Sozialfonds noch im Sommer installiert wird. Dann ist es dazu gekommen, dass der Sozialfonds auch tatsächlich installiert worden ist, dass man nicht nur – so die Sozialreferentin – das Geld hier ausgeben kann nach Gutdünken.

Der musste schnellstens installiert werden – ist auch passiert, mit 31. 7. 2001 erfolgte der Beschluss. Als es dann, im Oktober, um die Diskrepanzen im Zuge des Krankenhausneubaues ging, ist diese Vereinbarung offenbar gebrochen worden. Der Nachtragsvoranschlag wurde vom BZÖ wieder mit den Sozialdemokraten gemacht. Somit musste auch über die Nacht wieder das Sozialfondsgesetz geändert werden. Übrig geblieben ist nur noch ein Beratungsorgan. All diese Wichtigkeiten, die vor allem vom damaligen Herrn Klubobmann Strutz ins Auge gefasst worden sind, sind plötzlich weggeworfen worden, ad acta gelegt worden und haben nicht mehr ihre Anwendung gefunden.

Meine Damen und Herren! Uns allen macht das ganze Sozialwesen, insbesondere dessen Finanzierung große Probleme. Wir wissen, dass es zweistellige Erweiterungsschritte im ganzen Sozialbereich jährlich gibt. Es ist ja so: Der Herr Landeshauptmann erklärt hier ganz vollmundig: „Wir wollen das Geld nicht für Sandler, Asylanten“ oder, wie ich heute noch gehört habe, oder für „Tschechranen ausgeben.“ Heißt das in der Zukunft – das ist wirklich meine große Frage -, dass jene Sandler, die wir alle kennen, in Zukunft nichts mehr kriegen? Dass die durch den Rost fallen, offenbar? Die Aussage, die sehr emotionale Aussage des Herrn Landeshauptmannes im Fernsehen hat das jedenfalls zum Ausdruck gebracht. Ich glaube nicht, dass das der Fall ist. Es klingt zwar sehr gut für alle arbeitenden Menschen, deren Vertreter ich sein will, weil ich glaube, wir müssen alle zuerst all das erarbeiten, was wir dann im Sozialbereich verteilen können. Aber es stimmt ja wirklich nicht, dass die dann, in der Zukunft, kein Geld mehr bekommen.

Es stimmt auch nicht, dass der Rechtsanspruch in diesem Gesetz, so wie es mir bisher vorliegt – ich weiß natürlich nicht, was hier nächstens ausgeschnapst worden ist – besteht, denn es steht ja drinnen, dass viele Bereiche natürlich nicht von der Sicherung betroffen sind, dass es hier einen Rechtsanspruch gibt. Sollte es den wirklich ge-

ben, wird es dann – das ist die Frage an die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin – den Ansatz „Hilfe in besonderen Lebenslagen“ in der Zukunft nicht mehr geben? Das ist meine konkrete Frage, denn das war immer jenes Körpergeld, das die Sozialreferentin gehabt hat, wo sie immer das ausgegeben hat. Meistens ist noch ein bisserl etwas übrig geblieben, das man dann umgeschichtet hat. Aber jedenfalls weiß ich nicht, wenn alles abgesichert ist, ist ja dieser Ansatz de facto obsolet, das heißt er wird in der Zukunft nicht mehr gebraucht werden.

Ich glaube, wir sollten alle uns den Kopf zerbrechen, die Politik, wie wir jene, die sozial bedürftig sind, die beeinträchtigt sind, auch Hilfe bekommen – aber wir sollten jenen einen Riegel vorschreiben, die versuchen, dieses Sozialnetz zu durchlöchern. Ich glaube, das ist die Aufgabe von jedem Einzelnen. Auch die Sozialdemokratie ist gefordert, dass man sich hier nicht nur von ideologischen Dingen tragen lässt, sondern dass man wirklich den Tatsachen ins Auge sieht. Dann wird die Sozialpolitik in Kärnten, dann wird auch das soziale Kärnten bei uns tatsächlich gelebt werden. Das ist auch die Bitte meinerseits, dass man auch in der Zukunft sich maßvoll Gedanken macht und mit den Steuergeldern maßvoll umgeht. Es sind ja, wie gesagt, Ausweitungen in zweistelliger Höhe dramatisch genug. Wir müssen uns in Zukunft alle fragen: Wie werden wir das überhaupt noch finanzieren können, zumal ja ein großer Anteil, nämlich 58 %, auch von den Gemeinden mitfinanziert werden müssen. *(Vorsitzender: Ich bitte, zum Schluss zu kommen!)* Die Bürgermeister wissen, wovon ich rede, denn dieser Bereich belastet das Gemeindebudget außerordentlich stark.

Ich glaube, das sind viele Probleme, vor denen wir stehen und denen wir uns auch stellen müssen. Danke schön! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Lesjak das Wort.)

Abgeordnete **Mag. Lesjak** (GRÜ):

Hohes Haus! Verehrter Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eingangs muss klargestellt werden, wovon wir hier eigentlich sprechen. Wir fordern

Mag. Lesjak

hier eine Grundsicherung. Eine Grundsicherung ist bedarfsorientiert, orientiert sich an der Armutsgrenze und ist mit einem umfassenden Rechtsanspruch versehen. – Das hier, das Thema dieser Aktuellen Stunde, ist allerdings nicht die Grundsicherung sondern die soziale Mindestsicherung. Und das Gesetz heißt ja auch so, das steht so drauf. Es heißt „Soziale Mindestsicherung“. Das dürften einige Medien auch mit „Grundsicherung“ verwechselt haben. Das ist etwas ganz Anderes. Das hat man nicht unterschieden. Hier gibt es aber einige eklatante Unterschiede, die ich nennen möchte.

Das Kärntner Mindestsicherungsgesetz, dieser SPÖ-Antrag, entspricht in keinem Punkt dem Prinzip einer Grundsicherung. Deswegen können wir da auch nicht zustimmen. Da möchte ich als Erstes das Missverständnis mit den Rechtsansprüchen aufklären. In diesem Gesetzesentwurf sind Rechtsansprüche geregelt, im § 8 „Allgemeines“, wo es eine Aufzählung von Bereichen gibt, wo die Mindestsicherung geleistet wird. Im Absatz 2 steht explizit, für wen der Rechtsanspruch gilt, nämlich nur für einige Gruppen. „Ein Rechtsanspruch besteht, unbeschadet des 4. Abschnittes“ usw. „nur auf Leistungen aus dem § 12, das ist Lebensunterhalt, 14, 15 und 16. Er besteht nicht in den §§ 17, 18, 19, und 20. Er besteht nicht bei Menschen in besonderen Lebensverhältnissen, bei Gewaltbedrohung, bei Schuldenproblemen, bei Wohnungslosigkeit und anderen außerordentlichen sozialen Schwierigkeiten.“ Da haben wir keinen Rechtsanspruch. Das war auch im bestehenden Sozialhilferecht bis jetzt so, in der bestehenden Sozialhilfe haben diese Personengruppen zum Großteil schon einen Rechtsanspruch, aber diese Personengruppen eben nicht. Jetzt kann man nicht sagen, es hat einen umfassenden Rechtsanspruch. Das stimmt einfach nicht! Ich verstehe nicht, wie man sich hinstellen kann und sagen kann, das hätte einen umfassenden Rechtsanspruch. Das stimmt einfach nicht! Das steht hier im Gesetz drinnen, und ich würde empfehlen, das ganz genau zu lesen, was hier steht, dass nämlich kein Rechtsanspruch besteht.

Ein weiterer Punkt ist die restriktive Regelung zum Kostenersatz. Die Bestimmungen sind so restriktiv, dass sie de facto die Menschen vom Zugang zur Sozialhilfe bzw. zur Mindestsicherung ausschließen. Das ist extrem kontraproduktiv!

Im § 47 ist geregelt, dass bestehende Sozialhilfeempfänger noch bis drei Jahre die Sozialhilfe zurückzahlen müssen. Es wird das Vermögen angegriffen, es werden bestehende Werte herangezogen, es werden Verwandte und der Kostenersatz durch Dritte eingerechnet. Also hier von einem „umfassenden Rechtsschutz“ zu sprechen, ist doch ein bisschen überzogen und sehr mutig, wenn man sagt, dass das ein Meilenstein sein soll. Das ist nicht einmal ein großer Wurf! Das ist lediglich die Fortführung der Sozialhilfe, eine Novelle zum Sozialhilfegesetz, ein sozialdemokratischer Rotwein in neuen Schläuchen! Es ist in Wahrheit das alte Sozialhilfegesetz, nur mit neuen Vorzeichen, ein bisschen kosmetisch aufmunitioniert.

Es zieht sich auch dieser Unterton im Gesetz durch, dieses Obrigkeitsstaatliche. Das ist ganz besonders im § 6 Abs. 4, wo hier gesagt wird: „Wenn eine Hilfe suchende Person grobfahrlässig mit ihren Mitteln umgeht, dann wird ihr das Geld weg genommen.“ Die Bewertung dieses Umgangs mit den Landesmitteln machen die Beamten. Es steht im Gesetz nicht drinnen, was eine soziale Notlage ist, was eine soziale Notlage ausmacht, welche Faktoren man hier berücksichtigen kann. Es sind da keine Kriterien formuliert. Es obliegt der Behörde, zu bewerten, ob jemand sozial bedürftig ist oder nicht.

Dann gibt es noch den § 22, der extrem kriminierend ist. Der sieht eine Zwangserfassung von Behinderten vor. Der wurde wortwörtlich vom bestehenden Sozialhilfegesetz abgeschrieben.

Also es ziehen sich diese Dinge durch, im neuen Sozialhilfegesetz „Soziale Mindestsicherung“, das bei weitem keine Grundsicherung ist. Aber diese Verwirrung ist auch dadurch entstanden, dass der Herr Gusenbauer von der SPÖ im Wahlkampf auf sich aufmerksam gemacht hat, als er von einer „Grundsicherung“ gesprochen hat – nur nimmt der Herr Gusenbauer einen anderen Mindeststandard an. Der Mindeststandard in diesem Gesetz ist 480 Euro. Mit 480 Euro sind wir weit unter der Armutsgrenze, die bei 800 Euro liegt. Der Herr Gusenbauer meint aber einen Mindeststandard von 848 Euro. Das ist fast das Doppelte von dem, was hier als „Mindeststandard“ proklamiert wird. Außerdem hat Gusenbauer auch verkündet, dass er sich an der Armutsgrenze orientieren wird. Das ist aber mit keinem Wort in diesem Gesetzesentwurf er-

Mag. Lesjak

wähnt! (*Vorsitzender: Ich bitte, zum Schluss zu kommen!*) Weder in dem Ziel noch in den Grundsätzen ist hier die Armutsgrenze erwähnt.

Wir werden in dieser Form, wenn das so bleibt, nicht zustimmen können, weil das bei weitem keine Grundsicherung ist, weil es bei weitem auch keinen umfassenden Rechtsanspruch bietet. Das muss noch im Ausschuss diskutiert werden! Wir hoffen doch sehr, (*Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen. Ich bitte, zum Schluss zu kommen!*) dass einige Bereiche aus der Grundsicherung hier noch einfließen können! Dann können wir darüber reden. Es ist nicht einmal ein erster Schritt. Und wenn es ein erster Schritt ist, dann ist es kein guter erster Schritt. Das ist als großer Wurf angekündigt worden. (*Vorsitzender: Bitte kommen Sie zum letzten Wort! Die Redezeit ist schon weit überschritten!*) Und heraus gekommen ist ein Jubelpaket, das die Medien übernommen haben. (*Vorsitzender: Danke! – Beifall vom Abg. Holub.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Trannacher das Wort.*)

Abgeordnete Mag. Trannacher (SPÖ):

Verehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Lassen Sie mich zunächst einmal zwei Vorbemerkungen machen! Das Eine, liebe Barbara: Niemand ist eine Insel. Und Länderkompetenz ist Länderkompetenz, die immer im Zusammenspiel mit der Kompetenz des Bundes und in weiterer Folge auch mit EU-Kompetenzen zu betrachten ist. (*Abg. Mag. Lesjak: Aber ein Rechtsanspruch in den Ländern!*) Das, was auf Landesebene leistbar ist, wird mit diesem Entwurf zur Kärntner Mindestsicherung geleistet. (*Abg. Mag. Lesjak: Das muss man dann aber auch sagen!*)

Zweitens: Nicht nur Papier ist geduldig, auch Mikrofone sind es. Wenn es darum geht, Urhebererschaft zu reklamieren, dann finden sich immer viele Väter und Mütter, die das für sich in Anspruch nehmen. Ich nehme das beruhigend zur Kenntnis, denn die Kärntner Mindestsicherung ist über Jahre ein Projekt der Soziallandesrätin, Landeshauptmann-Stellvertreterin Gaby Schaunig, und ihr allein wird die Urhebererschaft dafür zugute gehalten werden. Wenn wir es allerdings am Ende des Weges schaffen – und da

bin ich guter Dinge (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Vielleicht nur SPÖ-intern!*) –, denn wir haben im Sozialausschuss weit über unsere eigenen Fraktion hinaus wirklich kompetente Abgeordnete, die sich mit dem Thema intensivst und im Detail beschäftigen, wenn wir am Ende des Weges zu einem einstimmigen Beschluss und Antrag hier im Hohen Haus kommen, dann soll uns das allen Recht sein!

Denn – und ich beharre darauf – dieser Entwurf einer Kärntner Mindestsicherung ist tatsächlich ein Meilenstein. Es ist ein Paradigmenwechsel, der in seiner Tragweite für viele wahrscheinlich jetzt noch nicht absehbar ist, denn die Rhetorik und die Kritik, die vorgebracht wird, orientiert sich in Wahrheit (so wie auch das vorhergehende Sozialhilfegesetz) an einer Rhetorik, die in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts zurück greift, da, in einer historischen Zeit, wo die soziale Frage erstmals als Aufgabe des Nationalstaates diskutiert wurde. Zuvor war es kein Thema. Die Etablierung von sozialen Wohlfahrtsstaaten, die politische Beantwortung gesellschaftlicher Risiken, die solidarische Absicherung gesellschaftlicher Risiken für jeden und jede Einzelne war eines der größten integrativen Momente für sozial- und nationalstaatliche Konzeptionen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Die Armenfürsorge, die damals beschlossen wurde (1863), mit dem Reichsheimatgesetz, der so genannten Heimatrolle, die bis weit in die Dreißigerjahre des 20. Jahrhunderts Menschen haben mussten, wo Menschen – ich kenne, kannte persönlich welche –, die wenn sie in Not geraten sind, zurück in ihre Heimatstadt, in ihre Heimatgemeinde mussten, um dort rudimentär in Form von Almosen versorgt zu werden, diese sozialpolitischen Traditionen waren bis jetzt, also auch in den Reformen der Siebzigerjahre, in einem Fürsorgestaat und in der Sozialgesetzgebung, die darauf Bezug nahmen, die Grundlage für das Sozialhilfegesetz auch hier in Kärnten. Das, worauf Klubobmann Kaiser und Landeshauptmann-Stellvertreterin Gaby Schaunig bereits hingewiesen haben, ist nunmehr wirklich ein neuer Weg. Es geht auf der einen Seite um die gesetzliche Absicherung von neuen Risiken, die aufgetreten sind, und es geht um Entstigmatisierung. Denn wir wissen es, dass Menschen, die heute Anspruch auf Sozialhilfeunterstützung hätten, (*Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen!*) diese nicht in Anspruch nehmen, weil

Mag. Trannacher

sie stigmatisiert werden, weil es anrühlich ist, weil es immer noch Menschen gibt, die von „sozialer Hängematte“ sprechen, von schuldig oder schuldhaft in Not Geratenen, von Sozialschmarotzern und von Missbrauch.

Wenn wir im Zuge dieses wirklich Epoche machenden Gesetzes (*Vorsitzender: Frau Abgeordnete, die Redezeit ist abgelaufen!*) auch die Entstigmatisierung schaffen, haben wir wirklich einen großen vorbildhaften Schritt für Österreich gesetzt. Danke! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Ragger das Wort.*)

Abgeordneter Mag. Ragger (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren des Hauses! Eine der wesentlichsten Fragen betreffend die Entwicklung unserer sozialen Familienpolitik ist heute: Was ist der Baustein oder was ist der Grund unseres Daseins? Wenn man so durch die Runde schaut und auf das Publikum oben, dann hat wahrscheinlich jeder eine Wohnung, Arbeit und ein dementsprechendes Einkommen. Diese drei Grundbegriffe bilden den Ansatz für die Mindestsicherung, nämlich für Personen in Kärnten – für Kärntnerinnen, für Kärntner – die das, was ich früher gesagt habe, nicht besitzen. Die Sozialhilfe/Neu oder – wie es in Zukunft heißen soll – das Mindestsicherungsgesetz reiht sich nahtlos in den erstellten Entwurf, der von der Referentin gekommen ist, bzw. in eine Sozial- bzw. Familienpolitik in Kärnten ein, die man unter dem Begriff „Neue Kärntner Sicherheit“ durchaus qualifizieren könnte. Die ÖVP war in diesem Bereich sehr lange zeitgleich miteingebunden. Den ersten Teil des Weges hat sie nämlich mitbeschritten, wenn man daran denkt, dass die Mütterpension ein Thema gewesen ist, dass das Schulstartgeld ein Thema gewesen ist, dass der Heizkostenzuschuss ein Thema gewesen ist, dass das Geburtengeld ein Thema gewesen ist, als auch beginnend mit dem Jahr 1999 der Kinderscheck ein Thema gewesen ist! Man wird sehen, ob sie auch diesen letzten Schritt, diesen Mosaikstein – wie es heute die Referentin genannt hat – mitvollziehen kann, weil letztendlich hier der Abschluss gefunden werden kann, um für die Ärmsten der Armen eine grundsätzliche Sicher-

ung, eine Mindestsicherung, einzuführen.

Man muss ganz klar erkennen dass, wenn das Gesetz für die ÖVP nicht die Zustimmung finden sollte, ihr ganz klar bewusst sein muss, dass sie aber letztendlich Asylwerbende damit unterstützt. Denn dieses Gesetz schließt diese Tatsache aus! Wir haben es sehr zügig geschafft, Arbeit vor Leistung in dieses Gesetz zu bringen. Denn daran wird die Referentin in den nächsten Monaten und Jahren auch gemessen werden, nämlich wie sie die Verquickung zwischen den Arbeitsprogrammen des AMS, die natürlich erst erstellt werden müssen, mit den gesetzlichen Vorgaben in der Kärntner Mindestsicherung schafft. Wir haben richtigerweise – so wie es die Grünen gesagt haben, um diese berühmte soziale Hängematte nicht entstehen zu lassen – natürlich gewisse Regressbestimmungen in das Gesetz einbezogen. Ich glaube aber, dass man den MitarbeiterInnen in den Bezirkshauptmannschaften und der Abteilung 13 vertrauen sollte, dass sie – da sie ja tagtäglich mit den Problemen dieser Armen oder dieser Ärmsten konfrontiert sind – sehr wohl abwägen können, ob ein Missbrauch vorliegt oder nicht. Deswegen haben wir ganz bewusst als zweite Instanz für diese Rechtsansprüche, die hinkünftig gewährt werden sollen, nicht den UVS gewählt, sondern letztendlich die Abteilung 13 bzw. das Amt der Kärntner Landesregierung.

Es ist ein wichtiger Schritt für die Kärntnerinnen und Kärntner eine Daseinsvorsorge zu haben. Der Schwerpunkt muss ganz klar gekennzeichnet sein. Arbeit vor Geldersatz, weg von der Armut und Sicherung des künftigen Arbeitsplatzes, was das Land Kärnten ermöglichen soll! Eine wichtige Bestimmung ist auch, wie es der Herr Klubobmann Scheuch richtigerweise formuliert hat, dass wir bewusst in den Ansatz eingegangen sind, um vor allem bei Delogierungen eine Verknüpfung zum Vermieter herzustellen, (*Vorsitzender: Sie haben noch eine halbe Minute Redezeit!*) um letztendlich den Delogierungsgedanken hintanzuhalten. Denn solange ich auch nur einen Teil der Miete bezahlen kann, wird es nicht möglich sein, den Mieter vor die Tür zu setzen.

Alles in allem halten wir noch einmal, um zum Beginn meiner Rede zurückzukommen, fest: Arbeit, Einkommen, Wohnung! Das sollte dieses Gesetz darstellen! Danke! (*Beifall von der F-*

Mag. Ragger

Fraktion. – Beifall von Landeshauptmann Dr. Haider.)

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Tauschitz das Wort.)

Abgeordneter **Tauschitz** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Zuhörerinnen und Zuhörer! *(Den Vorsitz übernimmt um 11.05 Uhr 3. Präs. Lobnig.)* Die gespaltene Zunge, mit der die geschiedene und jetzt wieder vereinte Koalition hier und heute in dem Haus spricht, wird wohl kaum sichtbarer als beim Vergleich der Worte meiner Vorredner. Sie wird kaum sichtbarer, als wenn ich zwischen den Zeilen des heute hier Gesagten zu lesen beginne. *(Zwischenruf von Abg. Mag. Ragger. – 1. LH-Stv. Dörfler aus der Abgeordnetenbank: So jung und schon so gescheit!)* Da ist von Meilensteinen die Rede, von epochalen Entwürfen auf der einen Seite, auf der anderen Seite von Mosaiksteinchen, die durchaus sinnvoll sind, die diese Bezeichnung aber nicht verdienen. Da wird von Sozialprestige gesprochen, von der Bündelung bestehender Leistungen und im selben Atemzug wird gesagt, dass das ein epochaler Akt ist.

Ich frage mich: Wenn es eine Bündelung von bestehenden Leistungen ist, von Leistungen die ohnehin schon im Gesetz verankert sind, wenn man diese verbessert, wenn es eine Sozialhilfe/Neu ist, warum wird sie dann so anders verkauft als das, was es ist? Eine ganz einfache, vielleicht durchaus sinnvolle – das wissen wir noch nicht, weil uns der Akt noch nicht vorliegt; wir wissen ja nicht, was ausgeschnapst worden ist, so hat es ein Vorredner von mir genannt – Änderung der Sozialhilfe! Sprechen wir hier über eine Mindestsicherung, eine Grundsicherung, über ein arbeitsloses Einkommen für jedermann nach dem Modell vom Herrn Gusenbauer, das sicherlich nicht dazu dient, Menschen in die Arbeit zu führen, sondern eher dazu dient Menschen von der Arbeit zu entfernen, *(Zwischenruf von Abg. Vouk.)* dann werden wir von der ÖVP dazu sicherlich nicht Ja sagen können! Sprechen wir von einer Sozialhilfe/Neu, sprechen wir vom Schulstartgeld, sprechen wir von sinnvollen familienpolitischen Maßnahmen für die Kärntner Bürgerinnen und Bürger, dann kann ich mir durchaus vorstellen, dass es auch von der

ÖVP zu diesem Gesetz ein Ja geben wird. Aber epochal ist die Idee einer Sozialhilfe nicht! Epochal ist der Preis, der dafür bezahlt wurde. Epochal ist die derzeitige Verschuldung unseres Landes, die mit diesem Budget – nämlich mit dem Preis, den die SPÖ dafür bezahlt hat, die Mindestsicherung zu bekommen – Realität wird! Ich habe mir die Mühe gemacht, die Budgetprogramme der SPÖ/BZÖ-Koalition zu vergleichen. *(Abg. Tauschitz hält eine Aufstellung in die Höhe.)* Der orange Balken war geplant – die Gesamtverschuldung des Landes bis 2009 – und der rote ist es geworden! *(Den Vorsitz übernimmt um 11.09 Uhr wieder 1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag.)* Hier sprechen wir von knapp 800 Millionen Euro mehr Schulden vom Beginn des Antritts der Koalition bis zum jetzigen in Bälde zu beschließenden Budgetprogramm. Das bedeutet, dass von diesen 800 Millionen Mehrkosten bzw. Mehrschulden, die Sie den Kindern und der Jugend dieses Landes, den nächsten Generationen aufbürden, nur 1,7 Prozent für die Mindestsicherung verwendet werden.

Wenn das, wie der Herr Dr. Kaiser gemeint hat, eine Effizienzsteigerung sein soll, warum kann man diese 4 Millionen Euro bei einem über 200 Millionen Euro großen Sozialbudget nicht im System einsparen, ohne dass ein einziger Kärntner oder eine einzige Kärntnerin *(Zwischenruf von Abg. Mag. Dr. Kaiser.)* dafür weniger Leistungen bekommt? Wenn der Herr Landeshauptmann *(Wiederum Zwischenruf von Abg. Mag. Dr. Kaiser.)* oder der Herr Klubobmann Scheuch davon sprechen, dass der Herr Landeshauptmann alle Budgets sozial gut ausgestattet hat und es deshalb in Kärnten keine soziale Kälte gibt, dann mag es stimmen, dass es im Moment in Kärnten recht warm ist! Aber eines kann ich Ihnen sagen: Unseren Kindern und den nächsten Generationen wird es ziemlich kalt werden, weil der Opa Jörg die ganze Kohle, die da war, gemeinsam mit der Gaby Schaunig schon verbrannt hat! Und wenn man heute – während ich hier stehe – auf die SPÖ-Homepage schaut, dann sieht man eine sehr fieses Foto von Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Gaby Schaunig, bei dem steht: „Es ist ein erfreuliches Budget *(Vorsitzender: Sie haben noch eine halbe Minute Redezeit!)* für Kärnten!“ Und zwei Zentimeter über der Aussage von Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin steht: „Tausche teure Billigshows auf Steuerkosten gegen Sachpolitik mit Zukunft.“ Also mit der

Tauschitz

Entscheidung für das Budget und mit der Entscheidung zur Mindestsicherung als Preis zum Budget haben Sie sich entschieden, Frau Schaub, aber leider Gottes nicht zur Sachpolitik mit Zukunft! Danke vielmals! (*Einsetzender Beifall von der ÖVP-Fraktion. – Abg. Ing. Hueter: Bravo!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Damit ist die Aktuelle Stunde zu Ende gegangen. Wir kommen nun zur Tagesordnung.

Tagesordnung

Ich komme nun zum Tagesordnungspunkt 1

1. Ldtgs.Zl. 177-76/29:

Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landes Kärnten für das Jahr 2007 sowie der Stellenpläne des Landes Kärnten 2007, zum Budgetbericht im Sinne des Art. 61 Abs. 3 und 4 K-LVG, zu den Änderungen des Budgetprogrammes 2005 – 2009 (Landtagsbeschluss vom 16.12.2005) sowie Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses, mit dem der Landesregierung Zustimmungen und Ermächtigungen zum Landesvoranschlag 2007 erteilt werden.

Einbegleitung durch den Landesfinanzreferenten Landeshauptmann Dr. Jörg Haider.

Hohes Haus! Die Budgeteinbegleitung erfolgt durch das zuständige Mitglied der Landesregierung. Ich erteile dem Finanzreferenten, Herrn Landeshauptmann Dr. Jörg Haider, das Wort und ersuche ihn, der langjährigen Tradition entsprechend, nicht von der Regierungsbank sondern vom Rednerpult aus zu sprechen! Herr Landeshauptmann, bitte!

Landeshauptmann **Dr. Haider** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Budgetentwurf für das Jahr 2007, der von der Kärntner Landes-

regierung mehrheitlich beschlossen worden ist, ist ein Budgetentwurf vorgelegt, der Kärnten ein weiteres Stückchen moderner, wirtschaftlich stärker macht und die Menschen in diesem Land sozial besser absichert. Wir werden mit den in den einzelnen Kapiteln vorgenommenen Maßnahmen der Jugend bessere Bildungschancen ermöglichen. Wir werden damit für die Beschäftigten im Land viele neue Arbeitsplätze schaffen können, für die ältere Generation einen verstärkten Schutz im Krankheitsfall und eine geordnete Pflege organisieren. Wir haben die Familien in den Mittelpunkt gestellt, um vor allem durch direkte Einkommenshilfen den Familien eine bessere Position zu geben. Und wir haben auch durch unsere kulturellen Maßnahmen dazu beigetragen und werden es sicherstellen, dass Kärnten in seiner Tradition und in seiner Identität gefestigt werden kann. Es ist dies bereits das vierte Budget, das gemeinsam zwischen den Freiheitlichen in Kärnten, dem BZÖ und den Sozialdemokraten beschlossen wird. Seit dem Jahr 2004 bis zum heutigen Tag sind diese Beschlüsse immer gemeinsam beschlossen worden, sodass es nichts Außergewöhnliches ist, wenn wir uns auch bei diesem Budget gefunden haben.

Wir haben ein Budgetvolumen von 1,8 Milliarden Euro. Das heißt, es werden um 60 Millionen Euro mehr Ausgaben getätigt werden, die wir bedecken können. Es wird eine maßvolle Nettoneuverschuldung geben, wie wir sie über die Jahre hinweg prognostiziert haben. Denn jeder weiß, dass wir uns am Beginn der Legislaturperiode im Jahr 2004 geeinigt haben, dass es so etwas wie eine angemessene Nettoneuverschuldung geben soll, um neue Arbeitsplätze, um einkommensstärkende Maßnahmen sicherzustellen, weil wir nicht unbedingt dem Götzen des Nulldefizits folgen wollen.

Dr. Haider

Daher hats im Jahre 2004 eine Nettoneuverschuldung von 0,45 Prozent am Bruttoinlandsprodukt gegeben. Im Jahre 2005 eine Nettoneuverschuldung von 0,36 Prozent am Bruttoinlandsprodukt. Im Jahre 2006 haben wir einen Wert von 0,53 im Budget geplant. Ich kann Ihnen aber heute schon sagen, wir werden auch hier wieder besser aussteigen und werden bei 0,38 Prozent des Bruttoinlandsproduktes leisten und da sein. Wir haben also damit um 12,8 Millionen Euro die Verschuldung auch bei der Nettoneuverschuldung reduziert, obwohl wir gleichzeitig im heurigen Jahr zwei Nachtragsvoranschläge mit rund 46 Millionen Euro bereits beschlossen und umgesetzt haben, die ihrerseits wiederum nicht durch einen einzigen zusätzlichen Euro Neuverschuldung finanziert werden mussten, sondern aus den Reserven. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Ich sage das deshalb auch in der Deutlichkeit, dass wir sehr bewusst eine Nettoneuverschuldung im bescheidenen Ausmaß in Kauf nehmen, weil alles, was da um das Nulldefizit diskutiert wird, in Wirklichkeit ein Spiel mit Zahlen, aber nicht eine reale Situation darstellt. Auch der Bund, wo immer wieder davon geredet wird, man muss das Nulldefizit erreichen, hat das Nulldefizit zu keinem Zeitpunkt erreicht, es sei denn, man rechnet automatisch den Beitrag der Länder und Gemeinden hinein. Auch im Jahre 2006 hat der Bund eine Nettoneuverschuldung von 2,2 Prozent! Bitte vergleichen Sie das mit uns. Wir haben eine Nettoneuverschuldung von 0,38 Prozent im heurigen Jahr geplant und werden sie erreichen, während der Bund ein Vielfaches an Nettoneuverschuldung eingeht. Und trotzdem tut man so, als wäre dort das Nulldefizit eine tolle Leistung, die erbracht worden ist. Wenn man also diese Relationen anschaut, und auch im nächsten Jahr wird der Bund etwa 1,5 bis 1,7 Prozent Nettoneuverschuldung bringen, sodass wir als Bundesland Kärnten sehr maßvoll vorgehen, aber auch beweisen können, dass wir mit dieser maßvollen Nettoneuverschuldung sehr, sehr viele Arbeitsplätze neu im Lande schaffen und auch das soziale Netz entsprechend dichter knüpfen werden.

Daher auch ein ganz klares Ja zu einem Arbeitsplatzprogramm, das in diesem kommenden Budgetjahr rund 1400 neue Arbeitsplätze in Kärnten schaffen wird. Ein Ja zu unserem großen Projekt LKH Neu, das im nächsten Jahr die

größte Investition darstellen wird. Von den 314 Millionen Gesamtinvestitionsvolumen werden wir im nächsten Jahr 142 Millionen investieren, um für 4000 Mitarbeiter am Standort LKH-Klagenfurt, ein neues und menschliches Krankenhaus zu entwickeln, in dem die Patienten bestmöglich betreut werden können. Und wir sagen ein klares Ja auch zu einer Breitbandinitiative, sodass wir nicht nur die Infrastruktur bei Straßen und Schienen ausbauen, sondern selbstverständlich auch den Anschluss an das schnelle Internet sicherstellen. Wir werden damit das einzige Bundesland sein, das im Jahre 2007/2008 einen flächendeckenden Anschluss aller Regionen, aller Gemeinden, aller Haushalte, die es wollen, an das schnelle Internet sichergestellt haben wird.

Und daher auch ein klares Ja zu all den Maßnahmen im Kampf gegen die Armut. Wir wenden im Sozialbudget rund 270 Millionen Euro dafür auf. Ein klares Ja auch zur weiteren Fortsetzung unserer Altenpflege im Bereich des Sozialbauprogrammes, mit der Errichtung von kleinen Alten- und Pflegeheimen, wo wir 8,9 Millionen Euro budgetiert haben. Und ein klares Ja auch zu einem Familienpaket, das knapp 20 Millionen Euro Mehrleistungen für die Familien darstellt und ein klares Ja auch zur Einführung des Gratiskindergartenjahres als letztes Jahr vor dem Schulbeginn, um damit auch zu zeigen, dass in diesem Land nicht nur wirtschaftspolitisch gut gehandelt wird, sondern dass man auch sozial das Herz am rechten Fleck hat. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Und ich glaube, dass wir damit deutlich machen können, dass in der Budgetpolitik der letzten Jahre und auch für das Jahr 2007, Kärnten einen ganz anderen Weg geht als das im übrigen Österreich der Fall ist oder als auch die Bundespolitik gegangen ist. Da gibt es durchaus sehr unterschiedliche Zugänge, die hier deutlich gemacht werden können. Und man kann das auch entsprechend an Beispielen klar machen. Einerseits hat die österreichische Budgetpolitik einen großen Wert darauf gelegt, quasi die Globalisierung als eine besondere Chance wahrzunehmen. Hat sehr stark den Gedanken der Privatisierung verfolgt und hat also auch sehr stark den Gedanken der EU-Erweiterung in den budgetären Planungen miteinfließen lassen. Wir haben in Kärnten ein bisschen ein Kontrastprogramm gemacht.

Dr. Haider

Wir haben nie geglaubt, dass das, was uns immer wieder auch von den Wirtschaftsforschern gesagt worden ist, dass quasi die nationale und regionale Wirtschaftspolitik zur Sicherung von Arbeitsplätzen dient und regionale wirtschaftspolitische Maßnahmen in der Zukunft nicht mehr möglich sind, weil es gilt nur mehr das große europäische Konzept!

Das haben wir in Wirklichkeit nicht mehr geglaubt und als zum 60igsten Jubiläum der Wirtschaftskammer im heurigen Jahr der Herr Professor Aiginger vom Wirtschaftsforschungsinstitut einen Festvortrag gehalten hat, dann hat das plötzlich ganz anders geklungen. Er hat nämlich gesagt: „Außerdem glaubt man, nationale Politik sei weniger wichtig und werde in Brüssel erledigt. Wirtschafts- und Wachstumspolitik werden in Zukunft wieder verstärkt eine nationale Aufgabe. Wenn Nachbarstaaten sich dabei stärker koordinieren als die Gesamt-EU ist das kein Nachteil.“ Das heißt, man hat eingesehen, dass es wesentlich sein wird, auch in der Zukunft, dass die Nationalstaaten, aber auch die einzelnen Regionen, das Gesetz des Handelns an sich ziehen und bereit sind, auch mehr für die Schaffung von Arbeitsplätzen, für die Sicherung von Unternehmungen und auch für die soziale Ausgestaltung des Lebens zu tun. Und daher haben wir in Kärnten recht getan, dass wir über die Jahre hinweg bereits ein Kontrastprogramm gefahren sind. Das heißt, den Lebensraum Kärnten wirtschaftlich, ökologisch, sozial und kulturell als eigenständigen Lebensraum zu schützen, zu sichern und weiter zu entwickeln. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Denn wir haben damit auch eine Antwort auf die vielfach verbreiteten Globalisierungsängste erteilt. Denn jeder weiß, dass die Globalisierung vielen Menschen natürlich Angst macht. Je größer die Welt, je grenzenloser, umso schwieriger ist es auch, den Menschen zu sagen, dass sie nicht in diesen allgemeinen Wettbewerb eingebunden sein sollten. Wir haben in Kärnten im Gegenzug die sozialen Netze etwas fester gemacht, um auch Existenzsicherung glaubwürdig und nachvollziehbar zu gelten, insbesondere mit einer Schwerpunktbildung, dass all jene, die hier arbeitswillig sind, auch dann, wenn sie unverschuldet in Notlagen geraten, auch eine existenzielle Sicherung bekommen sollten. Und da lege ich den großen Wert darauf. Wir haben unsere Sozialpolitik niemals daran ausgerichtet, dass

wir sagen, jeder soll nach der Gießkanne unterstützt werden, ob er jetzt einen Beitrag für die Gemeinschaft leistet oder nicht. Sondern in erster Linie ist der Anknüpfungspunkt, dass soziale Sicherheit die Menschen in Stand setzen soll, mit eigener Arbeit, durch eigene Leistung, ihre Existenz abzusichern. Aber dort, wo eine Notlage entsteht, dort wo soziale Probleme entstehen, dort muss die Gemeinschaft auch handlungsfähig bleiben und unterstützen ...*(Beifall von der F-Fraktion.)*

Und, weil ich in der Analyse zu dem Schluss kommen muss, dass wir eine zu starke Schwerpunktsetzung auch österreichweit in Richtung Hereinnahme der Globalisierungsherausforderungen haben, haben wir auch in den letzten Jahren eine entsprechende Nachfragerücke in Österreich feststellen müssen. Eine Nachfragerücke, die einerseits durch die Philosophie, wir müssen um jeden Preis in Richtung Nulldefizit gehen, entstanden ist und auch durch die falsche Positionierung der Europäischen Union mit dem Stabilitätspakt, der in Wirklichkeit wirtschaftliche Dynamik abgewürgt hat und hunderttausende Arbeitsplätze in der mittelständischen Wirtschaft in Europa vernichtet hat. Folge: Ansteigen der Arbeitslosigkeit; in Europa der 25 gibt es heute mehr als 30 Millionen Arbeitslose! In Europa der 15 sind es immerhin rund 20 Millionen! Das sollte uns schon zu denken geben, denn mit der Arbeitslosigkeit ist natürlich auch Einkommensverlust verbunden. Und mit diesen Einkommensverlusten bei tausenden und hunderttausenden Menschen in Europa oder Millionen Menschen, ist natürlich auch ein Kaufkraftschwund damit verbunden.

Um das gegenzusteuern, haben wir unsere Maßnahmen in den letzten Jahren anders gesetzt. Denn es ist ein offenes Geheimnis, dass mit der zunehmenden Öffnung der Märkte in den letzten 20 Jahren der Niedergang des Faktors „Arbeit“ nachvollziehbar gewesen ist. Die Industriestaaten haben dem Faktor Arbeit eine immer geringere Bedeutung zugemessen. Das heißt, dass die Lohnquote, der Anteil der Erwerbstätigen am gemeinsamen Wertschöpfungsprozess niedriger geworden ist. Dass sozusagen die Masse der Erwerbstätigen im Verhältnis der letzten Jahre verloren hat. Die Reichen werden immer reicher und die Masse kann nicht vorankommen. Das sieht man auch in Österreich. Wenn Sie bedenken, dass im heurigen Jahr der OMV-General-

Dr. Haider

direktor, der durch sozusagen kartellierte Märkte, eine entsprechende Einnahmequelle auch in seinem Unternehmen hat, dass der OMV-Generaldirektor Ruttenstorfer 11,2 Millionen Euro Jahresgage kassieren wird, dass etwa der Bankdirektor Treichl – um neben dem roten Ruttenstorfer auch einen schwarzen Bankdirektor zu zitieren – 10,9 Millionen Euro Jahresgage kassieren wird, wir aber gleichzeitig wissen, dass eine Million Österreicher im Monat weniger als 848,-- Euro zur Verfügung hat oder im Jahr rund 10.000,-- Euro zur Verfügung hat, dann sieht man, wie groß die Kluft auch in unserer Gesellschaft geworden ist.

Das heißt also, diese Früchte der Globalisierung, der EU-Erweiterung mit dem falschen Schwerpunktsetzungen, werden wir nicht alle sozusagen ungeschehen machen können, aber das, was wir tun können, ist als kleines Land auch weiterhin eine sehr engagierte und ausgewogene Sozial- und Einkommenspolitik für unsere Menschen zu machen. Denn der liebe Gott hat Gott sei Dank den Wirtschaftspolitikern zwei Augen gegeben. Eines für die Angebotspolitik und eines für die Nachfragepolitik, auch wenn dort und da manche blind sind, wollen wir die beiden Augen nützen und in beiden Richtungen die richtigen Akzente setzen. Und daher haben wir die richtigen Antworten gegeben mit zehn Maßnahmen, die wir auch in diesem Budget verstärken. Maßnahmen wie: Einführung des Kinderbetreuungsgeldes, Einführung des Babygeldes, Einführung des Müttergeldes als Beginn einer Mütterpensionsregelung für jene Frauen, die älter als 60 Jahre sind, Kinder großgezogen haben und heute ohne jede Eigenvorsorge dastehen müssen. Eine weitere Maßnahme, der Gratiskindergarten; eine weitere Maßnahme der Ausbau der Pendlerunterstützungen. 32.000 Kärntnerinnen und Kärntner bekommen jährlich eine entsprechende Unterstützung im Ausmaß von 5,2 Millionen Euro. Damit liegen wir um 400 Prozent über dem, was alle anderen Bundesländer in Österreich für ihre Tagespendler ausgeben. Eine weitere Maßnahme ist das Schulstartgeld, eine weitere Maßnahme ist der Bildungsscheck; eine weitere Maßnahme ist ein attraktives System der Heizkostenzuschüsse; eine weitere Maßnahme ist die Arbeitnehmerförderung, die wiederum mit 12,5 Prozent ausgebaut worden ist. Und eine weitere Maßnahme ist die heute Vormittag auch schon diskutierte Mindestsicherung für die sozial

Schwächsten in unserer Gesellschaft.

Damit können wir sagen, dass wir im langen Weg der vergangenen Jahre das erste Bundesland gewesen sind, das für die Familien mit der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes bahnbrechend für Österreich etwas Neues eingeführt hat. Und wenn heute in Österreich jedes Jahr aus dem Familienlastenausgleichsfonds 8 Milliarden Euro zusätzliche Einkommen zu den Familien fließen über das Kinderbetreuungsgeld, dann hat sich diese Initiative zweifelsohne gelohnt und es war richtig, dass Kärnten hier das Eis für die Familien gebrochen hat. (*Beifall von der F-Fraktion.*) Denn, wenn wir dieses neue Paket der sozialen Sicherheit im Land richtig interpretieren, dann haben wir der sozialen Kälte der Globalisierung die soziale Wärme der Kärntner Heimat gegenübergestellt.

Und ich glaube, das ist auch etwas, was den Menschen Vertrauen gibt und was den Menschen Zuversicht geben kann, dass hier im Lande – auch wenn wir ein kleines Bundesland sind – mit beschränkten finanziellen Kapazitäten, viel von dem, was wir gemeinsam erarbeiten, auch dafür eingesetzt wird, unseren Familien, unseren sozial Schwächeren und jenen, die unverschuldet in Notlagen geraten sind, entsprechende Unterstützungen und Lebenssicherungen zu geben.

Das hat sich auch deshalb bewährt, weil wir in diesem Land keine Diskussion über einen Beschäftigungsnotstand haben, weil wir keine Diskussion über einen Bildungsnotstand haben, weil wir keine Diskussion über einen Pflegenotstand haben und weil wir auch kein Problem haben, dass Sozialleistungen gefordert werden müssen, sondern eher, wie die Debatte bewiesen hat: Es gibt manche, die der Hafer sticht, die sagen: „Es ist zu viel, was wir machen.“ Ich glaube nicht, dass es zu viel ist, denn wir tragen dazu bei, dass wir ein bisschen etwas von dem korrigieren, was die Masseneinkommen in den letzten zwei Jahrzehnten verloren haben. Seit sechs Jahren geht es hier im Lande in eine andere Richtung, und wir versuchen, sozial ausgewogen zu operieren.

Das kann man an einem Beispiel darstellen. Die Familien haben im Jahre 1999 im Landesbudget einen bescheidenen Anteil gehabt. Für jede Familie wurden aus dem Landesbudget im Jahre 1999 im Schnitt 104 Euro aufgewendet. Im Jahre 2006 sind es nicht mehr 104 Euro, sondern sind es bereits 331 Euro für jede Familie, im Schnitt!

Dr. Haider

(*Beifall von der F-Fraktion*) Das heißt im Jahre 1999 ist im Budget für die Familien ein Betrag von 16,4 Millionen vorgesehen gewesen – im Jahre 2006 wurde dieser Betrag auf 52,9 Millionen Euro erhöht. Daran kann man sehen, dass das, was ich Ihnen vorhin gesagt habe, nicht übertrieben ist, sondern dass wir sehr konsequent in der Entwicklung dieser Schwerpunkte tätig sind und die Menschen das auch spüren und auch positiv zur Kenntnis nehmen.

Das, was wir uns wünschen, ist sicherlich, dass auch die Wirtschaft manche Spielregeln adaptiert. Denn, es kann nicht so sein, dass man sagt: „Dort, wo Gewinne gemacht werden, ist alles privat. – Dort, wo Kosten entstehen, muss ständig der Staat, die öffentliche Hand, einspringen.“ Das sieht man am besten daran, dass mit jenen Leistungen, die wir für die Familien machen, natürlich vor allem im Handel oft in den Großkonzernen, den Supermärkten der Versuch gemacht wird, zu sagen: „Wenn für die Familien ohnedies viel getan wird, dann können wir für die Mütter, die bei uns berufstätig sind, halbtags-tätig sind, teilzeitbeschäftigt sind, eigentlich sehr schlechte Löhne zahlen.“ Und der Handel ist wirklich ein Problemkind erster Ordnung. Es liegt also nicht an uns, der Gewerkschaft zu empfehlen, dass sie bei den Kollektivverträgen einmal besser verhandeln sollte, aber es kann nicht das Land, das ausgleichen, was an Leistungslöhnen den fleißigen Frauen etwa im Handel verweigert wird! (*Beifall von der F-Fraktion*)

Wir wollen und sollten daher auch dieses Thema in der nächsten Zeit offensiv angehen, denn es ist ein Thema, das eine Lösung braucht. Wir sollten dort, wo wir selbst die Verantwortung haben, auch ganz energisch und konsequent für gerechte Verhältnisse sorgen! Natürlich gibt es auch bei uns im Umfeld der öffentlichen Hand einige Jobs, die so genannte working poor integrieren. Ich gehe davon aus, dass wir in diesem Budget einen großen Sprung nach vorne machen, was etwa die Hauskrankenhilfe betrifft, weil wir alle wissen: Wir brauchen mobile Dienste, wir brauchen mehr Betreuungsdienste denn je. Die Generationen werden älter, die Menschen leben länger, sie sind im hohen Alter betreuungsbedürftiger. Aber es gibt aber im täglichen Leben die Notwendigkeit, mehr mobile Dienste zu haben. Da hat es in den letzten Jahren eine entsprechende Verbesserung gegeben. Wir

haben auch im kommenden Jahr für das Budget 2007 mehr als 20 Millionen Euro für die Hauskrankenhilfe. Das ist eine Erhöhung von öffentlichen Mitteln aus dem Landesbudget von 2 Millionen, weil jetzt die Kollektivverträge kommen. Jetzt gibt es also bessere Kollektivverträge für die dort Tätigen in den verschiedenen Qualifikationsbereichen. Es wäre eigentlich ein Leichtes, das jetzt an die Mitarbeiter weiterzugeben. Die Erfahrungen, die wir machen müssen, sind aber, dass es Organisationen gibt – so wie das Hilfswerk -, wo Frauen im großen Stil Zehnstundenjobs bekommen, wo sie nicht einmal Pensionsansprüche erwerben, geringfügig beschäftigt sind; dann, wenn sie arbeitslos werden, eine schlechte Arbeitslosenunterstützung kriegen oder gleich in den Notstand gehen. Und das alles trotz der Tatsache, dass wir jedes Jahr mehr für diese Hauskrankenhilfe, sprich für die mobilen Dienste aufwenden!

Es muss unsere Aufgabe sein – und wir werden das auch von Seiten der Landesregierung zu veranlassen haben -, dass Organisationen, die die Frauen so schlecht behandeln und ihnen hier schlechte Jobs anbieten, obwohl wir viel Geld hineinstecken, damit sie besser bezahlt werden können, dass diese Organisationen von der Liste der Förderung und Subvention gestrichen werden (*Beifall von der F-Fraktion*) – oder sie sind bereit, ihren Kurs zu korrigieren!

Das ist, glaube ich, auch deshalb sehr wichtig, weil wir sonst in eine Entwicklung kommen, die etwa der Sozialexperte der Diakonie Österreich, Herr Martin Schenk, in der „Presse“ einmal beleuchtet hat, wo er schreibt: „Die Sozialhilfe kann in Zukunft nicht der Staubsauger für alle strukturellen Probleme sein, die in der Mitte der Gesellschaft angelegt sind: Arbeitslosigkeit, Pflegenotstand, prekäre Jobs, mangelnde soziale Aufstiegschancen im Bildungssystem usw.“ Das ist eigentlich auch die Herausforderung, vor der wir stehen: dass dort, wo wir Geld einsetzen, wir auch wollen, dass es an die richtige Adresse kommt und dass das auch in den Organisationen so richtig verstanden wird. Das heißt, wir brauchen hier – das ist ja nicht schwer nachzuvollziehen – wieder mehr Besinnung auf die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft. Marktwirtschaft alleine ist in einer globalisierten Wirtschaft letztlich ein Spiel, bei dem es viele Verlierer und wenige Gewinner gibt. Daher brauchen wir auch mehr soziale marktwirtschaft-

Dr. Haider

liche Prinzipien, denn die soziale Marktwirtschaft war es, die seit 1945 eigentlich den wirklichen Wohlstand in Österreich zustande gebracht hat: weil sie eine gerechte Verteilung auch der gemeinsam erarbeiteten Erträge auf alle gesellschaftlichen Schichten, die sich aktiv eingebracht haben, zu Wege gebracht hat.

Wenn dann immer wieder gesagt wird: „Wir leben heute in einer Zeit, in der der Staat sich zurückziehen muss.“, dann möchte ich das eigentlich bezweifeln. Der Staat ist heute viel mehr gefordert als je zuvor! Es gibt viele Privatisierungen, aber trotzdem muss der Staat immer mehr leisten. Wir brauchen das nur in Kärnten anzuschauen. Ich kenne keine private Investition in einem Wirtschaftsunternehmen, wo wir nicht als Förderinstitutionen mit dabei sind: Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds, Entwicklungsagentur, Zukunftsfonds und was es da alles gibt. Das gibt es bei den Hotels, bei den Thermen, bei den Industriebetrieben.

In der Ausbildung und in der Umschulung ist es üblich geworden, dass auch hier wieder der Staat sehr stark tätig ist. Wir haben sogar so genannte Arbeitsstiftungen, wo der Staat (die öffentliche Hand) schwerpunktmäßig das Geld gibt, um die Umschulungen, die die Firmen brauchen, entsprechend einzuleiten. Wir tun es auch, beispielsweise wenn Infineon sich neu strukturiert, gibt es eine Implacmentstiftung, wo man die Mitarbeiter vorbereitet. Wenn Mahle investiert, gibt es eine Stiftung, wo wir die Mitarbeiter vorbereiten, das heißt es ist eine Gewichtsverlagerung zu Lasten der öffentlichen Hand unverkennbar, obwohl eigentlich die offizielle Tendenz ist, dass man sagt: „Der Staat muss zurück gedrängt werden.“

Oder denken Sie an die Infrastruktur. Ich kenne niemand anderen, der die Infrastruktur finanziert, außer der öffentlichen Hand. Auch wenn der Kollege Martinz sprachlos ist – dann hört er wenigstens zu. Denn die öffentliche Hand finanziert 100 % der Eisenbahnen. Die öffentliche Hand finanziert 100 % der Straßen. Die öffentliche Hand finanziert 100 % des Anschlusses an das schnelle Internet. Die öffentliche Hand finanziert 100 % der in Kärnten ansässigen und etablierten Forschungszentren, ob das das CTR ist, ob das das K-Wood ist, wie immer. Wir müssen uns also bewusst sein, dass hier die öffentliche Hand (sprich das Land) in vielen Be-

reichen aktiv geworden ist, um wirtschaftlichen Fortschritt zu erzielen, um Arbeitsplätze zu schaffen, um Umschulungen zu tätigen, wodurch zusätzlich eine erhebliche Belastung auf uns zukommt. Wenn Sie die Forschungsquote anschauen: In Kärnten geben wir pro Kopf 74 Euro für die Forschung und Entwicklung aus; im Österreichschnitt 41 Euro. Das sind aber die öffentlichen Ausgaben. Wenn wir die privaten Beiträge für Forschung und Entwicklung in Kärnten anschauen, dann sind wir Schlusslicht und nicht Spitzenreiter! Da tut sich eine Kluft auf, die wir auch sehen müssen! Oder auch im Bankenbereich: Der Erfolg der Hypo ist wesentlich dadurch bedingt, dass wir die Haftung für Geschäfte in Milliardenhöhe als Land tragen. In der touristischen Infrastruktur kann man das auch nachvollziehen. Wir haben in den letzten Jahren 240 Millionen Euro etwa in Aufstiegshilfen in Kärnten investiert und davon 96 Millionen alleine aus öffentlichen Zuschüssen geleistet. Wie viel von den Beteiligungen dann abzuschichten sind, das sei noch dahingestellt.

Ich will Ihnen diese Beispiele nur geben, damit man sieht, dass unser Umfang, unser Tätigkeitsbereich – obwohl wir in einer Welt leben, die uns eigentlich zeigt, dass alles stärker auf die private Initiative organisiert und orientiert ist -, dass wir hier ständig neue Aufgaben von der öffentlichen Hand übernehmen müssen und daher auch die Budgets entsprechend angespannt sind. Trotzdem sage ich ja zu diesem Weg, dass wir uns auch im Bereich der Wirtschaftsförderung, der Infrastruktur, der Forschungsentwicklung usw. engagieren, weil ja sonst vieles in dem Land nicht entstehen würde und die Zukunftsentwicklung nicht machbar wäre. Etwa wäre ein Lakesidepark-Projekt nicht möglich, wenn es nicht 100 % Finanzierung seitens der öffentlichen Hand gäbe. Oder ein Technologiepark Villach mit der Fachhochschule ist zu einem erheblichen Teil öffentliche Finanzierung. Oder die Betriebsansiedelung von Großunternehmen wie Mediaprint, unser Thermenprogramm, wo wir von Villach über das Römerbad in Bad Kleinkirchheim bis nach Bad St. Leonhard eine moderne Thermenstruktur in Kärnten schaffen, ist zu einem erheblichen Teil mit öffentlichem Finanzeinsatz verbunden, weil wir neben der normalen Förderung gezwungen sind, damit es zustande kommt, auch Beteiligungen des Landes zu zeichnen, um damit diese großen Projekte

Dr. Haider

zustande zu bringen. Oder die Frage der Ansiedelung eines Mechatronic-Projektes in Wolfsberg, als Ersatz für Gallus. Hier haben wir bis hin zur Reform und zur Adaptierung der Ausbildungsprogramme und der Einrichtungen in der HTL Wolfsberg alles auch von Seiten der öffentlichen Hand tätigen müssen. Die Beispiele ließen sich fortsetzen, bis hin zur Übersiedelung des Kompetenzzentrums für Infineon nach Villach, wo die ganze Forschungsstruktur aus Deutschland übersiedelt worden ist. Wenn Sie das zusammenrechnen, haben wir alleine für diese Maßnahme, die für uns natürlich die Chance bedeutet, dass wir in Kärnten ein großes Kompetenzzentrum im Bereich der Auto- und Industrieelektronik haben, aber diese Maßnahme kostet uns mehr als 30 Millionen Euro aus der öffentlichen Hand. Das muss man wissen, dass hier eigentlich vieles als Vorleistung seitens des Landes und der öffentlichen Hand getätigt wird, damit dieser Prozess – den wir begrüßen und der für die Zukunftssicherung wichtig ist! – auch in Gang kommen kann.

Daher haben wir auch dort, wo es kontinuierlich in einer guten Zusammenarbeit diese Investitionen gibt, wie etwa im Lavanttal, das erste Mal in der Geschichte des Lavanttals einen Zustand, dass wir dort Vollbeschäftigung haben. Das Lavanttal hat weniger als 3 % Arbeitslose. Das Lavanttal sucht, wie keine andere Region, heute Facharbeiter und bekommt sie nicht: ob das die Firma Schwing ist oder ob das andere Unternehmen sind, Geislinger und wie sie alle heißen. Das heißt hier ist eine Struktur mit großen Vorleistungen auch der öffentlichen Hand entstanden, die aber selbsttragend wird und damit einen Prozess einleitet, den wir uns als richtig und gut vorgestellt haben! (*Beifall von der F-Fraktion*)

Daher sage ich: Wir müssen diesen Wandel mit dem nötigen Augenmaß begleiten und dürfen nicht in einer Schwarzweißmalerei sagen: „Das eine ist zu teuer und das andere ist nicht zu teuer.“, sondern wir müssen uns diesen Herausforderungen stellen, dass wir in einem Programm, wo auch das Land oft Vorleistungen erbringen muss, langfristig eine gute Zukunft damit einleiten können.

Der Bund, seinerseits, gibt uns auch zusätzlich Aufgaben in das Budget hinein. Denn es sind natürlich in den letzten Jahren auch immer wieder den Ländern übertragen worden, vor allem

dort, wo es um die sozialen Belange geht. Der ganze Pflegebereich, Spitalsbereich, der ein dynamisch wachsender Bereich ist, ist ja kompetenzmäßig bei den Ländern angesiedelt. Und dort, wo der Bund mitfinanziert hat, zieht er sich konsequent zurück oder deckelt die Beiträge wie bei den Krankenanstalten, einschließlich der Sozialversicherungen. Oder wir sind verhalten, damit wir einigermaßen qualitätsvolle Zugsgarnituren für unsere regionalen Züge haben, auch dort mitzufinanzieren, wo etwa die ÖBB alleine finanzieren müsste, beim öffentlichen Personennahverkehr, wo wir immerhin 5 Millionen Euro in die Modernisierung der Zugsgarnituren auch Land – obwohl wir gar nicht zuständig sind – hineinstecken, sonst bekommen wir sie einfach nicht.

Oder bei den Fachhochschulen: Die sind ja eigentlich eine Erfindung des Bundes und in der Zuständigkeit der Bundes gelegen, bei denen es seit dem Jahr 1995 keine Valorisierung der Bundesbeiträge gegeben hat. Daher haben wir vom Land seit der Gründung der Fachhochschulen in Kärnten eine 300-prozentige Steigerung der Kosten zu verkraften! Oder bei den EU-Beiträgen: Wenn man das vergleicht – wir haben uns diesen Vergleich im Rahmen der Finanzkonferenz der Landesfinanzreferenten einmal angesehen – dann haben sich die Beitrittskosten der Länder seit dem EU-Beitritt 1995 um 24 Prozent erhöht, die der Gemeinden um knapp 20 Prozent, aber die des Bundes nur um 10 Prozent! Das heißt: Die Regionen, Gemeinden und Länder tragen auch die Hauptlast dieses Prozesses. Oder im Bereich der Heizkosten: Maßnahmen setzen jetzt überhaupt nur mehr die Länder bzw. sonstige Gebietskörperschaften – also 100 Prozent bei uns! Oder bei den Gesundheitsleistungen: Impfungen, Gesundheitsvorsorge – das ist nach der Bundesverfassung ein klassischer Tatbestand. Trotzdem müssen das in Wirklichkeit immer stärker die Länder finanzieren, weil es der Bund einfach nicht macht! Bei der Tamiflu-Vorsorge etwa haben wir 60 Prozent bisher selbst gezahlt, 30 Prozent sollen vom Bund kommen. So wie es aussieht, werden sie nicht kommen! Die Impfaktionen werden wir auch selbst finanzieren müssen, weil es hier diesen Rückzug gibt!

Bei den Landeslehrern haben wir in den letzten Jahren viele Millionen Euro aufgewendet, um aus eigenem Landesbudget kleine Dorfschulen erhalten zu können. Das heißt: Wir finanzieren

Dr. Haider

derzeit 430 Lehrer aus dem Landesbudget, die eigentlich vom Bund finanziert werden müssten. Und dasselbe spielt sich jetzt im landwirtschaftlichen Schulwesen ab, bei dem wir heuer das erste Mal damit konfrontiert sind, dass der Bund von seiner 50:50-Vereinbarung – 50 Prozent der Landeslehrerkosten im landwirtschaftlichen Fachschulbereich zahlt der Bund – abgeht. Wir sind damit konfrontiert, dass das nicht mehr gezahlt wird, sondern nur mehr das, was im Dienstpostenplan genehmigt ist. Da hat der Bund eine Rückzugsmöglichkeit und steigert damit die Belastungen der Länder! Das bedeutet laut Auskunft der Finanzabteilung des Landes Kärnten, dass wir allein aus dieser schleichenden Verschiebung von Kompetenzen und Aufgaben vom Bund zu den Ländern, mehr als 50 Millionen Euro pro Jahr mehr an Belastungen mitfinanzieren müssen! Auch das muss man bei einem Budget in Betracht ziehen!

Trotzdem glaube ich, dass es richtig ist, dass nicht 2,2 Millionen Euro für die Fachhochschulen verblieben sind, wie wir es im Gründungsstadium gehabt haben, sondern dass wir jetzt im Budget mehr als 6 Millionen Euro aufwenden. Trotzdem glaube ich, dass es richtig ist, dass wir uns zusätzliche Landeslehrer leisten, um vor allem im Bildungsbereich die Infrastruktur in den Regionen aufrecht zu erhalten. Trotzdem glaube ich, dass es richtig ist, dass wir eine Vorfinanzierung für Lehrkanzeln an der Universität Klagenfurt im Ausmaß von 7 Millionen Euro als Stiftungsprofessuren machen, die erst in einigen Jahren vom Bund übernommen und von ihm finanziert werden, weil wir für unsere wirtschaftliche Entwicklung im Bereich der Informationstechnologie, im Bereich der technischen Fächer, neue Lehrkanzeln brauchen und sie letztlich unseren wirtschaftlichen Veränderungsprozess in Richtung Technologie und Hochtechnologie unterstützen.

Trotzdem glaube ich, dass es richtig ist, dass wir für die Breitbandinitiative 8 Millionen Euro aus den öffentlichen Mitteln nehmen, und dass wir auch die Standortsicherung unserer Landes- und Ordensspitäler weiterhin akzeptieren. Es sind immerhin elf Standorte! Der Rechnungshof hat uns ja empfohlen, wir sollten einige schließen. Wir gehen einen anderen Weg, weil wir glauben, dass das regionalpolitisch wichtig ist, aber wir müssen sehen, dass das natürlich auch etwas kostet. Es kostet dem Land in diesem Jahr oder

im Jahr 2007 143,2 Millionen Euro. Im Jahre 2000 haben wir mit den Gemeinden gemeinsam noch 156 Millionen Euro netto Abgangsgebungsdeckung gemacht, im Jahre 2007 sind es schon bei 197 Millionen Euro. Das heißt: Die Gesundheitsstruktur kostet, wenn sie so angelegt ist, wie wir sie in Kärnten auch festgeschrieben haben! Sie kostet natürlich Erhebliches! Und es muss sich jeder Abgeordnete bewusst sein, dass das auch die Hauptgründe für die außerbudgetäre Verschuldung des Landes sind! Und über die sollte man auch einmal diskutieren. Denn nur zu sagen, dass das alles nicht geht und wir haben zuviel Schulden, dann würde ich sagen, dass ich das gerne mit jedem diskutiere! Aber nur dann, wenn er bereit ist mir zu sagen, wo genau er sparen will und nicht nur allgemein daherredet, sondern sagt, was er nicht mehr haben will! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Und daher bekennen wir uns auch dazu, dass wir beim LKH Neu im Jahr 2007 aus der öffentlichen Hand mit 142 Millionen Euro den größten Investitionsstoß machen werden und, dass es notwendig und richtig ist – wenn wir uns politisch geeinigt haben – dass wir die Baulose Bad St. Leonhard/Umfahrung und Völkermarkt/Umfahrung gleichzeitig in Angriff nehmen, um damit den Regionen eine optimale Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Das belastet letztlich mittelfristig auch unsere Budgets, den Schuldendienst, die außerbudgetäre Verschuldung. Wir schaffen es sicherlich, dass wir all das, was uns hier aufgetragen ist, durchführen werden. Wir haben derzeit im Jahre 2007 Finanzschulden in Höhe von 783,7 Millionen Euro zu erwarten. Im Jahre 1999, als wir sozusagen den Wechsel in der Landeshauptmannschaft in Kärnten hatten, hatte Kärnten Finanzschulden in Höhe von 1.007.000.000,-- Euro. Das heißt also: Wenn die ÖVP immer von den großen Schulden spricht, dann soll sie sich geschichtlich einmal ein bisschen erkundigen und sich anschauen, wie die Ära Zernatto ausgelaufen ist, als wir mehr als 1.000.000.000,-- Euro Finanzschulden gehabt haben! Und wenn ihr immer von den Schulden redet, dann geht heraus und sagt konkret, was ihr in diesem Land nicht haben wollt! Aber Schulden abbauen und gleichzeitig mehr Forderungen auf den zu Tisch legen, zu sagen: Wir brauchen eine Weideprämie, wir brauchen Golfhotels und wir brauchen mehr für das ländliche Wegenetz und wir brauchen mehr für die Landeslehrer –

Dr. Haider

das muss alles in den Schulen draußen noch funktionieren – das wird nicht ganz umsetzbar sein! Denn ich glaube, wenn man sich zu etwas bekennt, dann sollte man auch öffentlich dazu stehen und nicht so tun, als könnte man das ohne finanziellen Einsatz bewerkstelligen! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Im außerordentlichen Budget im Jahre 2007 haben wir eine Verschuldung von 903,2 Millionen Euro. Diese Verschuldung ist sozusagen eine Spitze, die ab dem Jahre 2008 wieder verflachen wird, weil die Investitionsaufwendungen für das LKH Neu zurückgehen und weil die Rückzahlungen aus dem Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds stärker werden. Trotzdem muss man sagen: Die zwei großen Kapitel der außerbudgetären Verschuldung sind Wirtschaftsförderung und Krankenanstalten! 67 Prozent der außerbudgetären Schulden sind durch die Krankenanstalten, durch die Investitionen, durch die Abgangsdeckung verursacht. Investitionsfinanzierung: Im kommenden Jahr 374 Millionen Euro! Das ist eine gewaltige Summe Geldes, die hier in die Investitionen und in den Erwerb der Landesimmobilien durch die KABEG mit 233 Millionen Euro fließt. Das heißt: Wir sind hier in einer beachtlichen Größenordnung von 67 Prozent, und die Kärntner Wirtschaftsförderung ist mit 21 Prozent erheblich an der außerbudgetären Verschuldung beteiligt. Der Kärntner Regionalfonds hat 21 Millionen Euro Schulden, der Kärntner Wasserwirtschaftsfonds 78 Millionen Euro Schulden, der Kärntner Gesundheitsfonds 4 Millionen Euro Schulden und das Stadttheater Klagenfurt 996.000,- Euro Schulden. Die großen Brocken sind die beiden Gruppen Krankenanstalten und Wirtschaftsförderung!

Ich kann also nur jedem empfehlen, sich das genau anzusehen! Wir haben mit diesen Maßnahmen letztlich dazu beigetragen, dass es im Land eine gute Konjunktur gibt, dass es viele Infrastrukturinvestitionen gibt, dass es ein ausgebautes modernes Gesundheitswesen gibt und, dass wir von der Wirtschaftsförderung her heute sehr attraktiv sind, weil wir allein in diesem Jahr schon zur Mitte des Jahres unsere Budgets, die ursprünglich eingeplant worden sind, überschritten haben. Denn es gibt ein derart gutes Investitionsklima und daher entstehen sehr viele neue Arbeitsplätze!

Man darf aber auch nicht vergessen, dass jeder

außerbudgetären Verschuldung die Schaffung von Werten gegenübersteht. Da entsteht ja etwas! Ein neues Krankenhaus ist ja nicht Null wert, sondern da entsteht ein Wert! Und ein neues Unternehmen mit Hunderten von Arbeitsplätzen stellt einen Wert dar und trägt zur Wertschöpfung bei und liefert wieder Steuern im Wege der Kommunalsteuer, im Wege der Einkommenssteuer, der Körperschaftssteuer und vieles andere ab. Daher kann man sagen, und das ist auch bei der Debatte um die außerbudgetären Schulden zu berücksichtigen, dass wir Werte schaffen, dass sozusagen rentierliche Schulden auf Zeit gemacht werden, dass wir ... Bitte? (*Abg. Lutschounig: Sie finden in der Kameralistik keinen Niederschlag!*) Das ist ja uninteressant! Wichtig ist es, dass die Lebensverhältnisse der Menschen richtig geordnet werden! Und Lebensverhältnisse heißt: Arbeit schaffen, Zukunft sichern und soziale Gerechtigkeit ermöglichen! (*Beifall von der F-Fraktion.*) Und das ist natürlich auch in der Kameralistik darstellbar! Das ist nicht das größte Problem, das man dem gegenüberstellen kann! Wir haben die Dinge in einem Gutachten prüfen lassen. Die Beteiligungen des Landes Kärnten allein an den verschiedenen Gesellschaften bis hin zur Kelag machen derzeit 865,7 Millionen Euro aus. Die Beteiligung der Hypo ist bei einem derzeitigen Bewertungsstand von 2, 5 Milliarden 1,235 Milliarden Euro.

Das bedeutet, dass das Land Kärnten alleine an Beteiligungen mehr als 2 Milliarden in der Kasse und zur Verfügung hat und braucht daher nicht den Notstand auszurufen, den die ÖVP gerne ausrufen möchte, was die Finanzierungen betrifft. Denn wir haben entsprechende Werte gegenüber und die werden mit diesen rentierlichen Schulden, der außerbudgetären Verschuldung, natürlich entsprechende positive Leistungen nach sich ziehen. Wir haben im nächsten Jahr beim KWF eine Haftung von 45 Millionen Euro und wir werden für entsprechende Förderungen mehr als 30 Millionen Euro einsetzen. Ich sage aber auch dazu, dass wir heuer bereits 50 Millionen Euro zusätzlich im Konjunkturpaket zu unserem normalen KWF-Budget gesetzt haben. Das hat dazu geführt, dass allein aus dem Konjunkturpaket – das zwischen Bund und Land geschlossen worden ist – bis zur Stunde 749 neue Arbeitsplätze resultieren, die jetzt verwirklicht werden und im Jahr 2007 in der Investition

Dr. Haider

umbesetzt werden. Und wir haben 13 weitere Projekte angemeldet, die wir auch heuer noch beschließen sollten: Darunter etwa das Koralmhotel, das Kurbad Bad St. Leonhard, das Golfhotel Moosburg, das Hilcohotel St. Veit, dann Investitionen in der Industrie – die Wild GesmbH investiert, Elagon-Antriebstechnik in Bad St. Leonhard, MAGE Gehring in Haimburg, Daniele Anlagentechnik aus Udine wird neu angesiedelt, Photovoltaik St. Veit, Ciotto Clear Energy GmbH in Klagenfurt, Mahle Filtersystem dreimal – einmal für das Mechatroniczentrum in Wolfsberg, einmal für die Errichtung einer neuen Turboproduktion und einmal für den Ausbau des bestehenden Werkes. Das macht in Summe für alle diese Projekte noch einmal einen zusätzlichen Beschäftigungsgewinn von 699 Arbeitsplätzen aus. (*Abg. Lutschounig: Magna!*) Sie sehen, dass sich hier im Land wirklich etwas tut! Es ist nicht übertrieben, wenn wir sagen, dass wir in der Lage sind – bei Beachtung dieser Maßnahmen, die wir jetzt setzen – zwischen den Jahren 2006 und 2009 5.100 neue Arbeitsplätze in Kärnten zustandezubringen! (*Einsetzender Beifall von der F-Fraktion.*) Und das ist eine wirklich sehr, sehr wichtige und gute Größenordnung! Das ist nicht unrealistisch, sondern hier ist schon ein Großteil der Maßnahmen damit verbunden, die wir im heurigen Jahr noch beschließen, damit wir sie in den nächsten Jahren auch umsetzen können.

Und beim Krankenhaus/Neu ist es so, dass von den 314 Millionen 142 Millionen nächstes Jahr investiert werden. Das bedeutet, dass allein in der Bauwirtschaft noch einmal 1500 Arbeitsplätze damit geschaffen oder bereitgestellt werden, dass während der Bauphase im nächsten Jahr 1500 Bauarbeiter, Ingenieure, Techniker, Haus-techniker usw. an diesem Projekt, an der größten Hochbaustelle Österreichs, tätig sein werden.

Und das bedeutet aber auch, dass wir bei dem von uns gewählten Vergabeverfahren 80 bis 90 Prozent der Aufträge hier im Land, in den heimischen Betrieben, positionieren werden. Und das ist auch wieder ein guter Beitrag für die Beschäftigungssicherung im Lande. Das heißt also, Sie können davon ausgehen, dass wir Geld nicht zum Fenster hinauswerfen, sondern dass wir mit Augenmaß in die Zukunft investieren, um vor allem mit dem Schwerpunkt Betriebsansiedlungen neue Arbeitsplätze, wirtschaftliche Belebung, Strukturveränderung hin zu modernen

leistungsfähigen Betriebsstrukturen, auch in den Regionen, und mit einem entsprechenden Bauprogramm der öffentlichen Hand für Infrastruktur und Einrichtungen, dass wir hier einen guten und vernünftigen Weg gehen.

Natürlich wird auch die Debatte über notwendige Sparmaßnahmen nicht verstummen dürfen, aber sie sollte substantiell geführt werden. Daher finde ich es gut, wenn wir uns geeinigt haben zwischen dem BZÖ und der SPÖ, dass wir gesagt haben, wir wollen uns im nächsten Jahr, im ersten halben Jahr, sehr konkret auf der Grundlage der Fiedler-Studie und der ausgebauten Beratung dieser Gruppe, über die Frage der außerbudgetären Verschuldung und der Entwicklung unterhalten und wollen entscheiden, was leisten wir uns und was leisten wir uns nicht. Aber wenn wir uns entschieden haben, dass wir uns etwas leisten, sollten wir es dann auch nicht mehr in Frage stellen. Und ich glaube, dass das auch andere Vorschläge beinhalten kann, etwa, dass wir – sowie der Bund – auch eine Landesfinanzierungsagentur zum besseren Finanzmanagement schaffen könnten, dass wir auch weitere Schritte setzen, um im Bereich des Beamtendienstrechtes eine Harmonisierung mit den Menschen in der Privatwirtschaft vorzuführen. Ich glaube, das muss ein Anliegen all jener sein, denen gleiche Arbeit auch gleicher Lohn bedeuten soll. Und es muss eine Überlegung geben, wie wir das Programm, das wir schon abgestimmt haben im Bezug auf die Reduktion der Dienstposten in der öffentlichen Verwaltung, auch umsetzen. Wenn wir das einhalten, was wir uns vorgenommen haben, bis 2009 10 Prozent weniger Dienstposten – dann sparen wir allein aus diesem Titel 7 Millionen Euro. Und dann kommen noch andere Maßnahmen dazu. Ich glaube aber, dass man das wirklich in einer substantiellen Runde diskutieren sollte, damit man auch zu Einsparungsvorschlägen kommt, die umsetzbar sind und die realistisch sind.

Daher darf ich auch sagen, dass die Zurufe, die wir auch jetzt im Zuge der Budgetdebatte wieder haben werden, wo die Partei – also wie die ÖVP, die also jetzt offenbar beim Budget nicht mitgeht, weil sie beleidigt ist, dass die SPÖ zustimmt und sie nicht quasi der Mehrheitsbilder hier ist – dass diese Zurufe nur dann ernstgenommen werden können, wenn wirklich dahinter auch alternative Vorschläge stehen. Bis heute habe ich nicht einen einzigen, nicht einen einzi-

Dr. Haider

gen Einsparungsvorschlag aus dem Munde eines ÖVP-Politikers gehört! Ich weiß nur von Forderungen nach mehr Budget. Also selbst der Kollege Martinz hat in seiner Referentenanmeldung sein heutiges Budget um ein Vielfaches überschritten. Er wollte viel mehr haben. Alle Referenten wollten mehr haben. (*Abg. Ing. Scheuch: Hört! Hört!*) 150 Millionen alle zusammen. Der Kollege Martinz hat ... alleine von den 150 Millionen hat der Kollege Martinz 66 Millionen beantragt! (*Abg. Ing. Scheuch lacht laut auf. – LR Mag. Dr. Martinz: Ich habe gar nicht 66 Millionen!*) Und dazu ... Nein, du kriegst von mir heuer 63 Millionen, das ist also ... weil ich gespart habe. Ich habe euern Appell ernstgenommen und habe gespart, aber es liegt schon wieder ein Antrag da. Die Weideprämie zu finanzieren macht 3,1 Millionen aus; es liegt der Antrag da, das Golfhotel Moosburg für deinen Bürgermeister Gaggl zu Stande zu bringen macht 12 Millionen öffentliche Gelder aus! Also, jetzt bitte, dauernd zu reden, dass wir sparen müssen und gleichzeitig aber mir die Anträge hinknallen, dass ich mehr Geld setzen soll. Das werden wir nicht spielen können! (*Beifall von der F-Fraktion.*) Da muss ich schon sagen, da bitte ich also um Verständnis! (*LR Mag. Dr. Martinz: ... Bestrafungen sind ja nichts Neues!*) Mei, das hat mit Bestrafung null zu tun. Dein Budget steigt ja trotzdem! Das steigt ja trotzdem! Du musst nur einmal beginnen, das Budget auch wirklich zu lesen! Du hast mehr Geld als du glaubst! (*LH-Stv. Dörfler: 3,5 Prozent vom Gesamtbudget hat der Martinz! – Einwand von LR Mag. Dr. Martinz. – Zwischenruf von Abg. Lutschounig.*) Ja, jetzt ist es euch schon wieder zu wenig! Siehst, das ist ja genau das! (*Heiterkeit in der F-Fraktion. – Lärm im Hause.*) Sie reden vom Sparen und gleichzeitig diskutieren Sie immer, dass alles zu wenig ist! (*Zwischenrufe aus der ÖVP-Fraktion.*) Also, das war ja die beste Beweisführung.

Ich glaube aber, dass wirklich der Kernvorschlag – wie wir Zwei das letzte Mal über das Budget geredet haben – der Kernvorschlag, der zeigt, wie ihr über diese Dinge denkt. Es war dein Vorschlag, dass wir beim Budget 10 bis 15 Millionen Euro niedriger budgetieren sollten (*LR Mag. Dr. Martinz: Einsparen! Einsparen! – Lärm und Zwischenrufe im Hause.*) und dann halt später im Nachtragsvoranschlag das dann dazugeben. Also, ... (*Zwischenrufe in der F-Fraktion. Abg. Tauschitz: Nichts Falsches be-*

haupten! – Unaufmerksamkeit und Lärm im Hause.) Also, ich muss ehrlich sagen, das hat mit Budgetwahrheit dann nichts mehr zu tun! (*Der Vorsitzende das Glockenzeichen gebend: Am Wort ist der Herr Landeshauptmann!*) Es hat da mit Budgetwahrheit wenig zu tun. Und ... (*Weiterer Zwischenruf von LR Mag. Dr. Martinz. – Weiter Lärm und Unaufmerksamkeit im Hause.*) Nein! Also wir haben ja unter Zeugen, ... wir haben ja dieses Gespräch unter Zeugen geführt und die Zeugen haben sehr aufmerksam zugehört, dass eure Einsparungen darin bestehen, jetzt fälschlicherweise niedrige Ansätze zu wählen, damit das Defizit niedriger wird, aber dafür dann während des Jahres ein Nachtragsbudget zu machen, damit wir das Defizit wieder erhöhen. (*Einwand von Abg. Tauschitz. – Unruhe im Hause.*)

Ich gehe einen anderen Weg. Natürlich kann man das machen. Aber ich gehe einen anderen Weg. Ich sage euch, (*Unaufmerksamkeit im Hause.*) das, was realistisch gebraucht wird ... (*Der Vorsitzende, das Glockenzeichen gebend: Am Wort ist der Herr Landeshauptmann!*) das, was realistisch gebraucht wird, setzen wir ins Budget und versuchen, übers Jahr so gut zu wirtschaften, dass wir a) dann weniger Nettoneuverschuldung haben als wir ursprünglich angenommen haben (*Abg. Tauschitz lacht laut auf.*) und, dass wir den Nachtragsvoranschlag aus den Einsparungspotenzialen finanzieren. Und wir haben es heuer wieder bewiesen. Voriges Jahr wie heuer! Wir haben heuer zwei Nachträge beschlossen ohne einen zusätzlichen Euro Neuverschuldung! 46 Millionen Euro! (*Beifall von der F-Fraktion.*) Das ist also, glaube ich, die richtige Budgetpolitik!

Und daher muss man sagen, natürlich sind auch die Ertragsanteile verbessert worden. Aber wir haben alleine beim Nachtragsvoranschlag 2006 47 Millionen Einsparungen, 47 Millionen Einsparungen gemacht! Bitte, also da kann uns niemand den Vorwurf machen, dass hier nicht versucht wird, auch im Budgetvollzug, mit Einverständnis aller Kolleginnen und Kolleginnen Mitarbeitern, auch unserer Beamten, Ergebnisse zu erzielen, die es ermöglichen, dann neue Schwerpunkte zu setzen. Und um das geht's mir! Ich glaube, wir sollten die Diskussion wirklich versachlichen und nicht sagen: „Da gehört gespart, aber gleichzeitig mehr fordern!“ Denn ich denke, dass es auch für die ÖVP wichtig ist, dass das

Dr. Haider

Familienpaket, das wir im Jahre 2006, also heuer, gemeinsam beschlossen haben – mit dem Gratiskindergartenjahr, mit dem Schulstartgeld, mit dem Müttergeld, mit dem Babygeld – dass das natürlich auch weiterhin finanziert werden soll. Also daher werden wir dort nicht sparen. Oder ich denke auch, dass die Erhaltung der kleinen Dorfschule auch der ÖVP ein Anliegen ist, aber das kostet natürlich im Budget „Ausgaben für Landeslehrer“, die wir selbst bezahlen müssen. Oder, dass die landwirtschaftlichen Schulen umgebaut werden sollen. 9,1 Millionen haben wir bitte – Kollege Martinz – im Budget für die Erneuerung der landwirtschaftlichen Schulen drinnen! Für den Bau eines modernen leistungsfähigen Kompetenzzentrums in Treibach Althofen, wo wir die HAK zusammenführen wollen. *(Einsetzender Beifall von der F-Fraktion.)* Das ist ja eigentlich eine schöne Sache.

Und ich nehme an, dass es auch einen Konsens aller Parteien hier gibt, dass wir eine Tourismusoffensive machen sollen. Denn, wenn wir die Infrastruktur verbessern, brauchen wir auch für die bestehenden, kleineren Betriebe die Qualitätsprobleme haben, die Möglichkeit, mit einer günstigen Finanzierung eine Modernisierung ihres gesamten Bettenangebotes und ihres Hausangebotes entsprechend zu tätigen. Also, wenn man dann in die Substanz geht, glaube ich, werden wir uns sehr schnell finden, dass es einfach viele Dinge gibt, die für das Land wichtig sind. Und, dass heuer mehr Ertragsanteile hereinkommen und auch nächstes Jahr, ist ja der beste Beweis, dass wir wirtschaftspolitisch richtig liegen. Man muss ankurbeln, damit dann die Wirtschaft floriert! Und wenn wir mehr Betriebe, mehr Arbeitsplätze haben, gibt's auch mehr Erträge! Und so ist also ganz einfach die Situation zu sehen! *(Beifall von der F-Fraktion.)* Und, ... mh, was? *(Zwischenruf von LR Mag. Dr. Martinz: Das ist Dank Wolfgang Schüssel ...! – Protestrufe und Unruhe in der F-Fraktion.)* Ich sage, ... *(Es folgen Einwände aus der F- und ÖVP-Fraktion. – Lärm im Hause.)* Ich sage, ich bin ja nicht so kleinkariert wie mancher ÖVP-Politiker, dass ich nicht anerkenne, was eine Leistung ist. Und es ist sicherlich eine der größten Leistungen der jetzt noch im Amt befindlichen Regierung gewesen, diese Steuerreform im Jahre 2003/2004 durchzusetzen.

Denn man kann es ja nachlesen beim Professor

Aiginger vom WIFO, der gesagt hat, bis zur Stunde haben sich mehr als 5700 Betriebe aus Deutschland in Österreich angesiedelt – darunter einige auch in Kärnten – weil die Bedingungen steuerlich, mit der Körperschaftssteuer, mit der Gruppenbesteuerung, mit den Rahmenbedingungen, so nachhaltig verbessert worden sind. Ja, wohl, das muss man anerkennen! Aber das alles spielt ja zusammen! Denn wir leisten ja auch unseren Teil, dass es viele neue Betriebe gibt. Und, dass es heute im Industriepark St. Veit in den letzten fünf Jahren 1300 neue Arbeitsplätze gegeben hat, ist ja nicht jetzt das Verdienst des einen oder des anderen, sondern da hat der Mock genauso mitgewirkt wie das Land und der Landeshauptmann und die Bundesregierung! *(Beifall von der F-Fraktion.)* Und sind wir froh, dass wir das zusammenbringen!

Ich glaube, dass das das Wichtige ist, dass wir uns freuen, uns freuen müssen, dass wir etwas weiterbringen und, dass etwas bewegt werden kann! Genauso wie auch im Tourismus ständig die Debatte, ob wir jetzt diese oder jene Nächtigungsverluste haben. Gehen Sie einmal hinaus und reden Sie mit den 4- und 5-Sterne-Hotels und jeder wird Ihnen sagen: Wir sind topp zufrieden! Gehen Sie hinaus und schauen Sie sich die Statistik an und Sie werden sehen, dass wir in den letzten fünf Jahren um mehr als 30 Prozent die Italiener gesteigert haben! Dass wir die Nummer 1 sind bei den Leuten und bei den Gästen aus den zentraleuropäischen Staaten! Dass wir in den Gästeankünften, in den Gästeankünften, selbst aus Deutschland, mehr Ankünfte als vor fünf Jahren haben. Um 2,4 Prozent hat Kärnten auch im Jahre 2006 mehr Gästeankünfte, aber die Leute bleiben kürzer, weil sie öfters Urlaub machen und kürzer Urlaub machen! Und auf das muss man richtig reagieren, anstatt ein Jammern anzustimmen, das ohne Alternativen bleibt. Unsere Alternative ist aufrüsten, ganzjahrestouristische Investitionen machen, neue Hotelinfrastruktur und Infrastruktureinrichtungen im sportlichen Bereich und im touristischen Erholungsbereich machen. Und dann werden wir ein Land der Freunde bleiben und dann wird auch die ÖVP wieder lächeln zur Tourismuspolitik *(Einsetzender Beifall von der F-Fraktion.)* und wird also froh sein, dass das funktioniert.

(Abg. Lutschounig: Das spüren wir jetzt schon! Tibetzentrum etc.!) Ja, Tibetzentrum auch! *(Weiterer Zwischenruf aus der ÖVP-Fraktion: Still-*

Dr. Haider

gelegt!) Ja, weil es realisiert wird! Entschuldige, da gibt's einen Planungsprozess. Das ist ja nicht so, wie bei einem Kuhstall; den räumst aus und dann ist er sauber, *(Heiterkeit in der F-Fraktion.)* sondern du musst also letztlich im Grunde genommen Planungen machen. Das ist ja ein wichtiger, schwieriger Verhandlungsprozess! *(Es erfolgen abwechselnd Zwischenrufe von Abgeordneten der F-Fraktion und der ÖVP-Fraktion. – Lärm und Unruhe im Hause.)* Aber das ist genau diese Einstellung, das ist die Einstellung! Wenn man nach zwei Monaten das Tibetzentrum nicht schon eröffnet, dann sagt man: „Ja, was ist? Warum machts keinen Spatenstich!“ Also, ich glaube, liebe Freunde, ... *(Es erfolgen wiederum Zwischenrufe in der F-Fraktion und in der ÖVP-Fraktion. – Lärm und Unruhe im Hause.)* Nein, ich will keine Polemik machen, aber eines sage ich schon! Wenn man dauernd über den Tourismus jammert und ihn schlechtmacht, dann würde ich der ÖVP empfehlen, einmal in ihrer Landwirtschaftspolitik vor der eigenen Tür zu kehren! Denn, wenn jede Woche ein Bauernhof in Kärnten zusperrt, habts ihr einen Handlungsbedarf nicht wir! *(Beifall von der F-Fraktion.)* Weil das ist eure Verantwortung seit Jahrzehnten! *(Andauernder Beifall von der F-Fraktion.)*

Ich glaube Freunde, dass der Kurs insgesamt stimmt! Der Kurs, den wir bisher gegangen sind und den wir auch in diesem Budget 2007 vorgeben. Das zeigt, dass wir im Lande einen Bauboom haben, mit einer Zuwachsrate von 29 Prozent bei den öffentlichen Aufträgen! Dass wir einen Arbeitsplatzrekord haben! Nehmen wir einmal nur die Oktoberziffern her. Wir haben das erste Mal seit 1945 im Oktober mehr als 200.000 Arbeitsplätze! Das hats noch nie gegeben! Kärnten hat immer im September, Oktober, ist es unter die 195.000, 190.000-Grenze gefallen. Das erste Mal haben wir im Oktober auch noch mehr als 200.000; exakt 203.000 Arbeitsplätze! Das heißt, das soll jetzt nicht dazu führen, dass man sagt, wir haben kein Problem bei den Arbeitslosen, aber es ist der Entwicklungsprozess in die richtige Richtung gesetzt und wir sollten das nachhaltig unterstützen. Wir haben einen technologischen Wandel im Lande eingeleitet, der gut ist, der positiv ist! Wenn es ein neues Turbowerk im Unterland gibt, dann wird das 470 neue Arbeitsplätze bedeuten, in einer modernen Fabrik. Magna hat den Spatenstich für

eine eigene Fabrik hier in Kärnten bereits gemacht. Das Bioenergiezentrum in St. Veit entsteht als Forschungseinheit und Entwicklungseinheit. Das heißt, alle die von der Energiewende leben, die sollen einmal zur Kenntnis nehmen, dass ja in Kärnten die Energiewende stattfindet! Denn wir sind das einzige Bundesland, das mehr als 42 Prozent seiner Energieproduktion bereits aus erneuerbarer Energie tätigt, während Österreich bei 22 Prozent hat. *(Beifall von der F-Fraktion.)* Also, da ist ja was im Gange!

Oder, dass wir auch im Baubereich im nächsten Jahr stark zulegen werden, wenn wir unser Verwaltungszentrum fertigstellen, wenn wir den Beschluss für das Technik- und Laborzentrum umsetzen, wenn wir die Carinthische Musikakademie realisieren, wenn wir die Berufsschule Spittal ausbauen, wenn wir den Startschuss geben für die Berufsschule für Tourismus in Villach, wenn wir die Obstbauversuchsanstalt in St. Andrä neu machen, wenn wir die landwirtschaftlichen Fachschulen modernisieren und neu gestalten und wenn wir das Haus der Volkskultur bauen.

Es ist sicherlich auch eine große soziale Initiative zusätzlich, wenn man sieht, dass wir allein im Sozialbau, bei den Alten- und Pflegeheimen, mit mehr als 8 Millionen im kommenden Jahr das Gesamtpaket mit 38,4 Millionen bis 2009 konsequent verwirklichen. Wir haben für die Sicherung des Lebensbedarfs, also für die wirklich Schwachen unserer Gesellschaft, 107 Millionen vorgesehen. Das ist um 6,5 Millionen mehr als im laufenden Jahr. Wir haben für die Behindertenintegration und für die Behindertenhilfe, sprich auch Tagesstätten zu schaffen usw., um 4,9 Millionen mehr, auf 47,4 Millionen aufgestockt. Für die Jugendwohlfahrt, für die Betreuung von Kindern ohne Familien, haben wir um 2,1 Millionen mehr eingesetzt, von 32 auf 32,7 Millionen. Wir haben für unsere Familien und Senioren zusammen 53,1 Millionen, also auch hier eine Steigerung um mehr als 1,5 Millionen noch einmal zusätzlich.

Das ergibt im Sozialbereich und Familienbereich eine Größenordnung von 323,9 Millionen Euro plus die Finanzierung der Kinderbetreuungseinrichtungen mit 35 Millionen, sodass wir sagen können: Hier sind wir gut aufgestellt, hier haben wir einen starken Akzent gesetzt. Wir werden selbstverständlich auch in diesem Budget die

Dr. Haider

heute diskutierte Mindestsicherung realisieren, weil wir ja nicht Doppelleistungen machen, sondern weil Leistungen, die bereits bestehen, wie das Schulstartgeld, das Müttergeld, angerechnet werden. Das heißt, da gibt es keine Parallelität, sodass wir mit einem Betrag von 4,2 Millionen Mehraufwand auskommen werden, der auch gedeckelt ist, aber es eine sinnvolle Maßnahme ist, glaube ich, dass man sagt, man hebt die Grundvorsorge an, 463 Euro gibt es, also für den Mindestbedarf 480 Euro, für jedes Kind unter 10 Jahren eine 30-prozentige Steigerung, für jedes Kinder über 10 Jahren eine 40-prozentige Steigerung. Das ist wieder eine Fortsetzung unserer familienpolitischen Orientierung.

Auch ältere Menschen, die keine Pension haben, werden keinen Pensionsanspruch á la Müttergeld haben, wenn sie nicht Erziehungszeiten nachweisen können. Auch das ist eine wichtige Einigung gewesen, damit wir klarstellen: Wir haben eine familienpolitische Orientierung im Auge und wollen hier nicht eine Weiterung schaffen, die in die falsche Richtung sich entwickeln würde. Wenn der Kollege Schwager gemeint hat – der leider nicht da ist –, dass die Asylanten da auch finanziert werden, dann ist das ein Unsinn, weil für die gibt es die Grundvereinbarung. Diese Grundversorgungsvereinbarung haben wir mit dem Bund und den Bundesländern abgeschlossen, aber wir werden keine Illegalen, keine sonstigen Fremden aus diesem Titel der Mindestsicherung zu finanzieren haben. Das würde ja bedeuten, dass wir einen Sozialtourismus in Gang setzen, der unerwünscht ist, sondern das ist eine Kärntner Leistung. Und auf das legen wir größten Wert! Wir schützen und sichern die Menschen, die hier in Kärnten zu Hause sind, die Menschen, die hier dauerhaft wohnen. Das ist unsere Zielsetzung, und für die haben wir auch diese entsprechenden budgetären Vorsorgen getroffen! *(Beifall von der F-Fraktion)*

Ich glaube also, dass wir sagen können, dass alles in allem die Fortsetzung eines Kurses ist, der dem Land gut tut, der im Land viel bewegt, wo jeder Referent auch die Chance hat, seine Projekte – wenn er sie ernsthaft betreibt – auch zu verwirklichen. Dass es dort und da einmal

mehr gibt oder weniger gibt, das ist logisch, aber ich glaube, wir haben uns an sich unter den Referenten gut zusammengeredet, denn es war plötzlich möglich, von 150 Mehrforderungen wieder herunterzukommen. Mit 150 Millionen Mehrforderungen hätten wir eine Nettoneuverschuldung von 0,93 %. Jetzt liegen wir bei 0,42 %. Ich bin sicher, dass wir im Budgetvollzug auch unter die 0,40 % kommen werden, so wie wir das auch im heurigen Jahr schaffen können.

Das sollte Sie ermutigen, bei den Budgetberatungen das eine oder das andere selbstverständlich zu diskutieren, aber mit uns den Weg zu gehen, zu sagen: Wir haben ein leistungsfähiges Budget, das die Orientierung auf neue wirtschaftliche Strukturen und mehr Arbeitsplätze auch weiterhin vorgenommen wird, dass das ein wirkliches Kraftpaket für die Zukunft Kärntens darstellt. Und dieses Kraftpaket des Budgets 2007 kann dem Land jene Flügel verleihen, die wir brauchen, damit die Menschen eine gute Zukunftsentwicklung im Lande haben. Wir sollten das Land nicht schlechtreden, sondern Kärnten gut gestalten. Das ist mein Wunsch für die Budgetberatung! *(Starker Beifall der F-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich beim Herrn Landesfinanzreferenten und Landeshauptmann für die umfangreichen Erläuterungen zum Voranschlag 2007! Die Beratungen im Detail werden in den nächsten Tagen in den Fraktionen und letztlich danach im Ausschuss stattfinden. Ich darf mitteilen, dass der Obmann des Budgetausschusses bereits heute die Berichterstattung vornehmen wird und in einer Woche, so wie ich gehört habe, auch die Ausschussberatungen zum Voranschlag 07 vorgesehen sind.

Hohes Haus! Es liegt kein weiterer Tagesordnungspunkt mehr zur Behandlung vor. Ich ersuche den Schriftführer um die Mitteilung des Einlaufes!

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

Der heutige Einlauf umfasst 3 Anträge, 3 Schriftliche Anfragen sowie eine Petition.

A. Anträge von Abgeordneten

1. Ldtgs.Zl. 119-26/29:

Antrag von Abgeordneten der Grünen betreffend Aus- und Weiterbildung von Lehrenden im Bereich der politischen Bildung mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten adäquate Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten von Lehrenden aller Schultypen und Schulstufen im Bereich der „Politischen Bildung“ sicherzustellen, um das im Grundsatz des Bildungsministeriums formulierte Unterrichtsprinzip „Politische Bildung in Schulen“ bestmöglich realisieren zu können.

Zuweisung: **Ausschuss für Familie, Soziales, Gesundheit, Generationen und Sport**

2. Ldtgs.Zl. 108-6/29:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Verbot von Computer-Killerspielen mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag möge beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung sicherzustellen, dass es in Österreich bzw. innerhalb der Europäischen Union zu einem Verbot der Computer-Killerspiele kommt.

Zuweisung: **Ausschuss für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen, Immunitätsangelegenheiten, Europa**

3. Ldtgs.Zl. 141-9/29:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Kärntner Naturschutzgesetz – Naturschutzbeirat mit folgendem Wortlaut:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die von den im Naturschutzbeirat vertretenen Naturschutzorganisationen erstatteten Vorschläge für die Funktionsperiode 2007 bis 2011 angenommen werden.

Zuweisung: **Ausschuss für Gemeinden, ländlichen Raum, Föderalismus und Umwelt**

B. Schriftliche Anfragen:

1. Ldtgs.Zl. 291-4/29:

Schriftliche Anfrage von Abgeordneten der Grünen an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Gaby Schaunig betreffend Übernahme der Maßnahmen zur sozialen Rehabilitation von Behinderten

2. Ldtgs.Zl. 213-9/29:

Schriftliche Anfrage von Abgeordneten der Grünen an Landeshauptmann Dr. Haider betreffend Aufwendungen für die Presseförderung sowie Werbe- und Informationsmaßnahmen

3. Ldtgs.Zl. 264-2/29:

Schriftliche Anfrage von Abgeordneten der Grünen an Landesrat Gerhard Dörfler betreffend Tourismusprojekt „WasserKraft 2006“

Mag. Weiß

C. Petitionen:

**Ldtgs.Zl. 204-11/29:
Petition vom 23. 11. 2006 betref-
fend Handymasten, überreicht
durch Abgeordneten Dipl.-Ing.
Gallo**

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing.
Freunschlag** (F):

Danke! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Damit ist die Tagesordnung erfüllt. Ich schließe die 34. Sitzung des Kärntner Landtages und darf Sie noch erinnern, dass Herr Bundesrat Mitterer anlässlich seines 60. Geburtstages noch draußen einen kleinen Sektempfang mit einem Imbiss, wie er mir gesagt hat, gibt. (*Hinweis von BR Mitterer: Ohne Imbiss!*) Ohne Imbiss – schade drum! (*Heiterkeit im Hause*) Vielleicht kann das Geburtstagskind Mock noch ein paar Wurstsemmeln beisteuern?! Der Budgetausschuss tagt jetzt anschließend. Danke!

Ende der Sitzung: 12.24 Uhr